

## **II. Horizonte**

### **Drei Erkundungen Berliner Räume**



## 1. Erste Erkundung

### Reizklima – zwischen kultivierten Sümpfen und Trümmerschutt

#### Täler und Hügel

Berlin ist eine windige Stadt. Am Areal zwischen Potsdamer Platz und Spreebogen und in den großen Straßen und Stadtplätzen von Unter den Linden bis zum Schlossplatz weht den Spaziergängern zu fast jeder Jahreszeit ein unangenehm beißender Wind ins Gesicht oder ins Genick. In anderen Metropolen ist das anders. Selbst eine am Meer gelegene Stadt wie Kopenhagen erscheint dem Besucher weitaus weniger zugig als Berlin. Das hat Gründe.

Die Berlin prägende Landschaftsfigur geht auf die letzte Eiszeit vor über 10.000 Jahren zurück.<sup>132</sup> Gletscher, ihre Ablagerungen und Schmelzwässer formten das Relief des Warschau-Berliner Urstromtals, dem die Spree bis zu ihrer Mündung in die Havel östlich der Spandauer Altstadt folgt. Diese Geographie war mitentscheidend für die Gründung der Stadt und ihre erste bescheidene wirtschaftliche Blüte. Genau an jener Stelle, wo die Hochflächen der beiden Plateaus Barnim im Nordosten und Teltow im Südwesten das Urstromtal auf etwa fünf Kilometer einengen, liegt der ursprüngliche Stadtkern. An einer Sandinsel in der Nähe des heutigen Nikolaiviertels waren die sumpfigen Niederungen der Spree im frühen Mittelalter vergleichsweise leicht zu überqueren. Dieser günstige Flussübergang auf halbem Weg zwischen den bereits im 7. und 8. Jahrhundert gegründeten Städten Köpenick und Spandau markiert die Wiege Deutschlands einziger Metropole. Dort entwickelten sich ab Ende des 12. Jahrhunderts die Handelsstädte Berlin und Cölln.

Die das Urstromtal begrenzenden Hochflächen Barnim und Teltow bestehen im Wesentlichen aus Grundmoränen und Sanderflächen mit aufgesetzten Stau- und Endmoränen. Vereinzelt erreichen sie Höhen von etwas mehr als einhundert Metern, so die im Südosten des heutigen Stadtgebietes gelegenen Müggelberge (115 m) oder der Schäferberg (103 m) im Südwesten Berlins. Daneben bestimmen mehrere, meist in nordöstlich-südwestlicher Richtung verlaufende Rinnen, zahlreiche kleinere Sümpfe, Sölle und Pfuhe das ursprüngliche Landschaftsbild. Zum Teil haben sich die eiszeitlichen Prägungen erhalten und sind noch im Stadtbild erkennbar wie im Rudolph-Wilde-Park unmittelbar südlich des Rathauses Schöneberg. Mit etwas Phantasie lassen sich auch die Übergänge vom Urstromtal zu den Hochflä-

chen trotz der Überbauung noch erahnen, so zum Teltow am Hermannplatz in Neukölln und am Mehringdamm in Kreuzberg oder zum Barnim an der Schönhauser Allee und an der Greifswalder Straße am Fuß des Prenzlauer Bergs.

### **Schuttberge und Trümmerhügel**

Wie auch immer gedreht und gewendet, die ursprüngliche topographische Prägung hat nichts mit menschlichen oder gar politischen Einflüssen zu tun, sie ist rein geographischer Natur. Anders sieht es mit der Überformung des Urstromtales aus, das den Architekten und Stadtplaner Hans Scharoun so fasziniert hat. Denn neben den natürlichen Hügeln tritt eine Reihe von künstlichen Erhebungen auffallend aus der Stadtlandschaft hervor. Sie sind Folgen jener katastrophalen Politik, die im Zweiten Weltkrieg endete. Allein in Berlin hinterließ das Inferno 70–90 Millionen Kubikmeter Schutt, der bis Anfang der siebziger Jahre zu Trümmerbergen aufgeschüttet wurde.

Einige der heute mehr oder minder attraktiv als Freizeitparks gestalteten Schuttansammlungen übertreffen die natürlichen Erhöhungen sogar an Höhe. Markant im Stadtbild erscheint etwa der Teufelsberg am Nordrand des Grunewalds, 1950–72 aus 26 Millionen Kubikmeter Trümmerschutt aufgeschüttet. Mit 115 Meter über Normalnull ist er gemeinsam mit den Müggelbergen die höchste Erhebung Berlins. Weitere Beispiele sind die Oderbruchkippe nördlich der Hohenschönhauser Straße im Volkspark Prenzlauer Berg mit ihrem 89 und 91 Meter hohen Doppelgipfel, ferner die über zwei zerstörten Flaktürmen im Volkspark Humboldthain aufgeschüttete Humboldthöhe mit 86 Meter Höhe und die gleichfalls zwei Flaktürme überdeckenden, 52 und 78 Meter hohen Bunkerberge im Volkspark Friedrichshain. Für Geographen und vor allem für Landvermesser ist die 73 Meter hohe Marienhöhe in Tempelhof ein lohnendes Ziel. Dort befindet sich der trigonometrische Zentralpunkt des deutschen Hauptdreiecksnetzes, der Bezugspunkt, von dem aus das Land vermessen wurde. Wer sich von den Tretminen der Vierbeiner nicht abschrecken lässt, findet den Punkt und eine Gedenktafel hinter einigen Büschen an der Ostflanke unmittelbar unterhalb des Gipfels.

Am bekanntesten ist der am Südrand Schönebergs gelegene, 75 Meter hohe Insulaner mit der Wilhelm-Foerster-Sternwarte und einem Planetarium. Der von Schülern bei einem Preisausschreiben gefundene Name der Aufschüttung erinnert an Günter Neumanns berühmtes RIAS-Kabarett „Die Insulaner“, das seine frechen antikommunistischen und antikapitalistischen Programme stets mit dem gleichen Chanson eröffnete:

Der Insulaner verliert die Ruhe nicht  
 der Insulaner liebt keen Jetue nicht  
 (...)  
 der Insulaner hofft unbeirrt,  
 dass seine Insel wieder  
 'n schönes Festland wird

Künstliche Erhöhungen entstanden nicht erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Bereits 1927–29 schütteten Arbeiter im Rahmen eines Notstandsprogramms, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, Hausmüll sowie Aushub und Schutt vom Straßen- und U-Bahnbau zum 60 Meter hohen Rodelberg im Volkspark Mariendorf auf, der 1952–54 um zehn Meter auf sein heutiges Niveau erhöht wurde. Ebenfalls aus Schutt- und Mülldeponien entstanden Parklandschaften in Marienfelde, Lübars, Rudow und Wannsee. Letztere war die größte Berliner Deponie, wo die Stadtreinigung bis 1980 auf einer Fläche von 54 Hektar 32,4 Millionen Kubikmeter Müll bis zu einer Höhe von 65 Metern anhäufte.

### **Sand und Moor**

„Unter dem Pflaster liegt der Strand.“ In Berlin ist die Sponti-Parole aus den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts wörtlich zu nehmen, denn unter der Haut der Stadt verbergen sich vor allem Sand und Lehm. Das ist einer der Gründe, weshalb die Berliner Böden besonders die Bildung und Speicherung von Grundwasser begünstigen, eine im Vergleich zu anderen Ballungsräumen vor allem für die städtische Trinkwassergewinnung vorteilhafte Situation. Zudem sind die lehmigen Böden für die märkischen Verhältnisse relativ fruchtbar. Ihr Waldbestand wurde nach den Dorfgründungen des 13. und 14. Jahrhunderts weit gehend gerodet und bereits in der Folgezeit erfuhr die einst abwechslungsreiche Landschaft durch Anbau, Trockenlegung und Abtragung eine erste, die ursprünglichen Höhenunterschiede ausgleichende Veränderung.

Mehr als 500 Jahre lang erreichten solche Eingriffe wegen der beschränkten technischen Möglichkeiten nur einen bescheidenen Umfang. Noch in den Karten, Stadtansichten und Beschreibungen des 19. Jahrhunderts ist das ursprüngliche Landschaftsbild mit seinen zahlreichen Hügeln, Seen, Teichen und Altwässern erkennbar. Besonders eindrucksvoll nachzulesen ist dies bei Theodor Fontane. In seinen Berliner Novellen und Romanen – *L'Adultera*, 1880; *Schach von Wutheow*, 1882; *Cécile*, 1887; *Irrungen, Wirrungen*, 1887; *Stine*, 1890 und *Frau Jenny Treibel*, 1892

### **Der Himmel über Berlin**

Blick vom Kreuzberg auf die Stadt Berlin, Ölgemälde von Heinrich Hintze 1829. Das Bild gibt einen anschaulichen Eindruck vom Weichbild der Berliner Stadtlandschaft im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts unmittelbar vor der großen Expansion im Zuge der industriellen Revolution.

Am linken Rand des Bildes ist das von Karl Friedrich Schinkel entworfene Nationaldenkmal zur Erinnerung an die Freiheitskriege zu sehen. 1814 hatte der Baumeister in Erinnerung an die Befreiungskriege ein Denkmal in Form eines gotischen Doms geplant. Für das von Besatzung und Krieg geschwächte Preußen wäre der Bau jedoch so aufwendig und teuer gewesen, dass eine Realisierung nicht in Frage kam. Schinkels Lösung: Es wurde nur eine Säule gebaut, die Spitze des Doms, der unter dem Hügel verborgen lag.



– schildert er mehrfach Ausflüge und Fahrten über das damals noch unbebaute Umland des alten Stadtzentrums. Die als detailgenau gelobten Beschreibungen entsprangen zwar eher der Erinnerung und Phantasie des Autors als Recherchen vor Ort, aber vielleicht hat gerade diese Konzentration auf das Wesentliche dazu geführt, dass kaum jemand die Seele der Berlinischen Landschaft besser erfasst als Fontane. Seine knappen, oft nur in wenigen Sätzen in die Handlung eingestreuten Skizzen ergeben einen prägnanten Eindruck des noch wenig geformten Berliner Naturraums: „Endlich war man den Abhang hinauf“, beschreibt er eine von Kreuzberg aus dem Urstromtal auf den Teltow hinaufführende Kutschfahrt, „und über den festen Lehmweg hin, der zwischen den Pappeln lief, trabte man jetzt wieder rascher auf Tempelhof zu. Neben der Straße stiegen Drachen auf, Schwalben schossen hin und her, und am Horizont blitzten die Kirchtürme der nächstgelegenen Dörfer.“<sup>133</sup>

Die Sandböden im Urstromtal sind vielfach durchsetzt mit moorigen Ablagerungen; Teile der von den Altwässern der Spree durchzogenen Niederung blieben deshalb bis ins 19. Jahrhundert und einige davon bis heute unbebaut. Infolge von Grundwassersenkungen haben sie allerdings ihren ursprünglichen Charakter längst verloren, wurden zu Parks<sup>134</sup> umgestaltet, wie der Große Tiergarten, die Wuhlheide und der Charlottenburger Schlosspark, oder sie dienen seit ihrer Entwässerung als Industrie-, Gewerbe- und Verkehrsflächen. Im Untergrund des Urstromtales, teilweise auch in den Hochflächen, befinden sich in unterschiedlicher Tiefe und Mächtigkeit mit Torf durchsetzte Rinnen und Kolke, die auf Reste von Altwässern, Toteiskörpern und Ähnlichem zurückgehen.

Nach wie vor erschweren und gefährden diese Besonderheiten die Bebauung. Die Museumsinsel beispielsweise ruht wegen des torfigen Untergrunds auf Tausenden von Eichen- und Kiefernstämmen, und noch heute können zahlreiche Gebäude nur auf Pfählen, mit Hilfe von Senkbrunnen oder anderen besonderen Verfahren errichtet werden. Das Hansaviertel, die Kongresshalle im Tiergarten und der Potsdamer Platz sind Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit und Gegenwart. Selbst einfache Einfamilienwohnhäuser erfordern in einigen Gegenden Betonpfahlgründungen von bis zu acht Metern Tiefe.

Wegen Rutschgefahr und Erschütterungsempfindlichkeit gleichfalls als Baugrund schlecht geeignet sind die vornehmlich im Norden Berlins verbreiteten Flugsand- und Dünensedimente. In Hermsdorf und Frohnau stehen größere Ansiedlungen auf solchen Böden. Die übrigen Dünen sind bewaldet und werden als Friedhöfe und Parkanlagen genutzt, wie der Volkspark Rehberge, der Schillerpark und der Russisch-Orthodoxe Friedhof in Wedding und Reinickendorf.

## **Wald und Wasser**

Das eiszeitlich geformte Landschaftsrelief mit seinen städtebaulich nicht unproblematischen Böden verfügt über respektable Wald- und Wasserflächen.<sup>135</sup> Fast ein Fünftel des Stadtgebiets, über 15.000 Hektar, wird von Wäldern bedeckt, für eine Großstadt eine beachtliche Fläche. Ihre forstwirtschaftliche Nutzung ist jedoch, im Unterschied zur Zeit von der Stadtgründung bis ins 18. Jahrhundert, heute kaum von Bedeutung, die Forsten werden fast durchweg zur Naherholung genutzt.<sup>136</sup>

Ein weiteres augenfälliges Charakteristikum der Berliner Stadtgeographie ist das Wasser. Mit 6,4 Prozent nehmen die Flüsse und Kanäle sowie die etwa 50 größeren Seen und über 100 Teiche einen vergleichsweise großen Teil des Stadtgebiets ein. Die Lage der Seen folgt der Rinne des Urstromtals mit der in die Havel fließenden Spree, um die sich zwei größere Seenketten gruppieren.

Alle größeren Berliner Seen durchströmen Flüsse, die wiederum allesamt in die Havel fließen, mit dieser zur Elbe gelangen und damit dem Einzugsbereich der Nordsee zuzurechnen sind – und nicht der räumlich näher liegenden Ostsee. Spree, Havel und Dahme, alle drei schiffbar, sind in dieser Reihenfolge die größten Flüsse Berlins. Daneben gibt es im Norden Berlins die Panke und im Süden die Bäke, deren Bett heute weitgehend der Teltowkanal einnimmt, sowie einige Fließe.

## **Natur und Mensch**

So weit, so knapp, nüchtern und ein wenig langweilig die Fakten. Ein eiszeitliches Landschaftsrelief, sandige Böden, viel Wald und Wasser – sonderlich bemerkenswert oder gar spektakulär ist die Berliner Landschaft nicht. Interessant hingegen ist, wie die Stadt die Landschaft verändert hat. Die massive Überformung des Berliner Raumes begann, wie in weiten Teilen Europas, in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Erfindungen wie die Dampfmaschine, der mechanische Webstuhl und die Wasserturbine sowie verbesserte Erträge der Landwirtschaft bildeten zentrale Voraussetzungen für die Industrialisierung im 19. Jahrhundert. Die nun einsetzenden Umwälzungen veränderten die Berliner Landschaft in dramatischer Weise.

Die neuen Industrien erforderten Flächen in großem Umfang, der Wasserverbrauch stieg um ein Vielfaches, Spree und Havel verwandelten sich binnen weniger Jahrzehnte in stinkende Kloaken. Auch der mit der Industrialisierung verbundene Ausbau des Verkehrsnetzes veränderte die Landschaft, wobei sich die Entwicklung in Berlin und Deutschland auffallend von anderen Regionen und Ländern unterschied.

Während sich in Frankreich und England die Metropolen Paris und London als Verkehrszentren etablierten, auf die das gesamte Verkehrsnetz ausgerichtet war, nahm das polyzentrische Deutschland mit seinen zahlreichen Residenzen eine andere Entwicklung. Da es bis 1871 keine deutsche Hauptstadt gab, verbanden die neuen Verkehrswege nicht nur Berlin mit dem Umland, sondern alle wirtschaftlichen Zentren miteinander, bis heute einer der Vorzüge des deutschen Verkehrssystems.

Die entscheidende Verbesserung des Überlandverkehrs ging vom Bau der Chausseen nach französischem Vorbild aus. Der Bau der ersten Chaussee Preußens wurde 1788 zwischen Magdeburg und Halle begonnen, der Ausbau der Landstraße zwischen Berlin und Potsdam zur Chaussee folgte vier Jahre später. Noch 18 Meilensäulen erinnern heute an die im 18. und 19. Jahrhundert ausgebauten Straßen. Einige wenige stehen noch am ursprünglichen Standort und zeigen in preußischen Meilen (1 Meile = 7,536 km) die Entfernung zur Residenz, genau zum einstigen Dönhoffplatz, an. Folgten die neu ausgebauten Straßen oftmals mit scharfen Kurven den überkommenen Feldgrenzen, zerteilten die im 19. Jahrhundert errichteten Bahntrassen vielfach Feldflure; beides veränderte nachhaltig die Gliederung der Landschaft. In den Städten, insbesondere in Berlin, bot sich eine Linienführung in der Trasse der alten Befestigungsanlagen an. Zum Teil mussten dabei die Bahnanlagen über das städtische Straßenniveau angehoben oder darunter gelegt werden. „In Berlin gibt es beide Trassierungen. Die Stadtbahn, für die von 1875 bis 1882 eine Bresche durch bebauten Gelände geschlagen wurde, damit wenigstens einige der zahlreichen Bahnhöfe eine Verbindung untereinander erhielten, wurde über den Straßen der Stadt gebaut, die kurz zuvor trassierte Ringbahn bekam eine Tiefanlage, und beide Strecken kreuzten sich am Westkreuz unweit des späteren Funkturmes.“<sup>137</sup>

Die neuen Verkehrswege spielten noch eine andere, für die Landschaftsgeschichte wichtige Rolle. Sie wurden zu Wanderbahnen für Pflanzen aus aller Welt, die mit Bahnen oder Schiffen nach Berlin gelangten und in den Häfen, aber vor allem an den Bahntrassen und Bahnhöfen eine reiche Pflanzenvielfalt bildeten. „Zahlreiche Disteln, Brennnesseln, Kanadische Goldrute, Rainfarn und Großes Springkraut wachsen auf nährstoffreichen Plätzen, Gräser sprießen zwischen Geleisen hervor, wo ein steppenähnliches Lokalklima herrscht.“<sup>138</sup> Eine weitere Besonderheit bildete die Zeit der Teilung von 1948/49 bis 1989/90, als fast alle Bahnstrecken West-Berlins ins Umland unterbrochen waren. Auf den alten Bahndämmen und im Schatten der Mauer wuchsen Gräser, Sträucher und Bäume und schufen so für einige

Dekaden die wohl ungewöhnlichsten und kuriosesten Biotope innerhalb einer Großstadt.

### **Natur und Politik**

Durch die technischen Neuerungen und die enorme Expansion der Stadt, deren Bevölkerung, bezogen auf das heutige Stadtgebiet, zwischen 1860 und 1920 von etwas mehr als einer halben auf über vier Millionen Menschen anstieg, erreichten die Veränderungen der Landschaft spätestens ab Mitte des 19. Jahrhunderts eine bis dahin nicht gekannte Dynamik. Insbesondere in den ersten Jahrzehnten der großen Expansion empfanden die durchweg aus ländlichen Gebieten nach Berlin zugewanderten Menschen die neue Umgebung als fremd und lebensfeindlich. Die neuen Stadtquartiere mit ihren dunklen, feuchten Mietskasernen waren oft Orte der Verzweiflung und in Grenzen auch der Hoffnung. Zum einen symbolisierten sie als „neue Heimat“ die vage Aussicht auf eine städtische Existenz und ein besseres Leben, zum anderen waren sie verhasst als unmenschliche Massenquartiere, in denen nicht wenige der Natur und der ländlich-bäuerlichen Umwelt nachtrauerten.<sup>139</sup>

Neben den dadurch hervorgerufenen sozialen und politischen Verwerfungen, beeinflusste diese Entwicklung auch die Landschaft. Damit ist nicht nur die Ausdehnung der Stadt, das allmähliche Zusammenwachsen von Berlin, Charlottenburg, Spandau, Wilmersdorf, Schöneberg, Neukölln, Köpenick und Lichtenberg zur Kommune Groß-Berlin im Jahr 1920 und der damit verbundene Landschaftsverbrauch gemeint, sondern auch der Wandel der näheren und fernerer Umgebung, wo zahlreiche Ausflugszentren mit Lokalen, Badestellen und andere Einrichtungen des Vergnügens für alle Schichten entstanden. Die verkehrsmäßige Erschließung, meist mit der Bahn, und die Errichtung entsprechender Anlagen veränderten die bis dahin wenig berührten Naturgebiete. Es entwickelte sich ein früher Tourismus, der zum Beispiel mit Orten wie dem „Spreepark“, früher „Kulturpark“, im Plänterwald, mit dem von Fontane im Stechlin beschriebenen, heute gänzlich heruntergekommenen „Eierhäuschen“ sowie den Strandbädern in Müggelsee und Wannsee verbunden ist.

Auch innerhalb der Stadt wurde immer wieder versucht, den Verlusten an Natur etwas entgegenzusetzen. Die von Berlin ausgehende und in anderen Städten übernommene Volksparkbewegung versuchte Mitte des 19. Jahrhunderts, einen Ausgleich für die in den Mietskasernen hausenden Menschen zu schaffen.<sup>140</sup> Während in anderen Residenzen zunehmend die Fürstenhäuser ihre Parks und Gärten dem Publikum öffneten, trieb in Berlin das Bürgertum diese Bewegung voran. So be-

schloss zum Beispiel 1840 die Stadtverordnetenversammlung, im dicht besiedelten Osten der Stadt eine „Erholungsstätte für alle Stände“ zu schaffen. Der daraufhin entstandene, 52 Hektar große „Friedrichshain“ ist heute nach dem Großen Tiergarten die zweitgrößte Parkanlage Berlins.

Auch in andere Landschaften griffen und greifen politische Entscheidungen ein. So hat sich etwa durch die lange Zeit der Einleitung gar nicht oder nur notdürftig geklärt Abwässer in die Seen und Flüsse der Zustand des Wassers in den letzten 200 Jahren drastisch verändert. Ein Beispiel ist die Entwicklung des Unternehmens von Wilhelm Spindler. 1832 hatte der Fabrikant in der Burgstraße im Stadtzentrum eine Färberei gegründet, die 1841 in die Wallstraße verlegt wurde. Dort eröffnete Spindler 1854 die erste chemische Reinigung Deutschlands. Die giftige, ungeklärt in die Spree geleitete Waschlauge sowie der unerträgliche Geruch und Dampf führten dazu, dass die Fabrik 1873/74 nach Köpenick verlegt werden musste. Dort entstand neben den neuen Fabrikgebäuden auch eine neue Arbeitersiedlung. Im 20. Jahrhundert während des Experiments des deutschen Sozialismus wurde aus der Spindlerschen Fabrik 1968 der Stammbetrieb des Kombines „VEB Vereinigte Wäschereien Berlin Rewatex“, das nach der Vereinigung wiederum privatisiert wurde – rund 170 Jahre Berliner und deutsche Industriegeschichte, die als ökonomische Geschichte mit ihren zahlreichen Brüchen ebenso spannend ist, wie als Umweltgeschichte. Während der größten Spanne der Existenz des Unternehmens spielte der Wasserschutz kaum eine Rolle. Erst in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts führte, beginnend mit jener berühmten Studie „Die Grenzen des Wachstums“<sup>141</sup> sowie den dadurch ausgelösten Debatten, ein Bewusstseinswandel und weitergetrieben durch die Umwelt- und Ökologiebewegung, eine neue Politik und Umweltgesetzgebung zu substanziellen Verbesserungen.

Auch in einer weiteren Richtung wirkt sich das veränderte Bewusstsein aus. Die Kanalisierung großer Teile der kleineren Wasserläufe, insbesondere der Panke und der Wuhle, wird inzwischen als Verlust empfunden, und es gibt erste Ansätze und Pläne zur Renaturierung, etwa der Panke.

Auffällig ist dabei die Art und Weise, wie sich die Debatten über solche Themen gerade in den letzten beiden Dekaden verändert haben. Wurden noch Anfang der achtziger Jahre erbitterte Ideologiestreitigkeiten ausgefochten, so gilt Ökologie heute als positiv bewertetes Argument, mit dem sich selbst Großinvestoren gerne schmücken. Der politische Streit über Ökonomie kontra Ökologie scheint im

Grundsatz ausgefochten und im Kern geht es heute darum, das richtige Gleichgewicht und die Umsetzung sowie Finanzierungen zu finden.

Was für das Wasser gilt, gilt in ähnlicher Weise für die Böden und den Wald.<sup>142</sup> Unter dem Strich hat sich in allen Bereichen die Situation der Landschaft seit 1989/90 im Vergleich zu den Jahrzehnten davor deutlich verbessert. Dies liegt allerdings weniger an den erfolgreichen Anstrengungen einer konsequenten Umweltpolitik, sondern vor allem am Zusammenbruch der Ost-Berliner Wirtschaft und ist somit vorrangig durch den politischen Systemwechsel bedingt.

Auch die Luftqualität hat sich in den vergangenen Jahren verbessert. Wesentliche Gründe sind die weit gehende Umstellung der einst mit Braunkohle befeuerten Kraftwerke im Ostteil der Stadt und in der übrigen Region auf umweltfreundlichere Brennstoffe, die Modernisierung der Kraftwerke, etwa durch ihre Ausstattung mit Rauchgasschwefelungsanlagen, und die Ausrüstung zahlreicher Automobile mit Abgaskatalysatoren. Der stetige Anstieg der Zulassungszahlen der PKWs sowie die Zunahme der Pendler, die allerdings noch deutlich unter der Zahl anderer deutscher Ballungsgebiete liegt, machen jedoch einen Teil der Anstrengungen wieder zunichte.<sup>143</sup>

## **Kälte und Hitze**

„Wetter machen“ zu können zählt zu den ältesten Träumen der Menschheit. In der erträumten Weise hat sich diese Hoffnung zwar noch nicht erfüllt, aber der menschliche Einfluss auf das Klima ist nicht zu leugnen. Inwieweit Berlin von globalen Entwicklungen, wie etwa dem Ozonloch, beeinflusst wird, ist bislang kaum erforscht. Anders ist es beim Binnenklima, dessen lokale Besonderheiten seit langem intensiv beobachtet und beschrieben werden. Hier wirken natürliche und menschliche Faktoren zusammen.

Klimatisch charakterisiert den Naturraum Berlin ein kühles, gemäßigtes, feuchtes Übergangsklima.<sup>144</sup> Der Einfluss kontinentaler und ozeanischer Luftmassen wechselt häufig ab und führt zudem zu hohen Schwankungen bei den Jahresabläufen. Während im Sommer etwa die Hälfte aller Luftströmungen aus Westen heranfließt, werden die kontinentalen Einflüsse meist in häufigen Unterbrechungen der Westwindwetterlagen durch östliche Winde spürbar, besonders im Frühling und Herbst. Der Einfluss des Kontinentalklimas verursacht zudem gelegentlich längere Hitze- und Frostperioden.

Berliner „Reizklima“ also, mit gelegentlich heftigen Schwankungen, wie die Temperatureaufzeichnungen belegen. Statistisch bleibt die Temperatur an durchschnittlich 24 Tagen im Jahr unter dem Gefrierpunkt, an 89 Tagen gibt es zeitweise Frost, an 33 Tagen werden plus 25 Grad Celsius oder mehr erreicht und an sechs Tagen über plus 30 Grad Celsius – auch wenn dies subjektiv fast immer anders empfunden wird. Von der Wärme begünstigt sind die Hochflächen Teltow und Barnim, die deutlich höhere Temperaturen aufweisen können als die Niederungen, in denen sich Kaltluft sammelt. Jeder Radfahrer, der an einem Sommerabend vom lauen Prenzlauer Berg hinunter zur Oranienburger Straße in Mitte radelt, kennt den harschen Abfall der Temperatur und weiß, wovon die Rede ist.

Den Aufzeichnungen der Meteorologen folgend, schwankt die Jahresmenge der Niederschläge zwischen 540 Millimeter in der Innenstadt und 620 Millimeter am Stadtrand. Im Jahresdurchschnitt fallen etwa an jedem dritten Tag Niederschläge von mehr als einem Millimeter und an rund 20 Tagen im Jahr gibt es Gewitter. Der erste Schneefall erfolgt im langjährigen Durchschnitt statistisch am 15. November, der letzte am 16. April. Die Verteilung der Menge der Niederschläge im Jahresgang zeigt ein ausgeprägtes Maximum im Sommer, die größte Häufigkeit dagegen im Winter.

Stark ausgeprägt sind die Unterschiede zwischen Innenstadt und Umland: Höhere Temperaturen (von 0,5–10° C), stärkere Bewölkung (von 5–10 %) und verstärkte Nebelbildung (im Winter bis zu 100 und im Sommer bis zu 30 %), ferner erhebliche Luftverschmutzung durch Kondensationskerne und Abgase (bis zum zehnfachen Wert), Erhöhung der Niederschläge und Verdoppelung der Abflusshöhe des Regenwassers infolge der Bodenversiegelung kennzeichnen den Stadtkern. Neben den genannten Erscheinungen sind eine Verringerung der Globalstrahlung (bis zu 20 %) und der UV-Strahlung (besonders im Winter) sowie der Sonnenscheindauer (um 10 %) zu beobachten. Aber trotz dieser Beeinträchtigungen gehört Berlin zu den sonnenscheinreichsten Städten in Deutschland, was ständige Bewohner kaum glauben mögen.

Ihre Ursachen haben all diese Phänomene in den dichten Baumassen und der umfangreichen Versiegelung, durch die sich das Stadtklima in den Innenbezirken deutlich als Wärmeinsel vom Umland abhebt. Im Jahresmittel liegt die Temperatur der Außenbezirke ein bis zwei Grad Celsius unter dem der inneren Stadt, im Gebirge entspricht dies einer Höhendifferenz von immerhin 200 Metern. Extreme Strahlungswetterlagen führen sogar zu Differenzen von bis zu zehn Grad Celsius. Die großen innerstädtischen Grünflächen, der Große Tiergarten, die Volksparks Fried-

richshain, Prenzlauer Berg, Humboldthain und der Treptower Park, mäßigen zwar das raue Stadtklima und erhöhen die Luftfeuchtigkeit gelegentlich um bis zu drei Prozent, heben die beschriebenen Effekte jedoch nicht auf.

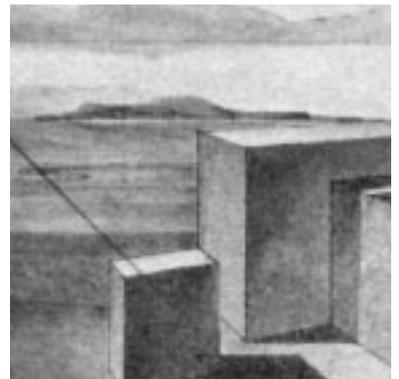
Schließlich bremst die Bebauung auch die Windgeschwindigkeit.<sup>145</sup> Besonders an der Westflanke der Stadt bewirkt die verstärkte Bodenreibung eine Abbremsung und Vertikalbewegung der feuchten Luftmassen und damit eine Verstärkung der Niederschläge. Die Verlangsamung der über die Norddeutsche Tiefebene beziehungsweise über Polen ungehindert heranwehenden West- und Ostwinde führt gleichzeitig zu einer erheblichen „Düsenwirkung“, einer Beschleunigung der Winde in den Bebauungsschneisen und in einzelnen Straßenzügen. Ebenfalls den Wind verstärkend wirken die erwähnten Temperaturunterschiede zwischen Außenbezirken und Innenstadt.

Berlins geographische Lage, seine Topographie und sein Klima sind auf den ersten Blick nicht politisch determiniert. Das ist ein Irrtum. Die Wahl für den Ort, an dem Berlin entstand, ist politisch und ökonomisch motiviert. Machtpolitische Interessen der Landesherrn und eine Stelle, wo die Spree schlicht am einfachsten zu überqueren war, sind die Hauptgründe für die Stadtgründung. Bei der Überformung des Landschaftsbildes lassen sich noch weitere politische Motive und Einflüsse erkennen. Die Müll- und Trümmerberge etwa entstanden als direkte Folge politischer Entscheidungen. Solche Folgen gibt es zwar auch in anderen Städten, aber in Europa erreichen diese Prägungen an keinem anderen Ort solche Dimensionen wie in Berlin.<sup>146</sup>

Auch die Umweltsituation wird stark von politischen Entscheidungen oder auch Nichtentscheidungen beeinflusst. Damit ist nur zum Teil die Umweltgesetzgebung auf europäischer, nationaler oder regionaler Ebene gemeint, die innerhalb einer gewissen Bandbreite das Leben aller Metropolen prägt. Die substanziellste Verbesserung der Umweltsituation, die eine Metropole Ende des 20. Jahrhunderts erlebt hat und die Berlin zugute gekommen ist, geht nicht auf parlamentarische oder administrative Aktivitäten dieser Art zurück. Sie hat ihre Ursache im politischen Zusammenbruch der DDR. Der Zusammenbruch der uneffektiven und Ressourcen verschleudernden Staatswirtschaft brachte ungeplant eine drastische Entlastung für die Umwelt.

Gleichfalls politisch motiviert beziehungsweise durch die Stadtplanung zu verantworten ist die an einigen Stellen weitflächige Raumgestaltung, insbesondere in der traditionellen Mitte, wo sich am überdimensionierten Schlossplatz der Abriss alter Bausubstanz thermisch unangenehm bemerkbar macht. Thermisch verursachte

Flurwinde, Düsenwirkung breiter und langer Straßenfluchten und Schneisen sowie ungeschickt platzierte Baukörper – einstweilen bleibt die deutsche Hauptstadt ein windiger Ort.



## 2. Zweite Erkundung

### Die Spur der Steine – durch die Wüste der verlorenen Solitäre

#### Die Kirche – Überleben im Wandel

Berlin ist auf Sand gebaut. Das gilt auch für das älteste Gebäude der Stadt, das wie ein verlorener Fremdkörper im Nikolaiviertel steht und eine seltsame Würde ausstrahlt. Die Nikolaikirche ist kein spektakulär auftrumpfender Sakralbau im „Reichsrenommierstil“ wie Julius Raschdorffs Dom am Lustgarten, der dem Betrachter imponieren will; Nikolai ist eine bescheidene spätgotische Hallenkirche aus Backstein, schlicht, unauffällig, ohne aufregende Ausstattung.

Zuerst fällt der seltsame Kontrast zwischen Kirche und Umgebung ins Auge. Inmitten des angestregten Versuchs der einstigen DDR-Hauptstadt, sich mit Repliken von Bürgerhäusern, ergänzt um historisierende Plattenbauten, eine historische Mitte zu bauen, steht sie quer zum mittelalterlich anmutenden Straßenraster. Massige Granitquader bilden den Turmsockel, die Aufbauten und das Kirchenschiff sind aus Backstein, die südwestliche Kapelle erscheint wie angeklebt, und die beiden Turmhauben wirken fast übertrieben spitz. Die Nikolaikirche – eine trotzig behauptung in grotesker Umgebung, disproportioniert, klobig und alles andere als stilsicher und filigran.

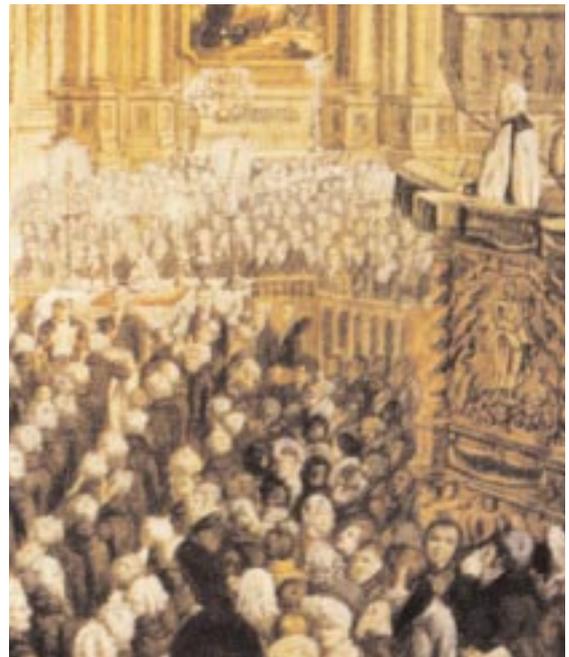
Die Kontraste irritieren und provozieren Fragen: Wie kommt dieses Gebäude hierher? Wie erklärt sich die seltsame Umgebung? Was ist das überhaupt für ein Bau, der, wie das Türschild ausweist, gar nicht als Gotteshaus, sondern als Dependance des Stadtmuseums genutzt wird?

Das älteste steinerne Gebäude der Stadt Berlin, das wahrscheinlich Vorläufer aus Holz hatte, datiert aus dem ersten Drittel des 13. Jahrhunderts. Zwischen 1230 und 1240 als dreischiffige Basilika errichtet, war es ursprünglich ein einfacher Bau aus Feldsteinquadern. Als das expandierende Berlin gegen Ende des 13. Jahrhunderts mit St. Marien eine zweite Pfarrkirche erhielt, sollte auch Nikolai vergrößert und modernisiert werden. Im Jahr 1400 war die Vergrößerung vollendet, bis Mitte des 15. Jahrhunderts erfolgte die Erneuerung des Mittelschiffs, und die Feldsteinwände wurden durch Backsteinmauern ersetzt. Die Turmfront allerdings bestand unverändert aus Feldsteinquadern und hatte über mehr als vierhundert Jahre einen asymmetrischen Abschluss. Während der Südturm eine etwa vierzehn Meter hohe Spitze trug, endete der Nordturm knapp über der Höhe des Kirchenschiffes in einem

### Das älteste Gebäude der Stadt

Die Pfarrkirche St. Nikolai im Zentrum des Nikolaiviertels ist das älteste erhaltene Bauwerk Berlins. Sie hatte mindestens zwei Vorgängerbauten. Die erste, um 1230 entstandene, spätromanische Feldsteinbasilika wurde bald nach ihrer Fertigstellung in eine frühgotische Hallenkirche umgebaut. Von dieser Kirche ist der aus behauenen Granitquadern bestehende Sockelbau der Westtürme erhalten. Bei dem verheerenden Stadtbrand am 11. August 1380 zerstört, dauerte der Wieder- bzw. Neuaufbau bis 1470.

In der Politik spielte die Kirche zweimal eine Rolle: Am 6. Juli 1809 trat dort die aufgrund der Stein'schen Reformen gewählte Stadtverordnetenversammlung zum ersten Mal zusammen, um gemeinsam mit dem Magistrat und dem Oberbürgermeister feierlich vereidigt zu werden. Am 11. Januar 1991 fand in der Kirche die konstituierende Sitzung des aus den seit der Teilung ersten freien Berliner Wahlen vom 2. Dezember 1990 hervorgegangenen Abgeordnetenhauses von Berlin statt.



Satteldach. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden die Turmabschlüsse durch zwei schlanke Helmspitzen nach einem Entwurf des Stadtbaurates Hermann Blankenstein ersetzt. Wenn die erhaltenen Abbildungen nicht trügen, hätte die Nikolaikirche zu dieser Zeit ihre wohl eleganteste Gestalt.

Sie währte keine 70 Jahre. Bei Bombenangriffen im Zweiten Weltkrieg stürzten die Türme bis auf den Backsteinunterbau ein, der Dachstuhl brannte ab und Teile des Schiffsgewölbes brachen zusammen. Nachdem 1949 das Gewölbe vollständig eingestürzt war, folgte die Sicherung der Ruine. Erst gegen Ende der siebziger Jahre entschloss sich die DDR, das Äußere der Nikolaikirche wiederherzustellen, was in den Jahren 1981–87 geschah. Seitdem dient sie als Museum der Geschichte des mittelalterlichen Berlins.

Zweifellos gibt es schönere, prächtigere und ältere Kirchen in Deutschland. Das bemerkenswerteste an Nikolai ist vor allem, dass der Kirchenbau überlebt hat und Berlin zumindest über ein Gebäude verfügt, das annähernd so alt ist, wie die Stadt selbst. Doch Berlin wäre nicht Berlin, handelte es sich bei Nikolai bloß um eine Kirche. Auch in der politischen Geschichte hat sie ihren Platz. Am 2. November 1539 traten hier der Rat und die Bürgerschaft der Stadt zum Luthertum über, nachdem am Tag zuvor Landesherr Joachim II. in der Spandauer St.-Nikolaikirche konvertiert war. Ein weiterer politischer Akt datiert im frühen 19. Jahrhundert. Am 6. Juli 1809 versammelte sich in der Nikolaikirche die nach den Stein'schen Reformen gewählte Stadtverordnetenversammlung zum ersten Mal und wurde gemeinsam mit dem Magistrat und dem Oberbürgermeister vereidigt. An diese Tradition knüpfte die Stadt nach der Vereinigung an, als am 11. Januar 1991 das erste seit der Spaltung 1948 aus Gesamtberliner Wahlen hervorgegangene Abgeordnetenhaus zu seiner konstituierenden Sitzung hier zusammentrat.<sup>147</sup>

Die Preisung der Besonderheiten und berlinischen Eigenheiten ließe sich fortsetzen und die Innenausstattung ebenso detailliert katalogisieren, wie etwa die kulturgeschichtliche Bedeutung des an der Nikolaikirche wirkenden, protestantischen Liederdichters Paul Gerhard. Interessanter ist der Charakter der Kirche und des gesamten Viertels: Die Wiege Berlins ist ein unechter, enttäuschender Ort, und vielleicht macht ihn gerade das authentisch. Keines der Attribute, die dem deutschen Moloch üblicherweise zugeschrieben werden, sei es Größe, Imponiergehabe oder Schroffheit, findet sich hier wieder. Eher trifft Schefflers Diktum des steten Wandels zu, der hier auf engstem Raum zu besichtigen ist, das Kriterium architektonischer Qualität gnädig beiseite gelassen. Kein Vergleich mit Notre Dame – Berlin verfügt bloß über eine im Windschatten gelegene, zweitklassige Kopie einer immer

wieder umgebauten Kirche ohne ernsthafte Funktion. Nikolaikirche und -viertel sind typisches Berliner Stückwerk, Nachbauten mit originalen Zutaten und fragwürdigen Ergänzungen. Alles andere als „natürlich“ gewachsen, spiegeln sie jene charakteristischen Eigenschaften, die die bauliche Gestalt der Stadt bis heute prägen.

- Auf der einen Seite stehen die Einflüsse der großen, in ganz Europa zu beobachtenden Entwicklungen. Nachdem die meisten heutigen europäischen Großstädte über Jahrhunderte in vergleichsweise kleinen Schritten gewachsen waren, wucherte in Berlin spätestens mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert der Stadtraum in bisher unbekannter Weise und binnen weniger als zwei Generationen geriet die mittelalterliche Stadt aus den Fugen. Ausgelöst durch einen eminenten Wachstumsschub und dramatischen Strukturwandel trat neben die bewusste Gestaltung vornehmlich innerstädtischer Areale der kaum oder gar nicht kontrollierbare Wuchs, manchmal Wildwuchs. Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen und die damit verbundene Infrastruktur – in erster Linie der Verkehr – sowie der Bedarf an Wohnungen beanspruchten Raum, schufen und befriedigten bisher unbekannte Bedürfnisse und gestalteten das Gesicht der Stadt neu. Während London bereits um 1800 über mehr als eine Million Einwohner verfügte, lebten in Berlin keine 200.000 Menschen. Hundert Jahre später hatte Berlin mit den großen Metropolen gleichgezogen oder sie bereits überholt, um Anfang des 20. Jahrhunderts für eine historische Sekunde zu einer der größten Städte der Welt zu avancieren. Dieses extreme Wachstum unterschied die Stadt von anderen, machte die Brüche dramatischer und folgenreicher. Die Politik versuchte stets regulierend einzugreifen, umfassend steuern konnte sie diese Prozesse nie.
- Auf der anderen Seite steht die Inanspruchnahme Berlins durch die regionale, später nationale und schließlich auch internationale Politik mit verschiedenen, wenngleich unterschiedlich erfolgreichen Versuchen, den Stadtraum entsprechend ihrem Verständnis zu gestalten. Alle politischen Systeme beanspruchten, nutzten oder benutzten die Stadt für ihre Ziele. Politische Vorgaben und Impulse erweiterten den vorhandenen Grundriss oder gaben ihm neue Funktionen, setzten Akzente durch repräsentative Solitäre und schufen neue Straßenzüge, Plätze oder ganze Viertel. Wie anspruchsvoll aber der angestrebte Wandel auch war, in seiner Umsetzung blieb er stets begrenzt. Er beschränkte sich, bewusst oder ungewollt, auf bestimmte Gegenden und erreichte selbst in extremen Zeiten nie die ganze Stadt. Auf eine störrische Weise blieb Berlin widerborstig und ungestaltbar.

Die Nikolaikirche ist ein kurioses Beispiel dafür, wie das älteste Gebäude der Stadt eher zufällig überlebte: Übrig geblieben bei den großen Umwälzungen, bei Bedarf genutzt für symbolische, politische Akte oder als Originalzutat für die Inszenierung eines pseudohistorischen Stadtkerns.

Die beschriebenen Tendenzen – Beeinflussung durch extensive Wachstumstendenzen im Zuge der Industrialisierung und Inanspruchnahme durch die Politik – waren und sind in unterschiedlicher Ausprägung in ganz Europa, einige weltweit zu beobachten. Aber in Berlin erreichen sie im 19. Jahrhundert ein dramatisches Ausmaß und eine nicht gekannte Dynamik. Hinzu kommt eine Berlins Entwicklung wesentlich beeinflussende deutsche Besonderheit. Gemeint ist der tief verwurzelte Regionalismus, der seine fruchtbarste Ausprägung im westdeutschen Föderalismus nach dem Zweiten Weltkrieg, seit 1990 in ganz Deutschland, fand. Diese Prägung hatte zweierlei Folgen:

- Zum einen verfügte die Bundesrepublik nach wie vor über eine Vielzahl unterschiedlich großer und gewichtiger Zentren, von denen Berlin zwar die einwohnerstärkste und größte Kommune ist, aber keineswegs die – wie etwa Paris Frankreich – alles dominierende. Die Vielfalt und Konkurrenz, durch die die stets umstrittene preußische, später deutsche, Hauptstadt jeweils zum Ausgangsort oder zum Ziel der von unterschiedlichen gesellschaftlichen Strömungen und Regierungen verfolgten Politik wurde, ist bis heute am Erscheinungsbild der Stadt ablesbar.
- Zum anderen ist das in seiner heutigen Gestalt 1920 entstandene Groß-Berlin selbst ein Spiegel jenes nicht nur glücklichen Regionalismus. Zusammengefügt aus acht Städten, 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirken hat Berlin nach wie vor kein wirkliches Stadtzentrum wie Warschau, Prag oder London. Untypisch für Europa, erscheint Berlin vielmehr wie eine Schwester der amerikanischen Metropolen mit ihren zerfließenden Innenstädten und ausufernden Vororten. Aber diese vordergründigen Ähnlichkeiten haben andere Ursachen. Sind sie in Nordamerika Ergebnis der dort sich seit dem 18. Jahrhundert entwickelnden Kultur, so ist die bauliche Gestalt Berlins in ungewöhnlichem Maß das Ergebnis politischer Prozesse, die sich bis in die Anfänge der Stadt zurückverfolgen lassen.<sup>148</sup>

## **Das Schloss – Ansprüche der Residenz**

Über die mittelalterliche Gestalt der im 13. Jahrhundert gegründeten Doppelstadt Berlin/Cölln gibt es nur wenige Quellen.<sup>149</sup> Wahrscheinlich entsprach das Aussehen der Doppelstadt dem der meisten ostdeutschen Kolonialstädte.<sup>150</sup> Bekannt ist immerhin die Umgrenzung der Ansiedlung, die von Spree und späterer Friedrichsgracht umschlossene Insel Kölln und auf der rechten Seite des mittleren Spreearmes das etwas größere Berlin.

Als günstiger Flussübergang im Havel-Spree-Raum zog die Stadt Händler an und entwickelte sich Ende des 14. Jahrhunderts zu einem respektablen Gemeinwesen. Zu jener Zeit kam die von der Stadtmauer umschlossene Kernstadt den Vorstellungen der gotischen Idealstadt recht nahe: Giebelständige Häuser flankierten ein nahezu geradliniges, überschaubares Straßenraster, und die Türme von St. Nikolai, St. Marien und St. Petri beherrschten die Silhouette.

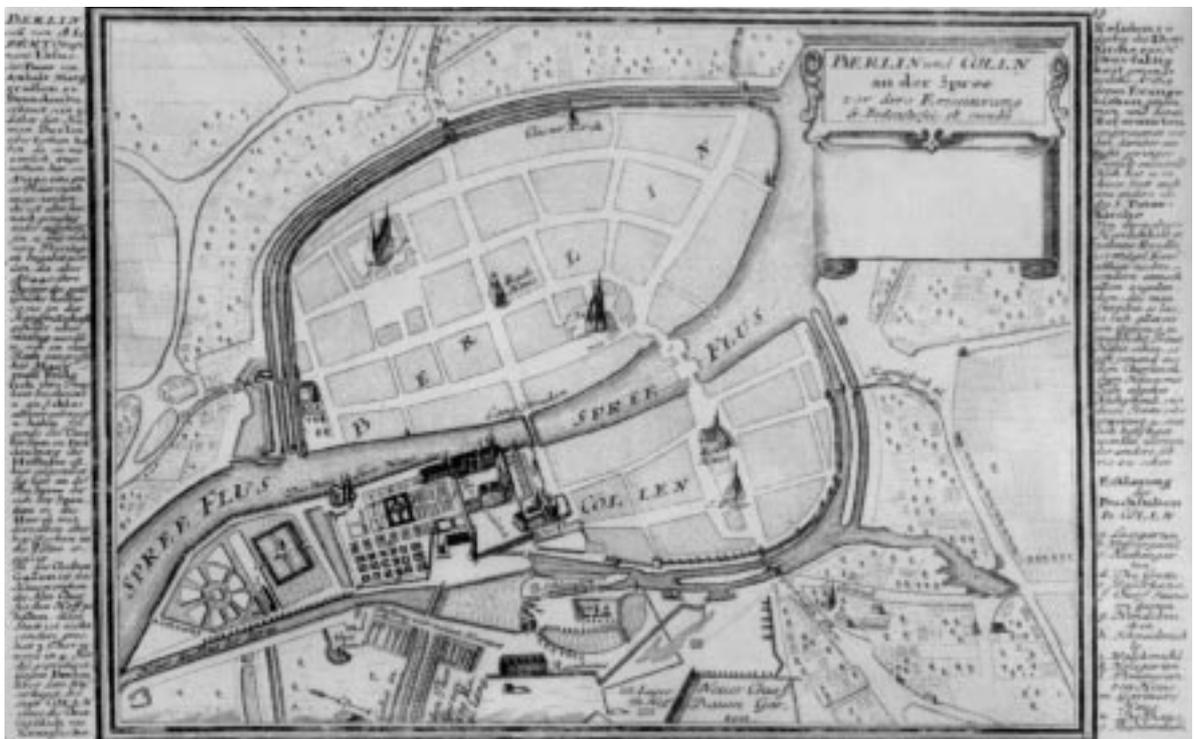
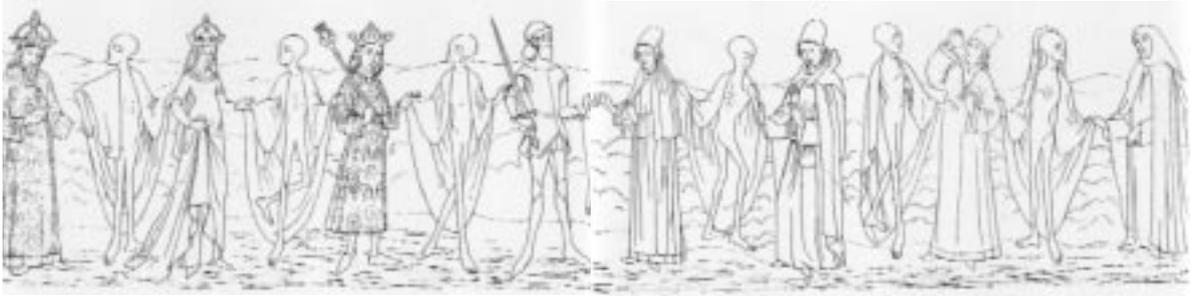
Eine politische Zäsur mit langfristigen Folgen für die Stadtentwicklung datiert gegen Mitte des 15. Jahrhunderts. Das Herrschergeschlecht der Hohenzollern, das sich 1411 gegen das Raubrittertum durchgesetzt und 1415 Friedrich I. zum Landesherren berufen hatte, etablierte sich als neue Macht. Die Hohenzollern sahen die Chance, Berlin zum Zentrum ihrer Ambitionen auszubauen. Schritt für Schritt entmachteten sie die städtischen Eliten der bis dahin weit gehend selbständigen Doppelstadt. Die Hohenzollern erhoben Berlin/Cölln zur brandenburgischen Residenz, und Friedrich II. Eisenzahn beendete damit 1442 beziehungsweise 1447/48, gegen den Widerstand der Bevölkerung, die städtische Selbständigkeit. Der Machtkampf und der neue politische Anspruch hatten Folgen für die Stadtplanung und veränderten Funktion und Aussehen der Doppelstadt. Berlin war eine der ersten deutschen Städte, in denen ein Fürst dauerhaft seine Residenz nahm, auch wenn Friedrich II. sich noch vorzugsweise in Tangermünde aufhielt. Mit Kurfürst Johann Cicero blieb Ende des 15. Jahrhunderts erstmals der gesamte Regierungsapparat und die Verwaltung mit ihren Archiven in Berlin zurück, wenn sich der Herrscher in anderen Landesteilen oder Ländern aufhielt, und unter Joachim II. wurde Berlin in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts offiziell zur Hauptresidenz.

Stärkster Ausdruck dieser Entwicklung war die Errichtung des neuen Stadtschlusses<sup>151</sup>, das 1443 begonnen, ab 1538 durch Caspar Theyß und später durch andere zu einem Fürstensitz im Renaissancestil ausgebaut wurde. Auf diesen neuen Mittelpunkt richteten sich die zusammenwachsenden Städte Berlin/Cölln nun räumlich aus.

### Der Totentanz

Das um 1490 entstandene Fresko Berliner Totentanz in der Marienkirche ist eines der bedeutendsten mittelalterlichen Zeugnisse der Stadt.

Der Grundriss von Johann Gregor Memhard und eine Skizze, die versucht das Stadtbild zu rekonstruieren, geben einen Eindruck vom Aussehen des mittelalterlichen Berlin.



## Das Schloss

Über ein halbes Jahrtausend war das Schloss Residenz der brandenburgischen Markgrafen und Kurfürsten, später der preußischen Könige und deutschen Kaiser. Es war aus einer mittelalterlichen Burganlage hervorgegangen, die Kurfürst Friedrich II. 1443–51 längs der Spree am Rand der mittelalterlichen Stadt erbauen ließ. Unter Kurfürst Joachim II. entstand ab 1538 durch Caspar Theyß aus der Burg ein repräsentatives, dreistöckiges Renaissanceschloss. Rochus Graf zu Lynar errichtete 1580-95 für Kurfürst Johann Georg den Apothekenflügel, in dem die Hofapotheke untergebracht war. Kurfürst Friedrich III. (1701 König Friedrich I. in Preußen) ließ 1698 Andreas Schlüter mit einem Erneuerungsbau beginnen, der die unterschiedlichen Baugruppen durch ein einheitliches, barockes Gebäude ersetzen sollte. Er gestaltete die Südfassade der Langfront am Schlossplatz mit den Portalen I und II, die Nordfassade der Langfront am Lustgarten mit dem Portal V sowie den östlichen Schlosshof. Die an der Spreeseite liegenden Teile und der Querflügel blieben in der alten Form erhalten. 1706 wurde Schlüter – nach dem Einsturz des Münzturms – durch Johann Friedrich Eosander von Göthe abgelöst. Dieser erweiterte 1706-13 das Schloss auf die doppelte Größe, indem er den Bau nach Westen ausdehnte, den Lustgarten-Flügel mit dem Portal IV und einen weiteren, den äußeren Schlosshof, mit dem Portal III in der Westfassade schuf. Unter König Friedrich Wilhelm I. wurde das Barockschloss von 1713–16 vollendet. 1845–53 baute Friedrich August Stüler im Auftrag König Friedrich Wilhelms IV. die Kapelle im Westflügel über dem Hauptportal mit dem mächtigen, achteckigen Kuppeltambour. Unter Kaiser Wilhelm II. wurde an der Spreeseite des Schlosses eine Terrasse mit einem Landungsplatz angelegt und durch Ernst v. Ihne der Westflügel mit dem Weißen Saal umgebaut.

In seiner letzten Bauausführung bildete das Schloss ein Rechteck von etwa 192 m Länge und 116 m Breite. Der Bau war etwa 25 m hoch, hatte zwei größere sowie zwei kleinere Innenhöfe und umfasste nach den letzten Lageplänen 1.210 Räume.

Nach Abdankung des Kaisers und seiner Auswanderung ins holländische Exil wurde 1921 das Kunstgewerbemuseum im Schloss untergebracht. 1944 erhielt das Gebäude mehrere Bombentreffer, am 3. März 1945 brannte es schließlich fast vollständig aus. Nach dem Ende des Krieges konnten im Weißen Saal und einigen angrenzenden Räumen noch Ausstellungen gezeigt werden, bevor der Bau 1950/51 abgerissen wurde. Der dominierende Grund war die Absicht der politischen Führung der DDR, mit dem Schloss *das* Symbol des preußischen Feudalstaates zu beseitigen. Nach heftigen Debatten und Protesten begannen am 6. September 1950 mit der Sprengung des Apothekenflügels die Abrissarbeiten, die bis Jahresende abgeschlossen wurden. Die Abtragung der Trümmer erfolgte in den ersten Monaten des Jahres 1951. Das Portal IV, von dem Karl Liebknecht am 9. November 1918 die „Freie sozialistische Republik“ ausgerufen hatte, blieb wegen dieses historischen Bezuges erhalten und wurde als repräsentativer Eingang in das 1962–64 an der Südseite des Marx-Engels-Platzes errichtete Staatsratsgebäude eingefügt.



Stadtplanerisch entstand dabei ein Problem, das nie wirklich überzeugend gelöst wurde. „Die mittelalterliche Stadt war logisch gegliedert; sie lag im vorherrschenden Verkehrsverbund, der sich in ganz Europa von Osten nach Westen hinzog. Kam also der Kaufmann in die Stadt von Osten oder Westen, so musste er über den Mühlendamm. Er fand alles vor, was er benötigte. Die mittelalterliche Achse war innerhalb der Stadt – durch den Mühlendamm – klar gegliedert.“<sup>152</sup> Das neue Schloss entstand als Herrschaftssitz am Rand dieser Struktur und zwang nun die Stadtplanung, sich an einer Südost-Nordwest- – statt wie bisher in einer Ost-West-Richtung – zu orientieren. Beide Strukturen standen miteinander im Wettbewerb, überlagerten sich. Der so entstandene Konflikt zwischen mittelalterlicher Bürgerstadt und kurfürstlicher Residenzstadt blieb ungelöst.

Das in den folgenden Jahrzehnten einsetzende Wachstum der Stadt unterbrachen Pestepidemien 1546, 1576 und 1588 sowie der Dreißigjährige Krieg 1618–48 nachhaltig. Binnen einer Generation halbierte sich die Einwohnerzahl auf rund 7.500. Noch vor Kriegsende 1642 begann unter Kurfürst Friedrich Wilhelm der Wiederauf- und Umbau der verwüsteten Stadt. Die niedergebrannten Vorstädte wurden wiederhergestellt, und es fiel die weit reichende städtebauliche Entscheidung, den Reitweg zwischen Schloss und Tiergarten zu einer breiten, mit sechs Lindenreihen bepflanzten Allee auszubauen, die heutige Straße Unter den Linden. Zugleich erlebte Berlin innerhalb von 25 Jahren die Umgestaltung zur Festungsstadt nach Plänen von Gregor Memhardt. Die Festungsmauer stand allerdings schon von Beginn an im Widerspruch zu den in den sechziger Jahren des 17. Jahrhunderts vorgenommenen Stadterweiterungen. Lag die 1658 begonnene Friedrichwerdersche Stadt noch innerhalb der ursprünglich geplanten Festungswerke, so befand sich die ab 1673 nördlich an der zum Tiergarten aufschließenden Lindenallee angelegte Dorotheenstadt bereits außerhalb der Mauern. Die südlich anschließende Friedrichstadt, ab 1688 in direkter stadträumlicher Beziehung zur Dorotheenstadt entworfen, war gleichfalls eine Erweiterung „vor den Toren“.

Nachdem sich Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg 1701 in Königsberg zum König Friedrich I. in Preußen hatte krönen lassen, avancierte Berlin zur Hauptstadt der preußischen Monarchie.<sup>153</sup> Den damit verbundenen machtpolitischen und stadtkulturellen Anspruch, durch die Stadterweiterungen des vorigen Jahrhunderts bereits eingeleitet, untermauerte in den folgenden Jahren die Errichtung mehrerer Einzelbauten. Sie sollten Berlin eine neue Dimension und ein neues Profil geben. Der als Bildhauer geniale, aber als Baumeister völlig überforderte Andreas Schlüter, der diesen Ambitionen zum Durchbruch verhelfen sollte, prägte das barocke Berlin.

**Masken sterbender Krieger**

Die 22 als Schlusssteine über den Erdgeschossfenstern gestalteten Masken sterbender Krieger im Innenhof des Zeughauses stammen von Andreas Schlüter. Die Köpfe der Erschlagenen waren ursprünglich als Sinnbild besiegter Feinde geplant, eine Anspielung auf die Türkenkriege. Schlüter hat jedoch die Darstellung des Kriegertodes ins allgemein Menschliche erhoben und damit eine universelle Anklage gegen die Schrecken des Krieges formuliert. Die Masken gelten als ein Hauptwerk der europäischen Barockskulptur.



### Anspruch und Scheitern

Das 1706 fertig gestellte Zeughaus war der erste und bedeutendste barocke Großbau Berlins. Die Anregung zum Bau des Hauses geht auf den Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm zurück. Die Grundsteinlegung erfolgte 1695 unter der Bauleitung von Johann Arnold Nering. Nach dessen Tod setzte Martin Grünberg den Bau fort, 1698 übernahm Andreas Schlüter die Bauleitung. Bereits 1699 wurde Schlüter wegen Mängel bei der Bauausführung ersetzt durch Jean de Bodt, der den Bau bis zu seiner äußeren Fertigstellung 1706 betreute.

Zunächst diente es als Arsenal und Stätte der Sammlung von Trophäen. 1875 wurde das Haus in ein Waffen- und Kriegsmuseum umgewandelt.

Im II. Weltkrieg schwer beschädigt, erfolgte der Wiederaufbau von 1949–65. 1952 erhielt das Museum für Deutsche Geschichte als zentrales Geschichtsmuseum der DDR im Zeughaus seinen Sitz. Am Tag der Vereinigung, am 3. Oktober 1990, wurde das Zeughaus vom Deutschen Historischen Museum übernommen, dem das Gebäude seitdem als Sitz dient.

Der Münzturm war das ambitionierteste Bauwerk des 18. Jahrhunderts. Es sollte das höchste Gebäude Europas werden und den Anspruch Preußens symbolisieren. Als der Turm 1704 zwei Drittel seiner geplanten Höhe von 91 Metern erreicht hatte, neigte sich der falsch fundamentierte Turm und drohte zusammenzubrechen. Alle Rettungsversuche halfen nichts. Es blieb nur der Abriss.



Schlüter kam aus dem Nichts.<sup>154</sup> Wahrscheinlich 1660 in Danzig geboren, empfing er dort seine ersten künstlerischen Eindrücke und seine Ausbildung. Als er 1694 nach Berlin berufen wurde, war die Stadt ein Tummelplatz italienischer, französischer und niederländischer Barockströmungen, es dominierte ein international angehauchter Mischstil, der das Mittelmaß nie überschritt. Dann kam Schlüter. In seiner Berliner Zeit von 1694 bis 1713 schuf er unter anderem das Zeughaus (1695 von Johann Arnold Nering und Martin Grünberg begonnen; 1706 durch Jean de Bodt vollendet) und realisierte die umfassende Barockisierung des Stadtschlösses (1698–1706). Mit seiner neuen Palastfront wurde es zum baulichen Mittelpunkt Berlins, der den Stadtraum lange Zeit ordnend zusammenfasste.

Mit Schlüter blickte die Berliner Architektur zum ersten Mal über den engen Horizont der Region hinaus. Schlüter dachte groß – für Berlin und seine eigenen Fähigkeiten als Baumeister vielleicht zu groß. Schon seine Arbeit am Zeughaus von Mai 1698 bis Herbst 1699 endete mit einem Teileinsturz des Hauses. Doch sein Golgatha erlebte Schlüter 1706. Sein ambitionierter Münzturm, der mit knapp 100 Metern das höchste Gebäude Europas hätte werden und die neue Stellung Berlins hätte symbolisieren sollen, war auf morastigem Untergrund und zudem falsch dimensioniert errichtet worden. Über 60 Meter Höhe hatte das Bauwerk bereits erreicht, als die Risse im Fundament so groß geworden waren, dass Schlüter in der Nacht des 25. Juni 1706 seinen Handwerkern den Auftrag erteilte, mit der Abtragung des Turmes zu beginnen. Schlüter wurde als Schlossbaumeister entlassen, kurz darauf verließ er Berlin – gebrochen und gescheitert.<sup>155</sup>

Dennoch ist Schlüters Wirken nicht zu unterschätzen. Insbesondere als Direktor der 1696 gegründeten Akademie der Künste in den Jahren 1702–04 brachte er neue Ideen nach Berlin und wies der Stadt einen Weg aus der regionalen Beschränktheit. Ein großer Ansatz mit tragischem Ende und letztlich weit gehend folgenlos versandet: „Mit Schlüter begann das deutsche Barock in Berlin, aber mit ihm endete es auch.“<sup>156</sup>

### **Der Gendarmenmarkt – Ambitionen des Friderizianismus**

Das absolutistische Berlin unter Friedrich II. blieb den bis dahin prägenden Traditionen im Wesentlichen treu und brachte einen vornehmlich niederländischen beziehungsweise französisch beeinflussten Barockklassizismus hervor. Städtebaulich waren die Errichtung der südlichen Friedrichstadt mit dem durch das Quarrée (heute Pariser Platz), das Oktogon (heute Leipziger Platz) und das Rondell (später Belle-Alliance-Platz, heute Mehringplatz) verbundenen Straßenfächer sowie die Ersetzung

der Befestigung durch eine die Vorstädte umfassende Zollmauer die bedeutendsten Erweiterungen.

Repräsentative Einzelbauten untermauerten den friderizianischen Machtanspruch. An der Straße Unter den Linden entstanden 1741–43 das Königliche Opernhaus nach Plänen von Hans Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff und die weiteren Bauten des Forum Fridericianum. Als neuer städtebaulicher Monumentalplatz korrespondierte er mit dem benachbarten Schlossbezirk und kann als erster bescheidener Ansatz verstanden werden, eine architektonische Sprache für das sich entwickelnde bürgerliche Bewusstsein zu formulieren. Das Prinz-Heinrich-Palais (1748–66, Johann Boumann), die St.-Hedwigs-Kathedrale (1747–73, Knobelsdorff, Boumann) und die Königliche Bibliothek (1775–80, Georg Christian Unger; heute Alte Bibliothek) vervollständigten die noch heute bestehende Platzumbauung des Forums (Bebelplatz).

Zu den bemerkenswertesten Leistungen dieser Zeit zählen die Arbeiten des 1765 aus Bayreuth übergesiedelten Baumeisters Carl Phillip Christian von Gontard. Neben den königlichen Bauten, vor allem im Park von Sanssouci, der eigentlichen Leidenschaft Friedrichs, errichtete er eine Reihe von Bürgerhäusern in Potsdam, bevor er 1779 Königlich Baudirektor in Berlin wurde. Hier hatte er bereits 1775 mit dem Um- und Neubau der Randbebauung des Gendarmenmarktes und der angrenzenden Straßen begonnen und insbesondere mit den Türmen für die Neue Kirche und die Französische Friedrichstadtkirche dem Gendarmenmarkt eine neue Prägung gegeben. Die Motive für den Bau und die Realisierung der beiden Türme sind typisch für die Anstrengungen, Berlin einen repräsentativen Charakter zu verleihen und „zur Verschönerung dieses Viertels der Residenz“<sup>157</sup> beizutragen:

Zum einen waren die Bauten zu zügig und nicht sorgfältig genug geplant vorangetrieben worden. Im Turm für die Französische Friedrichstadtkirche zeigten sich schon bald Risse und der gerade bis zur Höhe des Gesimses unterhalb der Säulentrommel gediehene Deutsche Turm stürzte in den Morgenstunden des 28. Juli 1781 zusammen.

Zum anderen waren die Türme funktionslose Schmuckbauten. Die beiden vergleichsweise winzigen Kirchen hinter den Neubauten waren ursprünglich nicht einmal mit den Türmen verbunden.<sup>158</sup>

Neu und plumper, gedrungener dimensioniert wurden die Türme doch gebaut, und heute gilt der Platz mit dem Schinkel'schen Schauspielhaus als einer der schönsten Berlins. Außerhalb der Stadt erfolgten der Um- und Ausbau des Tiergartens zu einem Lustpark und die Errichtung einer Reihe von Schlössern.

Am Ende des 18. Jahrhunderts, nachdem Friedrich II. während seiner Herrschaftszeit von 1740 bis 1786 Preußen in den Kreis der europäischen Großmächte katapultiert hatte, war die Einwohnerzahl Berlins auf rund 170.000 angewachsen. Mehrfach erweitert und ergänzt um einige Prachtbauten, untermauerte das neue Berlin den machtpolitischen Anspruch der Residenz. Längst aber konnte sich die Stadt nicht vergleichen mit europäischen Metropolen, die wie Wien fast eine viertel Million Einwohner, wie Paris bald eine halbe oder London schon deutlich über eine Million Bewohner zählten. Berlin mit seinen „15 Toren, 268 Straßen und Plätzen, 36 Brücken, worunter 7 steinerne sind, und 33 Kirchen (die beiden im Invalidenhaus mitgerechnet)“, wie der Verleger Friedrich Nicolai in seiner von den französischen Enzyklopädisten inspirierten „Beschreibung der königlichen Residenzstadt Berlin“<sup>159</sup> minutiös erläutert, war eine Zweckresidenz, charakterisiert von ländlichem Barock und einigen angestregten Ambitionen nach Höherem.

### **Das Museum – Träume des Bürgertums**

Bis zum Jahr 1800 konnte sich Berlin kaum an europäischen Maßstäben messen. „Wer will die Hedwigs-kathedrale neben Notre-Dame oder den Petersdom stellen? Nicht einmal Santa Maria della Salute oder die Karlskirche bringt Friedrich hervor. Und das Palais des Prinzen Heinrich, aus dem später die Universität wird? Jede mittlere Stadt Europas besitzt Vergleichbares, und Wolfenbüttel und Neuburg an der Donau haben mehr zu bieten.“<sup>160</sup> Das Urteil des Architekturkritikers und Stadtkenners Wolf-Jobst Siedler ist zugespitzt, aber zutreffend. Nach 1800 jedoch erlebt Berlin binnen zweier Dekaden einen stadtplanerischen und architektonischen Sprung, der die Stadt für einen historischen Moment an die Spitze der architektonischen Entwicklung der europäischen Metropolen katapultiert.

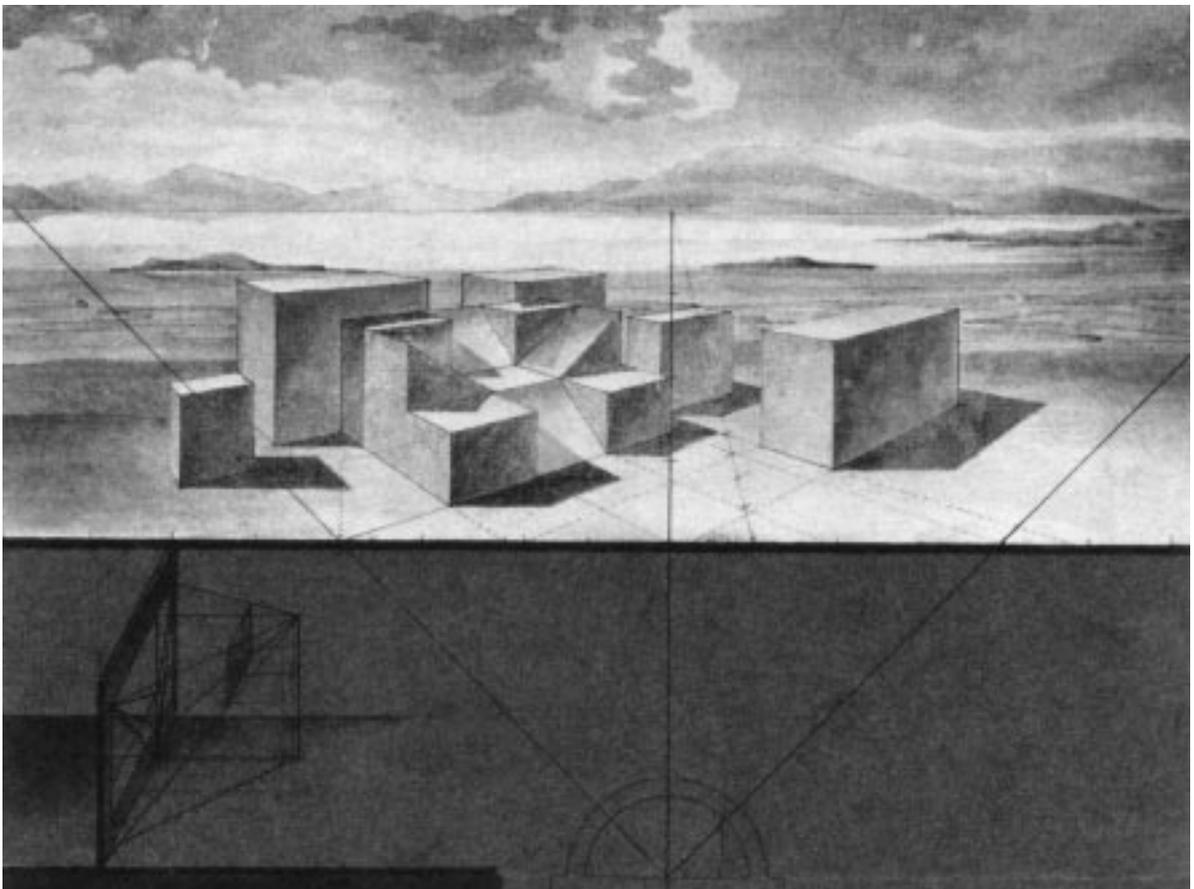
Die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zählt zu den aufregendsten und erfolgreichsten, in gewisser Weise auch tragischsten Abschnitten der Berliner Baugeschichte. Die damaligen Weichenstellungen bestimmen das Stadtbild in der alten Mitte zum Teil bis heute, einige der in dieser Zeit entstandenen Bauten, das Brandenburger Tor, die Neue Wache und das Alte Museum zählen noch immer zu den Meisterleistungen europäischer Architektur.

Wo kam dieser plötzliche Aufschwung her? Eine wirklich schlüssige Erklärung ist schwer zu finden, doch es gibt eine Reihe von Indizien. Der Tod des übermächtigen

### Kuben im Sand

Friedrich Gilly war der vielleicht begabteste deutsche Baumeister an der Schwelle des 18. zum 19. Jahrhundert. 1772 in Altdamm bei Stettin geboren, kam er 1789 nach Berlin und absolvierte dort 1788-89 die Architekturklasse der Akademie der Künste. Stark beeinflusst von der französischen Revolutionsarchitektur und befreundet mit Schinkel, stammen eine Reihe außergewöhnliche Entwürfe von ihm. Seine Konzentration auf rationale, klare Formen trug wesentlich dazu bei, dem Klassizismus in Preußen zum Durchbruch zu verhelfen. Im Nachlass von Martin Friedrich von Alten, ein Freund Gillys, fanden sich zwei Studienblätter, die aus Gillys Unterricht an der Bauakademie hervorgegangen sind. Sie waren wohl für eines der geplanten Lehrbücher gedacht, die Gilly herausgeben wollte. In dem von Fritz Neumeier editierten Band "Friedrich Gilly. Essays zur Architektur" heißt es dazu: "Eines dieser beiden perspektivischen Studienblätter, das mit zu den bemerkenswertesten Architekturzeichnungen des späten 18. Jahrhunderts gehört und in der konzentrierten Form der architektonischen und landschaftlichen Komposition für niemand anderen als Gilly als Urheber zu sprechen scheint, liest sich wie ein visuelles Manifest für jene Wiedergeburt der Baukunst, die einzuleiten sich der Architekt des Idealismus zur heiligen Pflicht gemacht hatte."

Im Jahr 1800 starb Gilly im Alter von 28 Jahren.



Königs Friedrich II., der das „Deutsche“ abgelehnt und verachtet hatte, bedeutete nicht nur für die Architektur eine Befreiung.<sup>161</sup> Als Friedrich Wilhelm II. 1886 sein Amt antrat, war die Staatskasse gut gefüllt. Der Monarch konnte in den ersten Jahren seiner Herrschaft aus dem Vollen schöpfen und tat das auch. Vier Baumeister berief er nach Berlin: Friedrich Wilhelm von Erdmannsdorff kam aus Dessau, Carl Gotthard Langhans wurde aus Breslau in die preußische Hauptstadt berufen und übernahm das Amt des Direktors des Hofbauamtes, David Gilly kam aus Stettin und Gottfried Schadow aus Rom. Allein das Wirken dieser Baumeister belebte die Bautätigkeit und brachte eine Modernisierung, die die Grundlage für die kommenden Dekaden bildete.

Einer der entscheidenden Impulse jener Zeit, der die Phantasie beflügelte, war die von den preußischen Intellektuellen vor allem mit romantischen Augen wahrgenommene Französische Revolution von 1789. Die mit ihr verbundenen bürgerlichen Ideale der Aufklärung, die schon durch Friedrichs II. Leidenschaft für die Philosophie Voltaires ihre eigene berlin-brandenburgische Variante erlebt hatte, veränderten das Denken nachhaltig, wie an den Plänen deutlich abzulesen ist.<sup>162</sup>

Zunächst formulierte der junge Friedrich Gilly, Sohn von David Gilly, in phantastischen Entwürfen die neuen Dimensionen des Bauens.<sup>163</sup> Während seine Wiederentdeckung der mittelalterlichen Marienburg den romantischen Zug seiner Zeit spiegelt, atmet sein Entwurf für das Denkmal Friedrichs II. ganz das revolutionär-aufklärerische Pathos des späten 18. Jahrhunderts. Seine Sequenz idealer Bauwerke, bestehend aus einem Triumphbogen, einem viereckigen Unterbau mit gewölbten Durchgängen in den Sichtachsen und einem darauf ruhenden Tempel, war eine der radikalsten Visionen klassizistischer Städteplanung. Gilly setzte sich rabiät über die ursprüngliche Ausschreibung für das Denkmal hinweg und entwarf eine urbane sinn- und gemeinschaftsstiftende Anlage. Das Individualistische betonend, verstand Gilly seinen Entwurf als Ergänzung der barocken Stadtfiguren mit dem Ziel, deren ungebundenen Raum in eine offene, kubistische Stadtlandschaft zu transformieren.<sup>164</sup> Einige seiner Skizzen, vor allem seine „Perspektivische Studie mit landschaftlicher Szenerie“<sup>165</sup>, wirken noch heute wie eine kühne Vorwegnahme kubistischer und surrealistischer Malerei und zählen ohne Zweifel zu den eindrucksvollsten Kunstwerken der Stadt.

Gillys früher Tod zählt zu den tragischen Ereignissen der Berliner Architekturgegeschichte. Bereits im Jahr 1800 im Alter von 28 Jahren verstorben, blieb die Realisierung der neuen Ideale seinen Zeitgenossen vorbehalten, in erster Linie Carl Gotthard Langhans. Dessen Entwürfe für das Brandenburger Tor (1789-1791) verkörper-

ten in idealer Weise die damaligen Ideen. In Anspielung auf die Propylen, den Eingangsbau der Athener Akropolis – dem Emblem des Vorbildes griechische Antike –, symbolisiert das Tor die bürgerlich-intellektuelle Sehnsucht nach der aufgeklärten und emanzipierten Gesellschaft, eine Gesellschaft, die die Baumeister als tolerant, weltoffen und modern und gleichzeitig abendländischen Traditionen verpflichtet sahen. In der Metapher „Spree-Athen“ fand jene Sehnsucht ihren treffendsten Ausdruck.<sup>166</sup>

Während die Nachrichten von der Französischen Revolution die Intellektuellen inspirierten, waren die Repräsentanten der politischen Ordnung tief verunsichert. Das schrittweise Scheitern der Revolution führte allerdings nicht zur sofortigen Restauration, sondern zur Diktatur Napoleons und zu einem weit über Europa hinausreichenden Krieg. Mit dem Einzug der französischen Armee in Berlin brach die preußische Monarchie de facto zusammen. Zur gleichen Zeit begannen sich die seit den siebziger Jahren des 18. Jahrhunderts aus den Zentren der Kunst, aus Rom, aus Paris und London nach Berlin eingedrungene Ideen zu einer neuen Formensprache zu verdichten. Sie knüpfte an überlieferte Formen an und entwickelte sich im Sinne des damals modernen Strebens nach Strenge, Klarheit der Konstruktion und Zweckmäßigkeit weiter. Zudem korrespondierte sie in einer glücklichen Weise mit der zur gleichen Zeit mit Schadow erblühten Bildhauerschule.<sup>167</sup> Zwei Beispiele sind Schadows epochemachende Prinzessingruppe (1795–97), die Mitglieder der königlichen Familie vom Sockel holte und in einer bis dahin nicht gekannten Leichtigkeit und Anmut zeigte, sowie Rauchs „lebendiges“ Grabmal der Königin Luise (1811–15).

Gebäude aus der Phase zwischen Langhans und Schinkel, die den neuen Ansatz verkörpern, sind kaum erhalten. Der Kopfbau des Prinzessinnenpalais mit der Brückenverbindung zum Kronprinzenpalais von 1810/11, das Luisen-Mausoleum im Schlosspark Charlottenburg von 1810–12 mit Rauchs erwähntem Grabmal und das als Wrangelschlösschen bekannte Herrenhaus Beyme in Steglitz 1804–08, alle drei von Johann Heinrich Gentz, zählen zu den raren Ausnahmen und vermitteln wenigstens eine Ahnung vom Aufbruch jener Jahre.

Die politische Krise und die damit verbundene Suche nach Auswegen führten in Berlin zu einer verblüffenden Symbiose. Sie trafen – nicht nur – in der Architektur auf ehrgeizige Menschen, die auf der Suche waren nach ihrem Projekt. Zunächst schien es gefunden. Über zwei Dekaden entbrannte eine heftige Debatte über ein Denkmal für Friedrich den Großen, an dem sich fast alle renommierten Baumeister und Künstler beteiligten, von Langhans, Gentz bis Gilly und später Schinkel, selbst

Weinbrenner schickte einen Entwurf aus Karlsruhe. All die Strömungen der Zeit flossen in die Entwürfe ein, die zum Teil ins Riesenhafte, Pathetische gingen, und wurden engagiert diskutiert. Es blieb bei den Plänen. Das schließlich 1839-46 von dem Bildhauer Christian Daniel Rauch realisierte und am 31. Mai 1851 enthüllte Reiterstandbild spiegelt nur schwach die aufregenden Auseinandersetzungen Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts.<sup>168</sup>

Ein zweites, vielleicht noch einflussreicheres Beispiel für die Aufbruchstimmung ist die im Januar 1794 von Gilly und Gentz ins Leben gerufene „Privatgesellschaft junger Architekten“. Bis zu Gillys Tod diskutierten die Mitglieder kritisch ihre Entwürfe mit dem Ziel der „Aufmunterung des Genies durch gemeinschaftlichen Wetteifer, zur Erholung nach den gewöhnlichen Geschäftsarbeiten, durch Veranlassung zu Arbeiten genialischer Art“<sup>169</sup>. Auch wenn die Debatten keine unmittelbaren Ergebnisse erbrachten, waren sie dennoch fruchtbar und erschienen wie eine Vorbereitung auf jenen Reformschub, der das Land nach dem Sieg über Napoleon erfasste.

Der alles überstrahlende Baumeister jener Epoche war Karl Friedrich Schinkel.<sup>170</sup> Er fand die überzeugendste Antwort auf den gesellschaftlichen Wandel Berlins zur bürgerlichen Stadt. Im Kern sind es vier Hauptwerke, die die Spannweite seines Schaffens markieren, das knapp ein viertel Jahrhundert umfasste.

Die Kriegszeit berücksichtigt und das Frühwerk beiseite gelassen, ist sein erster wirklich wichtiger Bau die Neue Wache. Ein verblüffendes Gebäude, das aus einem denkbar kleinen Volumen einen maximalen Eindruck an Monumentalität gewinnt. Schon hier wird ein Muster deutlich, das seitdem Berlin prägt. Schinkel baut durchweg Solitäre. Er bricht radikal mit dem barocken Prinzip, nachdem sich die Gebäude in die jeweilige Straße oder in den Platz einordnen müssen. Ganz dem individualistischen Ansatz der Aufklärung verpflichtet, steht stets das Gebäude im Vordergrund. Die Neue Wache, später das Schauspielhaus am Gendarmenmarkt, das Alte Museum am Lustgarten und schließlich am radikalsten die Bauakademie – die Gebäude stehen vor allem für sich selbst. Der plastische Eindruck dominiert, der nicht nur die Front, sondern alle Seiten ernst nimmt, hier wieder am radikalsten die Bauakademie, die als erstes Gebäude überhaupt keine Hauptfassade mehr aufweist.

Die Betonung des Individualistischen, Singulären, die in Schinkels Zeichnungen noch radikaler hervortritt, und ihre Verbindung mit der Umgebung ist bei Schinkels Bauten stets intelligent gelöst. Bei der Neuen Wache täuscht das Kastanienwäldchen darüber hinweg, dass es eigentlich keine Verbindung zur Umgebung gibt. Der

### Der rote Kasten

Karl Friedrich Schinkels Bauakademie ist das letzte große realisierte Werk des Künstlers. 1831–36 am Werderschen Markt errichtet, war es das erste Gebäude ohne Hauptfassade, ein trotziger, strenger, roter Kasten, vis-a-vis des barockisierten Stadtschlosses. Ein größerer Kontrast ist schwer denkbar.

Mit der Bauakademie unternahm Schinkel den Versuch, das konstruktive System der Gotik und ihre vertikale Orientierung mit dem System von Stützen und Balken der Antike zu verbinden. So entstand eine formal weit in die Moderne weisende Synthese, ein Rasterbau, der die mehrere Generationen später entwickelte Idee des Skelettbaus als Idee vorwegnahm. Die Bauakademie, von den Zeitgenossen bewundert und verachtet, war ein Fluchtpunkt der Moderne.

Auffällig an allen Statements über das Haus ist, dass es stets gelingt, das Äußere emphatisch zu beschreiben, selten jedoch das Innere. Jacob Ignatz Hittorf bemerkt dazu:

“Es fehlt die notwendige Beziehung zwischen dem Inneren und dem Äußeren der Schinkel’schen Bauten, zwischen ihrem Aussehen und ihrem Zweck. Das Fehlen der notwendigen Eigenschaften ergab sich aus Schinkels Hang, durch die Außenseite seiner Bauten zu verblüffen.”

Ein interessanter Befund, der angesichts der Debatten um den Schlossplatz seit den neunziger Jahren zu berücksichtigen ist.

Nach ihrer Fertigstellung diente die Bauakademie zunächst der Allgemeinen Bauschule und der Oberbaudeputation als Sitz. Schinkel selbst wohnte im Obergeschoss. Nach seinem Tod wurden die Räume zum Schinkel-Museum. Später hatte die deutsche Hochschule für Politik in der Bauakademie ihren Sitz. Gegen Ende des Krieges wurde das Gebäude stark beschädigt. Die DDR plante zunächst die Wiederherstellung, die zwar begonnen, aber 1954 abgebrochen wird. Den Planungen, den zentralen Platz der Hauptstadt neu zu gestalten, stand das Haus im Weg. 1961/62 wird es abgerissen.



Effekt, Gewachsenes neben Gebautes zu setzen, ein typischer Schinkel'scher Gegensatz und zu dieser Zeit einmalig in der europäischen Architektur, verblüfft und macht Schule, wenn er auch später bei den Epigonen vielfach nur noch die Dürftigkeit der architektonischen Würfe verdeckt. Bei Schinkel steigert das Organische noch den Kontrast zum Gebauten.<sup>171</sup>

Erstaunlich, aber für die damalige Zeit nicht untypisch ist auch, dass Schinkel, obgleich im königlichen Auftrag tätig, der bürgerlichen Stadt zum Durchbruch verhilft. So gesehen ist er ein eminent politischer Baumeister. Am deutlichsten wird dies mit dem Königlichen Museum, das in dieser Hinsicht den interessantesten Ansatz verkörpert. Mit dem Museum setzte das Bürgertum seinen Anspruch durch, neben Monarchie (Stadtschloss), Kirche (Dom) und Militär (Zeughaus) via Wissenschaft und Kunst, verkörpert durch den Musentempel, als vierte tragende Säule der Gesellschaft am zentralen Platz der Hauptstadt präsent zu sein.

Die Ergänzung des Schlossareals durch die Bauakademie (1832–36), ein Gebäude, das mit dem erwähnten Verzicht auf eine repräsentative Hauptfassade und durch die ansatzweise Vorwegnahme der Skelettbauweise der damaligen Architektur um zwei bis drei Generationen voraus war, stellte die radikalste Weiterentwicklung dieser Idee dar. Sie war eine Huldigung an die Ingenieurwissenschaften und bedeutete architektonisch einen Sprung in die Moderne.<sup>172</sup>

Den zentralen Platz in der Mitte der Hauptstadt zu denken als Zentrum des Landes, an dem wesentliche Kräfte der Gesellschaft mit Gebäuden präsent sind – bis heute ist diese Vision nicht wieder ernsthaft aufgegriffen worden. Allenfalls als Negativbild – und was folgte waren Zerstörungen. Schon Raschdorfs überdimensionierter Dom brachte den Platz aus dem Gleichgewicht. Walter Ulbricht schließlich, der führende Mann der DDR, ließ das schwer beschädigte, aber wiederherstellbare Stadtschloss und später die Bauakademie ganz schleifen und setzte an ihre Stelle Symbole des deutschen Sozialismus, den Palast der Republik und das Außenministerium, beide so wenig überzeugend wie der Staatsentwurf selbst.

Als Schinkel 1841 starb, war offen, wie die Entwicklung weitergehen würde. Er hat der Stadt durch eine Reihe von genialen Bauten einen neuen Akzent gegeben. Aber im Grunde waren die Bauten stadtunverträglich und nur durch raffinierte Kniffe in die Umgebung integriert.<sup>173</sup> Dabei hat Schinkel stets groß gedacht, vielleicht zu groß. Was bei ihm genau deshalb funktioniert, beschädigt in seiner Nachfolge zunehmend das Stadtgefüge. Wallots Reichstagsgebäude, Raschdorfs Dom, Ihnes Staatsbibliothek – das Bemühen, Solitäre wie das übermächtige Vorbild Schinkel zu bauen, gelang nur noch einmal: August Stülers Neues Museum, 1843–46 hinter

Schinkels „Altem“ Museum erbaut, erreichte Dimension und Qualität des Vorbildes.

So steht Mitte des 19. Jahrhunderts eine zwiespältige Bilanz. War Berlin bis dahin eine Stadt, die architektonische Vorbilder übernahm und nachahmte, so gingen mit Schinkels Klassizismus erstmals Impulse von Berlin aus, die andere Metropolen beeinflussten. Ein Höhepunkt, der allerdings stadtplanerisch in die Sackgasse führte. Am Ende stand ein einsames Genie, ein Schöpfer eines „sonderbar modernen Klassizismus, ... ein Rationalist, der am Beginn des Massenzeitalters Arkadien sucht“<sup>174</sup>.

Schinkel personifizierte ein Zusammentreffen von Umständen, die glücklich und tragisch zugleich sind. Glücklich, weil es angesichts der Bedingungen – zunächst die Niederlage gegen Napoleon, dann die französische Besatzung, danach ein kurzer, explosiver Reformschub, dann die Reaktion und am Ende der Vormärz – überhaupt erstaunlich ist, dass ein Talent wie Schinkel sich entwickeln und durchsetzen konnte. Tragisch, weil Schinkel in den Dimensionen, in denen er in seinen Skizzen dachte, der wirklich große Auftrag versagt blieb. Letztlich fehlte eine politische Vorgabe und Richtung, die es verstand, sein Talent für die ganze Stadt einzusetzen. Sein Traum von der „via triumphalis“ als identitäts- und sinnstiftende Prachtstraße blieb ein Traum, der Mitte des 19. Jahrhunderts schon fast wieder überholt war. Jenes Bürgertum, das Schinkel im Kopf gehabt haben mag, war zu seinen Lebzeiten stets eine Minderheit geblieben. Es verkörperte die Hoffnung auf eine neue Elite, und nun schien ihre Zeit gekommen. Doch mit der 48er-Revolution scheiterte ihr Anspruch auf politische Emanzipation. Zudem drängten mit der an Dynamik gewinnenden Industrialisierung neue Schichten von Arbeitenden in die Stadtgesellschaft und forderten Einfluss. Für wen hätte Schinkel nun bauen sollen? Das liberale Bürgertum, geistiger Motor der Französischen Revolution, bekam Konkurrenz. Die „Soziale Frage“ avancierte zum dominierenden Thema des späten 19. Jahrhunderts. Die Gesellschaft hatte sich weiterentwickelt, forderte neue Antworten und fand sie – in der Architektur, in der Stadtplanung, in der Politik.

### **Die Mietskaserne – industrielle und soziale Revolutionen**

Mitte des 19. Jahrhunderts war Berlin eine der modernsten und in ihrer Strenge auch schönsten Großstädte Europas. Zugleich war sie die Hauptstadt eines Staates in einem merkwürdigen Übergangszustand. Hundert Jahre zuvor hatte Friedrich II. den wenig bedeutenden brandenburgischen Territorialstaat mit Glück und militärischen Vabanqueakten ins Konzert der großen europäischen Mächte katapultiert und

als fünfte Großmacht etabliert. Nach der Französischen Revolution und unter den napoleonischen Feldzügen war Preußen de facto zusammengebrochen. In einem historischen Augenblick schwacher politischer Führung hatte buchstäblich der Geist der Aufklärung in Gestalt von Reformern wie von Hardenberg und vom und zum Stein und in der Architektur eben Schinkel den Staat aus der Krise geführt. Sie hatten Preußen grundlegend modernisiert, und das neue „Spree-Athen“ symbolisierte diesen erstaunlichen Wandel.

Berlin war zu diesem Zeitpunkt noch eine vergleichsweise kleine Stadt. Spätestens Mitte des 19. Jahrhunderts erreichte die Industrialisierung eine bis dahin nicht gekannte Dynamik. Insofern starb mit Schinkel auch der letzte Vertreter jener Baumeister, die wenigstens noch im Ansatz das Gefühl haben konnten, die ganze Stadt sei gestaltbar. Nun geriet dieser Anspruch endgültig an seine Grenzen.<sup>175</sup> Der rapide Anstieg der Bevölkerungszahl, die tief greifenden technischen Umwälzungen und ihre sozialen Folgen entzogen sich zunehmend der Steuerbarkeit. Innerhalb weniger Jahre wuchs Berlin zum größten Industriezentrum östlich der Elbe und wucherte rasch über die in Jahrhunderten nur wenig veränderten Grenzen hinaus. Zwischen 1800 und 1871 stieg die Einwohnerzahl um über 600.000 Menschen von 172.000 auf 774.452. Die Zahl der Gebäude wuchs von 7.625 auf 24.767 – eine enorme Verdichtung. Gab es 1800 noch fünf Wohnungen pro Haus, so waren es 1871 schon sieben. Und allein von 1817–60 stieg die Wohndichte pro Grundstück von 30 auf 49 Menschen.<sup>176</sup>

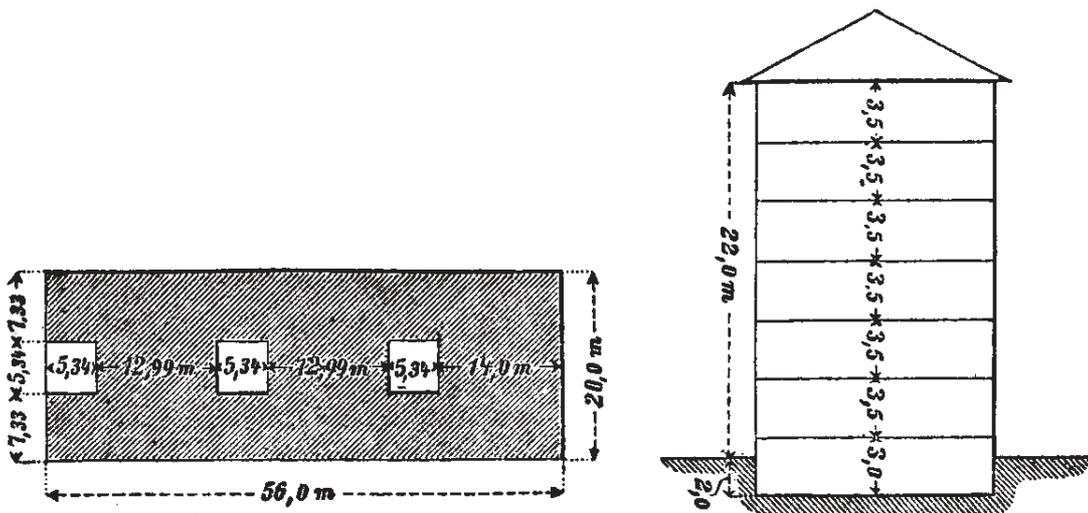
In diesen Jahren verschwanden die ein-, zwei-, gelegentlich auch dreistöckigen Häuser, wurden abgerissen zugunsten profitabler vier-, später fünfstöckiger Bauten. Selbst weit blickende Planungen wie die des Baurats James F. L. Hobrecht, der 1862 – ähnlich Haussmann<sup>177</sup> in Paris – in einem radikalen, wenngleich in vielem un- ausgegorenen Wurf die Fluchtlinien der Straßen für zwei Generationen im Voraus festlegte, konnten das Problem lediglich mildern, aber nicht grundsätzlich plane- risch in den Griff bekommen.<sup>178</sup>

Der radikale Zugriff Hobrechts in Verbindung mit der Bauverordnung ließ zwischen den Straßenfluchten die für Berlin typischen Grundstücke entstehen. Ausgehend von einer 20 Meter breiten Straßenfront reichten sie 56 Meter in die Tiefe. In der Mitte des Erdgeschosses gab es eine Durchfahrt zu den Hinterhöfen. Der erste Hof kam nach 14 Metern und umfasste eine Fläche von exakt 5,34 Metern im Quadrat, genau die vorgeschriebene Fläche, auf der eine Feuerspritze wenden konnte. Ist

### Das steinerne Berlin

Der typische Grundriss einer Berliner Mietskaserne entstand durch die Aufteilung von langgezogenen, rechteckigen Grundstücken in einem strengen, rein an der Effizienz ausgerichteten Straßenraster. Die Häuser, die auf diesen Grundstücken entstanden, hatten eine 20 Meter breite Straßenfront, bei einer Grundstückstiefe von 56 Metern. Auf dieser Fläche entstand ein Gebäude mit drei Innenhöfen von je 5,34 Metern im Quadrat und also genauso groß, dass eine Feuerspritze wenden konnte, sowie sieben Geschossen. Da die Seiten als fensterlose Brandwände gestaltet waren, an die sich die benachbarten Bauten anschlossen, waren die meisten Wohnungen sehr dunkel.

Die Zimmer hatten eine Größe von 15 bis 30 Quadratmetern. Bei einer Belegung von 1,5 bis 3 Personen pro Zimmer wohnten so offiziell 325 bis 550 Menschen in einem Haus. Tatsächlich wurden diese Zahlen oft weit übertroffen und nicht selten lebten weit mehr als 1.000 Menschen in einem Haus.



der Hof überquert, folgte nach weiteren 12,99 Metern der zweite und in der gleichen Entfernung der dritte Hinterhof. Daran schloss sich spiegelbildlich das Mietshaus von der anderen Straße an. Auf diesen Handtuchgrundstücken entstanden Tausende von Mietskasernen mit einer Traufhöhe von 22 Metern, 56 Meter langen fensterlosen Brandmauern und sieben Geschossen. Bis zu 650 Menschen durften offiziell in solchen Bauten wohnen, häufig waren es weitaus mehr.

Zu dieser Entwicklung kamen erneut politische Umbrüche mit Folgen für die Stadt. 1871 wuchs aus „Blut und Eisen“ nach dem Sieg über Frankreich das Deutsche Reich, und die Preußenmetropole avancierte über Nacht zur Hauptstadt. Das gab gleichzeitig den Impuls zum schrittweisen Ausbau Berlins als Regierungssitz. Die entsprechenden Bemühungen konzentrierten sich auf das Zentrum, aber ebenso wie sich der politische Mittelpunkt durch den inneren Wandel des Kaiserreiches allmählich vom Herrscherhaus in Richtung Regierung und Parlament verschob, wanderte der räumliche Schwerpunkt vom Stadtschloss nun Richtung Westen. Das Regierungsviertel mit seinem Zentrum in der Wilhelmstraße markierte das neue politische Machtzentrum<sup>179</sup>, und das 1884–94 nach Plänen von Paul Wallot jenseits der 1866–69 endgültig abgerissenen Stadtmauer errichtete Parlamentsgebäude für den Deutschen Reichstag war das bürgerliche Pendant zum politisch immer stärker ins Abseits geratende Stadtschloss.<sup>180</sup>

Während im Zentrum die politische Macht ein bauliches Gesicht erhielt, kam es an den Stadträndern im Norden und Osten zu einer gewaltigen Verdichtung von Industrie, Gewerbe, Infrastruktur und Wohnbauten mit zahlreichen neuen Gewerbegebäuden und weiteren Mietskasernenvierteln. Innerhalb einer Generation wuchsen Berlin und die Nachbarstädte von 900.000 im Jahr 1871 auf mehr als 2,7 Millionen Einwohner um 1900.

„Die traditionellen Methoden zur Verwaltung der Städte erwiesen sich durch diese Entwicklung zunehmend als überholt“<sup>181</sup>, ein solches Wachstum war kaum noch zu regulieren, und größere Stadtplanungen blieben weitgehend Papier. Selbst Hobrechts Jahrhundertplanungen waren schon nach zwei Dekaden überholt. Das macht verständlich, weshalb in Fortführung des Schinkel'schen Ansatzes im öffentlichen Bauen die Versuche dominierten, die gewachsene Stadtlandschaft durch bewusst gesetzte Akzente neu zu bestimmen. In gewisser Weise bedeutete dieser Ansatz sogar eine Kapitulation der Stadtplanung vor dem Wachstum. Das spiegelten auch die Stile wider, in denen gebaut wurde. Hatte Schinkel noch nach einem Stil gesucht, so entstanden nun Bauten in einer Stilvielfalt, die sich selbst innerhalb

### **Rotes Rathaus**

Das 1861–69 nach einem Entwurf des preußischen Königlich-Baurats Hermann Friedrich Waesemann errichtete Berliner Rathaus ist seit dem 1. Oktober 1991 Amtssitz des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, des ihn vertretenden Bürgermeisters und der Senatskanzlei. Ferner tagt hier der Senat von Berlin.

Das Gebäude steht an der Stelle des ersten Berliner Rathauses aus der Mitte des 13. Jahrhunderts, das nach Brandzerstörungen in den Jahren 1380, 1448 und 1581 in jeweils veränderter Form, aber am gleichen Ort wieder aufgebaut worden war. Nachdem das zuletzt errichtete Gebäude baufällig geworden war und den gestiegenen Raumbedürfnissen nicht mehr genügte, beschäftigte man sich seit dem frühen 19. Jahrhundert mit Plänen für einen größeren Neubau. Karl Friedrich Schinkel fertigte eine Reihe von Entwürfen an, die Friedrich Wilhelm III. jedoch nicht genehmigte. Nachdem auch ein Wettbewerb nicht zum erhofften Ergebnis führte, erhielt Waesemann von Oberbürgermeister Heinrich Wilhelm Krausnick den Auftrag, einen neuen Entwurf auszuarbeiten, der 1859 vorgelegt und ein Jahr später zur Ausführung bestimmt wurde. Der Bau des Gebäudes erfolgte in zwei Etappen: Zuerst wurde der Teil an der Jüden- und Rathausstraße errichtet, dann, nach dem Abriss des alten Rathauses, der Teil an der Spandauer Straße. Die Architektur des Gebäudes orientiert sich an Vorbildern der norditalienischen Hochrenaissance. Aus seiner Ausführung mit rotem Klinker leitet sich der Name Rotes Rathaus ab.



des Werks einzelner Baumeister nur schwer auf einen Nenner bringen lassen. Hermann Friedrich Waesemanns Rotes Rathaus, das wahrscheinlich auf eine 1857 an der Bauakademie gemachte Studie von Hermann von der Hude zurückgeht, lässt noch deutlich Schinkels Einfluss erkennen. Aber schon Heinrich Schwechten beispielsweise schuf einerseits ein Monument des technischen Aufbruchs wie den Anhalter Bahnhof (1877–80), blieb andererseits mit seinem Entwurf der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche (1891–95) traditioneller Repräsentationsarchitektur verhaftet.

Auch der fast ein Vierteljahrhundert omnipräsente Ludwig Hoffmann, 1896–1924 Stadtbaurat von Berlin, schwankt mit seinen rund 100 Entwürfen zwischen einem der Konvention verhafteten „schöpferischen“ Historismus und Anklängen an die Moderne. Andere Architekten gingen deutlich weiter auf dem Weg in die Moderne. Etwa Peter Behrens mit seinen wegweisenden Industriebauten für die AEG, insbesondere der bahnbrechenden, 1909 gebauten Turbinenhalle an der Huttenstraße, Alfred Messel mit dem Wertheim-Kaufhaus an der Leipziger Straße (1896–1906)<sup>182</sup>, dem fünfgeschossigen Wohnblock in der Proskauer Straße von 1897/98 – auf der Weltausstellung 1900 preisgekrönt – und die Gartenstadt Falkenberg (1913–15) des jungen Bruno Taut. Auf einen einheitlichen Nenner ließen sich jedoch weder die Architektur noch die Ansätze der Stadtplanung bringen.

Die Suche nach einem allgemeingültigen bürgerlichen Baustil blieb ohne durchschlagenden Erfolg. Das war angesichts der ungeheueren Dynamik, mit der die Stadt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wuchs und sich die Gesellschaft binnen weniger Jahre in einer nicht gekannten Weise differenzierte, kaum verwunderlich. Eine tief gespaltene Gesellschaft, der die Einheit des Landes in einem Krieg als Reichsgründung von oben übergestülpt worden war, konnte kaum in so kurzer Zeit die Substanz entwickeln, die die Basis für die Entwicklung eines einheitlichen Stils bot. Wachstum und Dynamik erklären jedoch nicht alles, denn auch in anderen Ländern kam es nicht zur Herausbildung eines einheitlich neuen Stils. Aber immerhin bewegten sich die Baumeister und Architekten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Städten wie London oder Paris in einer vergleichsweise gleichmäßig gewachsenen Umgebung, während Berlin unaufhörlich und maßlos zu explodieren schien. Insofern wirkte sich die Suche nach einem neuen Stil in Berlin extremer aus als andernorts.

In ihrer Suche griffen die Architekten und Planer auf alte Stilelemente zurück, die Entwicklung neuer Bauverfahren, -materialien und -stoffe führten zeitweise zu einer

**Stadtmitte**

Auf der Lufaufnahme aus dem frühen 20. Jahrhundert ist deutlich die Figur der Mitte zu erkennen. Um den Lustplatz gruppieren sich das Stadtschloss, der Dom, das Alte Museum und das Zeughaus. Von dieser Platzfigur geht in spitzem Winkel die Straße Unter den Linden ab. Oberhalb des Platzes schließen sich die im Mittelalter entstandenen Stadtkerne von Cölln mit der Marienkirche und Berlin mit der Nikolaikirche an. Auch das Rote Rathaus und das Stadtgericht Mitte sind deutlich zu erkennen.



beträchtlichen Diskrepanz zwischen Funktion, Form und Konstruktion. Insbesondere die Funktion der Gebäude ließ sich kaum noch an den Fassaden ablesen. Die Reichsbank etwa verbarg sich hinter der Fassade eines italienischen Palazzo, die größte Synagoge Berlins sah aus wie eine mohammedanische Moschee, griechische Tempel beherbergten Museen, Theater oder Wohnhäuser.

Was für die öffentlichen und technischen Bauten oder die neue Industriearchitektur galt, charakterisierte auch den Wohnungsbau. Auf der einen Seite standen die zahlreichen, binnen weniger Jahre einzig nach dem Kriterium des Profits auf den typischen Berliner Parzellen hochgezogenen Mietskasernen mit ihren unerträglichen Lebensbedingungen und als Gegenstück prachtvolle Gründerzeitwohnhäuser und -villen.

Das Bewusstsein für die Unzulänglichkeit der Mietskasernen war übrigens von Beginn an vorhanden, wie die als Gegenstück entworfenen Anlagen belegen. Riehmers Hofgarten in Kreuzberg zum Beispiel, eine Baugruppe aus fünfgeschossigen Wohnhäusern, erstreckt sich über einen gesamten Häuserblock und ist im Gegensatz zu den Mietskasernen um einen hellen, parkartigen Innenhof gruppiert, den eine ruhige Wohnstraße erschließt.<sup>183</sup>

Unter dem Strich war die Bautätigkeit in der Zeit bis zum Ersten Weltkrieg widersprüchlich. Blieb der Großteil der Bauten jener Zeit einem Eklektizismus verhaftet, so erlebte zugleich die Moderne ihren ersten Aufbruch.<sup>184</sup> Unter der Oberfläche der scheinbar statischen und wohl geordneten Ruhe des Kaiserreiches wuchs eine Kreativität in der Malerei, im Theater und in der Literatur, aber auch und gerade in der Architektur, ohne die der noch heute eindrucksvolle Entwicklungsschub nach dem Ersten Weltkrieg nicht zu verstehen ist. Auf einen einheitlichen Nenner ließen sich unter diesen Umständen weder die Architektur noch die Ansätze der Stadtplanung bringen.

### **Die Tautsiedlungen – Versprechungen der Moderne**

Der mutige Aufbruch nach dem Ersten Weltkrieg fand unter schwierigen Bedingungen statt. Die alten Eliten gaben der Monarchie den Todesstoß, und in den Wirren der Revolution und des Bürgerkrieges entstand die Demokratie, belastet mit enormen wirtschaftlichen Problemen und außenpolitisch zunächst isoliert. Für Berlin brachten die Anfangsjahre wichtige Entscheidungen. 1920 kam es endlich zum überfälligen Zusammenschluss des Ballungsraumes zur Einheitsgemeinde Groß-Berlin. Sie war nicht wie Paris, London, Wien oder Prag gewachsen durch mehr o-

der minder kontinuierliche Expansion eines Siedlungskerns, sondern nach zähen Verhandlungen mühsam zusammengeschmiedet aus fast hundert Einzelgebilden. Das Groß-Berlin-Gesetz war letztlich nichts anderes als die Anerkennung der Realität eines Ballungsraums und der Versuch, eine wirtschaftlich, sozial und kulturell längst vollzogene Entwicklung politisch nachzuholen, um wieder handlungsfähig zu werden.

Auch wenn das die stadtplanerischen Möglichkeiten prinzipiell erweiterte, blieb die neue Kommune Groß-Berlin stark dezentral orientiert und die einzelnen Bezirke kämpften selbstbewusst um ihre Position. Zudem beschränkten die leeren Kassen die Bautätigkeiten zunächst auf die Ausarbeitung von Plänen. Das geschah allerdings in großem Umfang. Nahezu alle renommierten Architekten jener Zeit legten Entwürfe vor, von denen später einige realisiert werden konnten. Blieben die Bemühungen um Gesamtplanungen weitgehend Papier, so beeindruckt noch im Rückblick die Zahl und Qualität der Einzelbauten oder Komplexe, wie etwa Hans Poelzigs Haus des Rundfunks von 1929–31, Erich Mendelsohns Mossehaus von 1901–03 beziehungsweise 1921–22, Emil Fahrenkamps Shell-Haus von 1930–31 oder Bruno Tauts Hufeisensiedlung von 1925–31 und seine Siedlung Onkel-Toms-Hütte von 1926–32, um nur eine Hand voll Beispiele zu nennen. Auch wenn die baulichen Visionen von Walter Gropius, Ludwig Mies van der Rohe, Bruno und Max Taut, Martin Wagner, Hans Scharoun und vielen anderen die internationale Debatte befruchteten, bestanden drei überkommene Tendenzen unvermindert fort:

1. Das im Kaiserreich kaum kontrollierte Wachstum war im Nachhinein nicht zu korrigieren. Die grundlegenden stadtplanerischen Probleme überforderten sowohl Politik als auch Stadtplanung und Architektur.
2. Die mit Schinkel begonnene und im Kaiserreich fortgesetzte Tendenz, die Stadt durch Solitäre zu akzentuieren und so die mangelnden Möglichkeiten der Stadtplanung zu kompensieren, setzte sich fort.

Auch im Wohnungsbau hatte das Berlin der Weimarer Republik mit den im Kaiserreich entstandenen Problemen zu kämpfen. Die Massenquartiere der Arbeiterviertel änderten sich in der Weimarer Zeit nur wenig; die Mietskasernen blieben, was sie waren: menschenunwürdige Schlafstätten, feucht und kalt, lichtarm und eng. Die neuen, noch heute als beispielhaft geltenden Lösungen der grünen, hellen Muster-siedlungen, wie die Onkel-Tom-Siedlung in Zehlendorf, die Weiße Stadt in Reinickendorf und die Hufeisensiedlung in Britz, boten gemessen am Bedarf viel zu wenig Platz und waren für die „sozialen Verlierer“ unerreichbar.<sup>185</sup>

### Die klassische Moderne

In den zwanziger Jahren entstanden eine Reihe eindrucksvoller Bauten der klassischen Moderne. Das Kathreiner-Hochhaus in der Potsdamer Straße 186 in Schöneberg entstand 1929-30 nach Plänen von Bruno Paul im Stil der Neuen Sachlichkeit. Der Entwurf des Shell-Hauses am Reichpietschufer 60, 62 in Tiergarten stammt von Emil Fahrenkamp. Das vor kurzem restaurierte Haus gilt als einer der bedeutendsten Bürobauten der Weimarer Republik. Die Großsiedlung Onkel-Toms-Hütte gilt als eine der innovativsten Wohnsiedlungen der Weimarer Republik. Links und rechts der Argentinischen Allee in Zehlendorf entstand 1926-32 nach Plänen von Bruno Taut, Hugo Häring und Otto Rudolf Salvisberg eine Anlage für rund 15.000 Bewohner. Geschickte Grundrisse, Beschränkung auf wenige Baumaterialien und intensiver Einsatz von Farbe kennzeichnen die Siedlung.



So beeindruckend unter dem Strich die Ansätze und Impulse der Avantgarde heute noch sind, die Verwirklichung jener Entwürfe machte nur einen vergleichsweise kleinen Teil des Bauens aus. Richtig populär waren das Bauhaus und das Neue Bauen nur bei einem vergleichsweise kleinen Kreis von Experten und Interessierten. Immerhin hinterließ die Weimarer Republik eine Reihe von imposanten Bauten und eine noch immer in ihrer Fülle, ihrem Reichtum und ihrer Originalität fruchtbare Debatte, deren Niveau, auch Polemik, bis heute nicht erreicht ist.

Die Befreiung aus dem Korsett des Kaiserreichs währte nur gut eine Dekade. Als die Reichsregierung unter Kanzler Heinrich Brüning Ende der zwanziger Jahre mit ihrer Deflationspolitik die Wohnungsprogramme stoppte, verlor das Neue Bauen seinen letzten gesellschaftlichen Rückhalt. Noch bevor der Nationalsozialismus propagandistisch die „Heimkehr“ aus der kalten Luft der Neuen Sachlichkeit in die Wärme von „Blut und Boden“ beschwor, war die Verengung der Perspektive bereits vollzogen und die Moderne endete in einer Sackgasse. So blieb die Mehrheit des Baugeschehens im Berlin der Weimarer Republik geprägt von traditionalistischen, am raschen Profit orientierten Auffassungen.

### **Die Große Halle – Fiebervisionen des „Führers“**

Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 begann eine mit der Zerstörung weiter Teile der Stadt endende Katastrophe. Im Baugeschehen war der Einschnitt zunächst kaum zu merken, obgleich die Funktion der Architektur von Beginn an festgelegt war. Als „öffentlichste aller Künste in der nationalsozialistischen Kunstproduktion (war ihr) ... die eindeutige Führungsposition eingeräumt“.<sup>186</sup> Sie sollte die Kulisse des öffentlichen Raumes gestalten und den Rahmen abgeben, der zur permanenten Machtinszenierung gewünscht war.

Entgegen des ideologischen Anspruchs sah die Realität zunächst anders aus. Fast alle im Bau befindlichen Projekte aus der Zeit der Weimarer Republik wurden weitergeführt, einige zurückgestellte Vorhaben im Rahmen neuer Arbeitsbeschaffungsprogramme wieder aufgenommen.

Dieser kurzzeitigen Kontinuität stand der nationalsozialistische Anspruch entgegen, das politisch mühsam eroberte, widerborstige Berlin zur Hauptstadt der „neuen Zeit“ umzugestalten. Beispiele von in diesem Sinne richtungweisenden Großbauten waren die Erweiterung des Reichsbankgebäudes (1934–40, Heinrich Wolff), das Reichsluftfahrtministerium (1935–36, Ernst Sagebiel; heute Detlev-Rohwedder-Haus), der Zentralflughafen Berlin-Tempelhof (1936–39, Ernst Sagebiel) sowie das

Olympiagelände mit dem Stadion und den anderen Anlagen des Reichssportfeldes (1934–36, Werner March). Allerdings waren diese Bauten nur zum Teil so gigantisch, wie sich Speer und Hitler das vorstellten und wie sie es später in den Modellen und Vorbereitungen zum Umbau von Berlin zur „Welthauptstadt Germania“ planten.<sup>187</sup> Das Olympiastadion etwa stammt von March, einem zweifellos konservativen Architekten, der im Juni 1933 der NSDAP beitrug, aber nicht als Baumeister der Bewegung galt. „Entgegen den Vorstellungen Hitlers hatte Werner March für das Olympiastadion eine moderne Anlage in zweckorientierter baulicher Auffassung vorgesehen, eine im Fassadenbereich unverkleidete Stahlbeton-Skelettkonstruktion mit verglasten Zwischenwänden.“<sup>188</sup> Die Pläne wurden Ende 1934 im Auftrag Hitlers von Speer überarbeitet und dann mit einer massiven Natursteinverkleidung monumentalisiert. Nichtsdestotrotz entsprach die Anlage nationalsozialistischen Vorstellungen und war propagandistisch von außerordentlicher Bedeutung.<sup>189</sup>

Entgegen der offiziellen Propaganda wurde weder vor der Machtergreifung noch in den ersten Jahren danach eindeutig definiert, wie sich der Nationalsozialismus architektonisch darstellen sollte. Stattdessen griff man auf bestehende konservative und traditionalistische Strömungen zurück und vermischte sie zu einem Konglomerat. Die nationalsozialistische Einflussnahme verteilte sich in Architektur und Städtebau unterschiedlich intensiv auf einzelne Bereiche:

1. Schwerpunkt bildete die monumentalistische Staats- und Parteiarchitektur. Sie diente zugleich der Selbstdarstellung des Regimes wie der Orientierung für die Gestaltung der nachgeordneten öffentlichen Bauten sowie der Repräsentationsbauten der Wirtschaft.
2. Der Wohnungsbau, der quantitativ ohnehin sehr gering blieb, orientierte sich am Heimatschutzstil von „Blut und Boden“.
3. Bei der Industrie- und Ingenieursarchitektur sind kaum spezifische nationalsozialistische Architekturinhalte nachweisbar.<sup>190</sup>

Am nachhaltigsten hat sich das Bild der Präsentations- und Parteiarchitektur bis heute in den Köpfen verankert. Hier gab es räumlich drei Schwerpunkte. Neben München, der „Stadt der Bewegung“ und Nürnberg, der „Stadt der Reichsparteitage“, genossen die Planungen für Berlin Priorität. Die entscheidende Zäsur fiel hier in das Jahr 1937. Zeitgleich mit den Kriegsvorbereitungen begannen die monströsen Germania-Planungen. Berlin sollte im Vorgriff auf den Krieg und damit geplante Eroberungen zur gigantischen Machtzentrale ausgebaut werden.

**Germania**

Überblick über Speers Planungen für Berlin. Deutlich zu erkennen sind der Flughafen Tempelhof und die gigantische Nord-Süd-Achse. Im Süden schließt sie die riesige Kuppelhalle ab.



Die Realisierung dieser Vorhaben, die 1950 abgeschlossen sein sollte, wäre einer völligen Zerstörung der traditionellen Stadtstrukturen gleichgekommen. Vorgesehen war ein gigantisches Achsenkreuz (Ost-West und Nord-Süd) mit Einzelbauten, die jede menschenwürdige Dimension gesprengt hätten. Auf den überkommenen Modellen nimmt sich etwa das Reichstagsgebäude gegen die geplante „Große Halle“ wie eine Eingangspforte aus. 290 Meter hoch auf einem quadratischen Unterbau von 315 Metern Seitenlänge, hätte dieser Bau 150.000 – 180.000 Menschen fassen sollen.

Kennzeichnend für die Phase ab 1937 ist das fast völlige Fehlen eines praktischen Gebrauchswertes. Waren die Reichsbank, der Flughafen Tempelhof oder die Verwaltungsbauten am Fehrbelliner Platz noch Zweckbauten mit klar definierten Funktionen, so dienten die neuen Planungen ausschließlich dem Ziel, die nationalsozialistische Weltanschauung zu symbolisieren. „Zumindest in der Planung war Hitlers Satz verwirklicht, dass Berlin sein Antlitz ändern müsse, um sich seiner großen neuen Mission anzupassen.“<sup>191</sup>

Die Nationalsozialisten machten Berlin zum architektonischen Experimentierfeld ihrer gewalttätigen und mörderischen Ideologie. Obgleich ihre städtebaulichen Visionen weit gehend Papier blieben, begann noch vor Kriegsbeginn der Abriss ganzer Stadtteile, wie das Gebiet am heutigen Kulturforum Tiergarten oder das Alsenviertel am Reichstagsgebäude, um Platz zu schaffen für die Fiebertvisionen des „Führers“ und seiner Helfer. Insofern war es konsequent, dass Speer am 9. Februar 1942 zum „Reichsminister für Bewaffnung und Munition“, ab September 1943 zum „Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion“ ernannt wurde und mit maßgeblichen Abteilungen seiner Generalbauinspektion nun die deutsche Kriegswirtschaft organisierte.<sup>192</sup> „Die Architektur hatte zu diesem Zeitpunkt ihre Schuldigkeit getan. Sie fand im Krieg ihre Fortsetzung.“<sup>193</sup>

Die Bilanz der nationalsozialistischen Bautätigkeit war nicht nur für Berlin verheerend, auch wenn einige Aspekte nicht dem gängigen Bild entsprechen. Entgegen der weit verbreiteten Auffassung gab es keinen nationalsozialistischen Stil. Vergleichende Stilanalysen zeigen, dass die Bautätigkeit zwischen 1933 und 1945 weder als „Neue Deutsche Baukunst“, wie sendungsbewusst propagiert, noch als „aufgewärmter und ins Dumpfe und Grobschlächtige entglittener Neoklassizismus“ zutreffend klassifiziert werden kann. Die Zeit von 1933–37 beschränkte sich vor allem auf einen Austausch des Personals, die propagandistische Ankündigung architektonischer Großtaten – „Das Wort aus Stein“, so Hitler – sowie Inszenierungen mit Attrappen, etwa vom 25.–28. September 1937 während des Staatsbesuches des

italienischen Ministerpräsidenten und „Duce“ Benito Mussolini in Berlin. Unter dem Strich ist eine teilweise verblüffende Kontinuität mit den letzten Jahren der Weimarer Republik festzustellen. Die tatsächlich realisierten Bauten wiederum ergaben kein Ensemble, sie waren über die gesamte Stadt verteilt und ließen keine klare Schwerpunktbildung erkennen.

Ab 1937 erreichten die Planungen und „Neubauvorbereitungen“ eine bis dahin unbekannte Quantität und Qualität. Für Berlin, Hamburg, München und später für alle „Gauhauptstädte“ wurden „Neugestaltungsprogramme“ beschlossen. Sie brachen radikal mit den Strukturen der Stadt des 19. Jahrhunderts. Damit ist nicht gesagt, dass sich die Planungen auf diese Städte beschränkten. Neuere Forschungen belegen, „dass monumentale NS-Bauten auch in kleineren Städten und Kommunen, die nicht den Status einer besonderen Bevorzugung hatten, geplant waren und dass dazu teils baureife Vorstellungen vorlagen“.<sup>194</sup> Am Ende folgten den geplanten Zerstörungen die ungeplanten durch die alliierten Bomber und den Kampf um Berlin.

### **Die Ruinen – Illusionen des Neuanfangs**

Im Mai 1945 waren schätzungsweise 30 Prozent der Gebäude Berlins zerstört oder schwer beschädigt, rund ein Drittel der über 1,5 Millionen Wohnungen vernichtet und nur etwa 370.000 waren fast unbeschädigt geblieben. Zwei Drittel der 33.000 Krankenhausbetten und ein Viertel der 649 Schulen waren unbenutzbar. Kein Museum hatte den Krieg unbeschädigt überstanden. 19 Theater und Konzertsäle waren nicht mehr auffindbar. Von 400 Kinos waren 20 geblieben, von den 24.000 Hotelbetten 1.000, von den 12.000 Gaststätten noch 2.500. Auch die technische Infrastruktur war nur noch in Teilen vorhanden. 1.350 der 4.300 Kilometer Straße galten als halbwegs befahrbar, die Wasser- und Pumpwerke sowie die Gaswerke lagen zur Hälfte oder zu zwei Dritteln mehr oder minder in Trümmern, von den 38 Gasbehältern war nur einer unversehrt geblieben. Berlin war ein Trümmerhaufen aus 70–90 Millionen Kubikmetern Schutt – rund ein Sechstel der Gesamtmenge in Deutschland.<sup>195</sup>

Die Enttrümmerung und die notdürftige Wiederherstellung von Wohnraum und Infrastruktur waren einstweilen die dringendsten städtebaulichen Aufgaben. Die sowjetische Besatzungsmacht, die als Erste Berlin erreicht hatte, setzte einen provisorischen Magistrat ein, der den Architekten Hans Scharoun<sup>196</sup> zum Stadtbaurat berief. In der Folgezeit entstanden durch einen von Scharoun initiierten Experten

### Trümmerstadt

Als im Mai 1945 der Krieg in Berlin endete, lag die Stadt in Trümmern. 70–90 Millionen Kubikmeter Schutt hinterließ das Inferno. Noch im Sommer begann die "Enttrümmerung" und ab den fünfziger Jahren begann in großem Umfang der Wiederaufbau.



kreis und einige weitere Architektenzusammenschlüsse eine Reihe umfassender Planungen. Der in diesem Zusammenhang entstandene und 1946 vorgestellte „Kollektivplan“ bedeutete eine Abkehr von der alten Stadt. An dem Punkt der Vorstellung vom radikalen Neuanfang und der Überwindung der tradierten Stadt trafen sich kurioserweise die nationalsozialistischen Pläne und die neuen Ansätze, wenngleich aus unterschiedlichen Wertvorstellungen und Motiven. Unter dem Eindruck der Kriegszerstörungen, aber auch beeinflusst von den Tendenzen der frühen vierziger Jahre, schien vielen zeitgenössischen Architekten der grundlegende Neuanfang zwingend.<sup>197</sup> Der Kollektivplan sah ein grobmaschiges Rasternetz aus Verkehrslinien vor, das sich an der Topographie des Urstromtals, von dem Scharoun fasziniert war, orientierte und die Agglomeration nach Funktionen gliederte. Die hohe Wohndichte der innerstädtischen Bezirke sollte aufgebrochen und gleichmäßig auf das ganze Stadtgebiet verteilt werden.

So konsequent der „Neuanfang“ als künstlerische Idee auch im Rückblick erscheinen mag, die überlieferten Zeichnungen erschrecken zugleich. Sie dokumentieren vor allem einen Bruch mit der Kriegs- und Vorkriegszeit, als architektonischen und städtebaulicher Neuanfang sind sie nur in Grenzen überzeugend.

Ein konkurrierender Plan, zur gleichen Zeit im Zehlendorfer Planungsamt unter maßgeblicher Beteiligung des Amtsleiters Walter Moest entwickelt, konzentrierte sich auf den Verkehr und übernahm einige Ideen aus der Speer'schen Planung, wie das Ringstraßensystem. Nach der Neubildung des Magistrats infolge der ersten freien Kommunalwahlen in Berlin am 5. Dezember 1946 verlor Scharoun seinen Posten. Sein Nachfolger, Hans Bonatz, initiierte die Erarbeitung einer Synthese aus beiden Plänen. Dieser „Plan 48“ oder „Bonatz-Plan“ wurde unter Beibehaltung der Ost-West-Achse zur Grundlage der weiteren Stadtplanung, allerdings kam es wegen der politischen Spaltung nur im Westen zur Umsetzung. Auch dabei sind die Kontinuitäten zur Kriegs- und Vorkriegszeit bemerkenswert.

Suggerierten die zerstörte Stadt und die Trümmer eine Stunde Null, so hat es tatsächlich einen wirklichen Neuanfang nicht gegeben, obgleich Berlin verglichen mit anderen Regionen noch am weitesten in diese Richtung ging. Während in den Westzonen der Wiederaufbau weit gehend von jenen Architekten vollzogen wurde, die schon die Kulissen für Hitlers Inszenierungen der Macht entworfen hatten, war der Bruch in der Ostzone und in Berlin radikaler.

In der Hauptstadt wurden, stark beeinflusst durch die Alliierten, vor allem demokratische Kräfte herangezogen. Emigranten rief man allerdings auch hier, wie in ganz Deutschland, nicht zurück. Der berühmte, nach der nationalsozialistischen Macht-

übernahme abgesetzte Stadtbaurat Martin Wagner etwa, der sich bemühte, aus seiner Emigration nach Berlin zurückzukehren, wurde dazu nicht ermuntert. Die Administration meinte, ohne ihn auszukommen.

Während in Stilfragen ein nachhaltiger Bruch und Neuanfang propagiert wurde, ist in den Planungen für die Nachkriegszeit eine andere Kontinuität umso deutlicher. Jene vor allem Anfang der vierziger Jahre dominierende Mentalität des Destruktiven zog sich wie ein roter Faden durch die Planungen der Nachkriegszeit und setzte auf die Liquidierung der alten und Schaffung einer neuen Stadt. Das Leitbild der funktionalen, entmischten und nach Funktionsbereichen gegliederten Stadt entfaltete seine Wirkung.<sup>198</sup> Geleitet von der Illusion, es sei möglich, noch einmal gänzlich neu zu beginnen, wurde der Wiederaufbau dementsprechend fast durchweg verworfen zugunsten von Neubauten. Die daniederliegende Wirtschaft beschränkte die tatsächliche Bautätigkeit zunächst jedoch auf notdürftige Reparaturen.<sup>199</sup>

So unterschiedlich die einzelnen Entwürfe auch waren, alle Planer unterstellten, Deutschland würde ungeteilt und Berlin Hauptstadt bleiben. Mit dem zunehmenden Scheitern der gemeinsamen Besatzungspolitik der vier Hauptsieger erwies sich diese Annahme als Irrtum.<sup>200</sup> Mit Beginn der sowjetischen Blockade der Westsektoren Berlins am 24. Juni 1948 brach der Ost-West-Konflikt offen aus und die politischen Rahmenbedingungen änderten sich einschneidend. Während der Ostteil Berlins nach der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 nun die Hauptstadtfunktion für das sozialistische Deutschland übernahm, blieb für das zunehmend aus dem Planungszusammenhang mit dem Ostsektor und Brandenburg herausgedrängte West-Berlin lediglich eine mit der Zeit in immer weitere Ferne rückende Hauptstadtvision, verbunden mit symbolischer Bundespräsenz.

Politische Zäsuren bestimmten erneut Anspruch, Bedarf und Möglichkeiten des Bauens in Berlin. Zunächst gab es in Ost-Berlin ein Interregnum, an dessen Ende die künftige Richtung und die Spielräume feststanden. Nach der politischen Spaltung war ein Teil des Kollektivs, das für die gesamte Stadt plante, im Ostteil geblieben. Es stellte am 28. Mai 1949 seine Neuplanung der Stadt Berlin vor. Der „Bandstadtidee“ verpflichtet, war der Entwurf eine modifizierte, reformorientierte Variante des ursprünglichen Kollektivplans. Da dieser Plan aber zeitgenössische sowjetische Ideen des Städtebaus ignorierte, hatte er keine Chance auf Verwirklichung.

Demonstrativ brach die DDR in Ost-Berlin scheinbar radikal mit der bürgerlichen Vergangenheit und versuchte, eigene städtebauliche Akzente zu setzen. Im Rahmen des „Nationalen Aufbauprogramms“ vom 6. September 1950 entstanden am Sozialistischen Realismus orientierte Großprojekte wie die Stalinallee, heute Karl-

Marx-Allee.<sup>201</sup> Als erstes Prestigeobjekt wurde an der neuen Magistrale 1951/52 das Hochhaus an der Weberwiese gebaut, dem bis Anfang der sechziger Jahre der weitere Ausbau der Allee folgte. Damit waren die östlichen Bezirke besser an das Zentrum angebunden und dieses zugleich nach Osten verlängert. Gleichzeitig begann die Umgestaltung der traditionellen Mitte nach den „Sechzehn Grundsätzen des Städtebaus“ vom 16. September 1950. Sie definierten das Zentrum der Stadt als „politische(n) Mittelpunkt für das Leben seiner Bevölkerung“ und nahmen Ost-Berlin wie die anderen Städte in den Dienst der sozialistischen Idee und wiesen der Stadt zugleich eine Sonderrolle zu. „Auf den Plätzen im Stadtzentrum finden die politischen Demonstrationen, die Aufmärsche und die Volksfeiern an Festtagen statt. Das Zentrum der Stadt wird mit den wichtigsten und monumentalsten Gebäuden bebaut, beherrscht die architektonische Komposition des Stadtplanes und bestimmt die architektonische Silhouette der Stadt.“<sup>202</sup> Damit war die Richtung vorgegeben. Ihr erstes Ergebnis war der Abbruch des durchaus reparablen Stadtschlusses.<sup>203</sup> Die alte Stadt verlor ihre Mitte.

West-Berlin bemühte sich mangels größerer politischer Aufgaben um den architektonischen Anschluss an die westliche Welt. Im Rahmen des 1947 von den USA initiierten Marshallplans kam es zur Verwirklichung einer Reihe kleinerer Projekte, etwa der Neubau der Amerika-Gedenkbibliothek (1952–54, Fritz Bornemann und andere) oder den Bauten für die Freie Universität.<sup>204</sup> Allerdings füllten diese Vorhaben nicht das Bedürfnis nach Antworten auf die Ost-Berliner Herausforderung. Dies war einer der Hauptgründe der Ausschreibung des Wettbewerbs für das im November 1943 bei einem Bombenangriff fast völlig zerstörte Hansaviertel. Das neue Viertel sollte zum Muster für modernen innerstädtischen Wohnungsbau werden. Die Ergebnisse des herausragenden Projektes der fünfziger Jahre, an dem sich prominente Architekten, darunter Walter Gropius, Oskar Niemeyer und Alvar Alto, zahlreich beteiligten, wurden auf der Internationalen Bauausstellung Interbau 1957 präsentiert.<sup>205</sup> Unspektakulärer, aber kaum weniger wichtig war der Soziale Wohnungsbau, der etwa mit der Siedlung Schillerhöhe am Schillerpark im Wedding eine nicht nur quantitativ respektable Bilanz vorweisen konnte.

Die bis in die sechziger Jahre reichenden Versuche, West-Berlin eine politisch wichtige Bedeutung zuzuweisen, scheiterten jedoch allesamt am Sonderstatus der Stadt, der jede Entwicklung in diese Richtung blockierte. Ein beispielsweise seit 1953 von der Bundesregierung angekündigter Wettbewerb „Hauptstadt Berlin“<sup>206</sup> wurde zwar 1957 noch ausgeschrieben, aber die Ergebnisse formulierten eher Wünsche für die Zukunft als in absehbarer Zeit realisierbare Projekte.

Auffallend ist bei allen Entwürfen der fast demonstrative Verzicht beider Teilstädte auf Planungen an der Sektorengrenze. West-Berlin hielt die Möglichkeit der Wiedervereinigung städtebaulich und architektonisch bewusst offen, Ost-Berlin verbauete sie immerhin nicht. Für gut eine Generation verkam das alte Zentrum zur größten Brache innerhalb einer Großstadt.

Unter dem Strich ist das Ergebnis in beiden Stadthälften zwiespältig. Beide deutschen Staaten und beide Hälften Berlins orientierten sich an ihren Vormächten. Anders als in Polen, wo sich die Eliten zum Beispiel in Warschau auch in Abwehr des sowjetischen Vorbildes für eine Rekonstruktion der durch die Deutschen zerstörten Stadt entschieden, lehnte sich die DDR bewusst an das Moskauer Vorbild an. Mit Kurt Liebknecht übernahm ein ganz im Geist seiner Moskauer Zeit sozialisierter Mann wichtigste Planungsfunktionen. „Nicht Abkehr, sondern Anlehnung war das Gebot der Stunde.“ Im Westen „schloss man sich seinem Sieger leichteren Herzens an. Ein gemäßigtes Bauhaus war mit den Siegern zurückgekommen“.<sup>207</sup>

Bemerkenswert an der gesamten Nachkriegsentwicklung in Ost und West ist das Ausbleiben einer großen Debatte. Anders als nach dem Ersten Weltkrieg gab es keine breite Diskussion, geschweige denn einen Schub an innovativen Ideen und Impulsen, die das Bauen befruchteten. Weder produktive Unruhe noch konservative Revolution – beide Lager waren 1933 politisch überrollt und entmachteten worden – fanden zu ihrer alten Kraft zurück. Der Substanzverlust war zu groß gewesen. Auch wenn in den Anfangsjahren der große Neuanfang propagiert wurde, spätestens mit der politischen Teilung setzte sich eine Art gefasste Lethargie durch, der pragmatische Sinn fürs Vordringliche trat an die Stelle der großen Entwürfe und Gegenentwürfe. „Ein ideologischer Glaubenskrieg zwischen Heimatschutz und Werkbund fand nicht wieder statt. Beide Positionen verloren sich in der Masse eines gemäßigten Modernismus auf dem Minimalkonsens einer organischen und gegliederten Stadt.“<sup>208</sup>

### **Die Mauer – Banalität des Schreckens**

Die Absperrung der Sektorengrenze zwischen den Westsektoren sowie dem Ostsektor und dem Umland am 13. August 1961 und der spätere Bau der Mauer zementierten die politische, wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Spaltung zur physischen Teilung. Noch vorhandene Illusionen auf ein Ende der Isolierung, je nach Sicht, des Ostens oder des Westens, waren zunichte. West-Berlin stand nun vor einem dreifachen Problem:

## Die Mauer

155 Kilometer lang waren die Sperranlagen, die die Westsektoren Berlins isolierten. Zunächst als Zaun und Stacheldrahtsperrren errichtet, wurden die ab dem 13. August 1961 errichteten Anlagen in der Folgezeit zum massiven Bauwerk ausgebaut.

Von den Absperrungen verliefen 37 km überwiegend durch Wohngebiet und 17 km durch Industriegebiet, etwa 30 km durch Waldgebiet, 24 km durch Gewässer, 54 km auf Bahndämmen, durch Felder und Sumpfgebiet. Sie beendeten den Durchgangsverkehr auf acht Linien der S-Bahn und vier der U-Bahn. Auch die Fahrgastschiffahrt zwischen beiden Stadthälften wurde eingestellt. Ferner unterbrach die Mauer 192 Haupt- und Nebenstraßen, von denen 97 nach Ost-Berlin und 95 in die DDR führten. Wo Häuser auf der Grenzlinie standen, wurden Eingänge und Fenster zugemauert und die Wohnungen zwangsgeräumt. Ab 1965 erfolgte der Ausbau zur „modernen Grenze“. Die gemauerten Abschnitte wurden schrittweise durch etwa 3,5 m hohe Betonplatten ersetzt, die mit einem Rohr von ca. 35 cm Durchmesser abschlossen, so dass die Mauer eine Gesamthöhe von knapp 4 m erreichte. An die Betonwand schloss sich eine in der Regel 40 m tiefe Rasen- oder Schlackefläche an, die ein bis zu 2,5 m tiefer Graben begrenzte. Es folgten ein geharkter Spurstreifen mit Beleuchtungsanlagen, ein asphaltierter Weg für die Fahrzeuge der Bewacher und je nach Gelände Laufanlagen mit abgerichteten Hunden sowie Beobachtungstürme, Bunker und Schützenstellungen. Daran schlossen ein Kontaktzaun aus Betonpfählen mit Drähten, die bei Berührung optische oder akustische Signale auslösten, und Wildfangzäune beziehungsweise eine zweite so genannte Hinterlandmauer an.

Während ihres Bestehens hat die Mauer zahlreiche Opfer gefordert. Als erster starb am 19. August 1961 Rudolf Urban bei dem Versuch, sich aus einem Haus in der Bernauer Straße auf den zu West-Berlin gehörenden Bürgersteig abzuseilen. Das letzte der insgesamt 80 bei Fluchtversuchen nach West-Berlin gestorbenen Opfer war Winfried Freudenberg, der am 8. März 1989 mit einem Ballon über Zehlendorf abstürzte.

Nach der Massenflucht von DDR-Bürgern über Ungarn ab Mai 1989 und Botschaftsbesetzungen in Warschau, Prag und Ost-Berlin, nach oppositionellen Großdemonstrationen in vielen Städten der DDR und dem Rücktritt Erich Honeckers als Staats- und Parteichef am 18. Oktober 1989 kam es am Abend des 9. Novembers 1989 zur überraschenden Öffnung der innerdeutschen Grenze und der Mauer in Berlin. Am 22. November 1989 erfolgte die Öffnung des Brandenburger Tors und am 13. Juni 1990 begann an der Bernauer Straße der Abriss der Mauer.



- Der Anspruch, wieder Hauptstadt des ganzen oder zumindest des halben Deutschland zu werden, schien in unerreichbare Ferne gerückt.
- Die Areale der Innenstadt waren – ebenfalls ohne Aussicht auf Änderung – zur vermauerten Randzone geworden.
- Die Mauer blockierte die allgemeine, schon seit den fünfziger Jahren in Westdeutschland und bedingt auch in der DDR realisierte Tendenz zur Verlagerung von Wohnbebauung an die Stadtränder.

Stadtplanung und Architektur konzentrierten sich in der Folgezeit mangels des Bedarfs an Regierungsbauten auf kulturelle Repräsentationsbauten. Auch das entsprach, nachdem der unmittelbare Wiederaufbau in einer ersten Phase abgeschlossen war, einem in ganz Europa zu beobachtenden Trend. Beispielhaft dafür steht die Philharmonie. Schon kurz nach Kriegsende hatte es Forderungen nach Ersatz für die zerstörte Philharmonie gegeben. Ausgelobt wurde der Entwurf Hans Scharouns, der eine völlig neue Form des Konzertsaales mit der „Musik im Mittelpunkt“ vorsah. Den ursprünglichen Bauplatz in Wilmersdorf gab man bald auf und wählte als neuen Standort den Kemperplatz, in Nähe des alten Stadtzentrums – ein politisches Signal dafür, dass die Areale an der Mauer nicht ganz abgeschrieben wurden. Mit der Einweihung des wegweisenden Neubaus im September 1963 war zugleich der Grundstein zum ambitionierten, als städtebaulicher Entwurf Ensemble jedoch misslungenen „Kulturforum“ gelegt, später ergänzt um die Neue Nationalgalerie (1965–68, Ludwig Mies van der Rohe), die Staatsbibliothek (1964–78, Scharoun) und weitere Gebäude.<sup>209</sup>

Der Bau des Kulturforums spiegelt jene zwiespältige und zugleich typische Entwicklungstendenz in Berlin seit Schinkel. Städteplanerisch ist das Ensemble allenfalls in seiner Grundidee überzeugend, die als Begegnungsort apostrophierte „Piazza“ ist bis heute ein öder Platz. Dagegen die Solitäre! Scharouns Philharmonie und Mies van der Rohes Neue Nationalgalerie – einer der raren und eigentlich zu spät realisierten Bauten eines Emigranten in Deutschland – zählen zu den wenigen Beispielen architektonisch gelungener Solitäre im Nachkriegsdeutschland – Ost wie West.

Hatte die erste Phase des Wieder- und Neu(auf)baus bis etwa Mitte der fünfziger Jahre datiert, so dauerte die zweite Phase bis etwa Mitte der siebziger Jahre. Ost und West orientierten sich zunehmend an den Entwicklungen ihrer jeweiligen Vormacht. Während im Osten eine Hinwendung zur industrialisierten Bauweise erfolgte, setzte sich im Westen das in Amerika gewandelte, modernisierte, aber auch verflachte Bauhaus durch. Der Aufbau wanderte, in beiden Teilen Deutschlands, an

die Peripherie der Städte. Im Wohnungsbau konnte das eingemauerte West-Berlin dieser Tendenz nicht folgen, die dezentrale Stadtstruktur erlaubte allerdings in Grenzen dessen Adaption. So entstand ab 1957 nach Walter Gropius' Plänen im Südosten West-Berlins eine Satellitenstadt für 50.000 Einwohner. Da es während des Baus zu starken Veränderungen der ursprünglichen Planung kam, distanzierte sich der Architekt von der später nach ihm benannten Gropiusstadt. Als zweites Großprojekt errichtete die heimische Bauwirtschaft 1963–74 nach Plänen von Werner Düttmann und anderen im Norden Berlins das Märkische Viertel, ebenfalls für etwa 50.000 Einwohner.<sup>210</sup>

Während West-Berlin sich um den Anschluss an die internationale Architekturentwicklung und vor allem um die Schaffung von Wohnraum mühte, suchte Ost-Berlin weiter den bewussten Bruch mit der Vergangenheit. Nachdem der Kapitalismus als überwunden galt, sollte nun auch die bürgerliche Stadtplanung der Vergangenheit angehören. Dem ideologischen Neuanfang hatte, zunächst im alten Zentrum, der stadtplanerische und architektonische Neubeginn zu folgen. Demonstrativ gab die Führung dem zentralen Platz um das Areal des abgerissenen Stadtschlusses eine politisch motivierte neue Gestalt.

Ursprünglich sollte hier ein Hochhaus gebaut werden, eine „sozialistische Höhen-dominante“. Ihr kam die Aufgabe zu, „nicht allein das Wahrzeichen der Stadt (zu) werden, sondern den symbolischen Mittelpunkt des ersten Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden (zu) bilden“.<sup>211</sup> Das Zentrum der Hauptstadt – ein „Sinnbild des nationalen Lebens“. Planungen von Richard Paulick, einem der wenigen 1949 aus Schanghai zurückgekehrten Emigranten, sowie einer Architekten-gruppe um Edmund Collein und anderen zeichneten bis zu 180 Meter hohe Turm-hochhäuser, die nicht zuletzt Parlament und Regierung eines unter sozialistischen Vorzeichen vereinten Deutschlands beherbergen sollten. Die Entwürfe reflektierten unterschiedlich stark sowjetische Vorbilder, auch wenn Paulick einen „nationalen Stil“ für sich reklamierte.

Nach langen Debatten kam es am 7. Oktober 1959 zur Auslobung des Wettbe-werbs, der bis zum 15. Juni des Folgejahres lief. Allerdings wurden diesmal nur östliche Architekten zugelassen, denn mit offenen Ausschreibungen hatte Ost-Berlin schlechte Erfahrungen gemacht, als der Hamburger Architekt Ernst Max aus dem Wettbewerb zur Gestaltung eines Wohngebiets am Fennpfuhl in Lichtenberg als Sieger hervorgegangen war. Da parallel zum Wettbewerb für das Zentrum der Staatssekretär und Stellvertretende Minister für Aufbau, Gerhard Kosel, einen Ent-wurf erarbeitet hatte, verlieh man unter den 56 Beiträgen, von denen 18 in die en-

gere Wahl kamen, nur einen zweiten Preis. Er ging an ein Kollektiv aus Halle an der Saale mit den Architekten Gerhard Körber, Herbert Gebhard, Arthur Jungblut und Gerhard Plahnert.<sup>212</sup> In der nun folgenden Debatte wurde nicht zuletzt aus Kostengründen der ursprüngliche Hochhausbau aufgegeben zugunsten einer symbolischen Höhendominante und die Parallelplanungen wurden zur maßgeblichen Vorgabe.

Unter diesen Rahmenbedingungen erfolgte die neue Bebauung des Zentrums. Am Südrand des einstigen Schlossareals entstand das DDR-Staatsratsgebäude (1962–64, Roland Korn und andere) und am Westrand, jenseits der Spree, gab man die schon begonnene Wiederherstellung der Schinkel'schen Bauakademie auf und zerstörte mit ihrem Abbruch eines der eindrucksvollsten europäischen Architekturmonumente. An ihrer Stelle entstand der auch wegen des zu jener Zeit noch bestehenden Anspruchs, das bessere Vorbild für das ganze Deutschland zu sein, vollkommen fehldimensionierte Riegel des DDR-Außenministeriums (1964–67, Josef Kaiser und andere). Auf einem Teil des Areals des abgebrochenen Stadtschlusses folgte der Bau des Palastes der Republik (1973–76, Heinz Graffunder und andere). Auch hier zeigte sich der Trend zu repräsentativen Solitären, deren Einbindung in das Stadtbild eher Behauptung denn Wirklichkeit blieb.

Zur gleichen Zeit wurde der Straßenzug Unter den Linden – Karl-Liebknecht-Straße – Karl-Marx-Allee bis zur Frankfurter Allee ausgebaut und der im Krieg fast völlig zerstörte Alexanderplatz erhielt eine neue Gestalt mit überdimensionalen Platzflächen, einigen Hochhäusern und – unter Verwendung westdeutschen und erzkapitalistischen Kruppstahls – der sozialistischen Höhendominante, dem 368 Meter hohen Fernsehturm (1966-69, Urheberschaft nicht eindeutig geklärt).<sup>213</sup> Lediglich die Marienkirche blieb wie ein irritierender Fremdkörper als letzte Erinnerung an die mittelalterliche Stadt erhalten. Gleiches widerfuhr dem alten Zentrum von Cölln: Der kleinteilige Kiez auf der Fischerinsel fiel der Abrissbirne zum Opfer, um Platz zu schaffen für moderne Wohntürme.

Während sich die DDR ein neues Zentrum baute, blieben die West-Berliner Möglichkeiten beschränkt. Die räumlichen Begrenzungen hatten jedoch nicht nur Nachteile. Deutlich früher als andernorts war die Stadt gezwungen, sich auf die Gestaltung ihrer Innenstadtbereiche zu konzentrieren. Deren stark heruntergewirtschaftete Substanz stammte größtenteils aus dem späten 19. und frühen 20. Jahrhundert und entsprach hinsichtlich Komfort und Hygiene kaum modernen Vorstel-

**Stalinallee**

Die 1,7 km lange "Stalinalle", heute Karl-Marx-Allee und Frankfurter Allee, entstand 1951–60 als "Sozialistischer Boulevard". Auf dem kriegszerstörten Areal wurde die Straße auf 90 m verbreitert und mit 100–300 m langen sieben- bis neunstöckigen Wohnblöcken bebaut.



lungen. Kennzeichneten das erste Stadterneuerungsprogramm 1964, das sich auf Teile der Bezirke Tiergarten, Wedding, Kreuzberg, Neukölln, Charlottenburg und Schöneberg erstreckte und 56.000 Wohnungen umfasste, noch weitreichende Abbruch- und Neubaupläne, so weckte schon die Realisierung der ersten Phase Widerspruch und Kritik. Die Verantwortlichen reagierten und gingen auch mangels finanzieller Möglichkeiten zunehmend dazu über, die alten Bauten zu erhalten und wiederherzustellen. Mit dieser von Hardt-Waltherr Hämer und anderen betriebenen „behutsamen Stadterneuerung“<sup>214</sup> sammelte die Stadt zunächst im Wedding und in Charlottenburg erste Erfahrungen, bevor sich Kreuzberg zum Hauptbetätigungsfeld entwickelte. Damit einher ging eine Revision der in den fünfziger und sechziger Jahren aufgestellten Verkehrspläne. Während der Flächennutzungsplan von 1965 noch den Ausbau des Stadtautobahnnetzes auf 200 Kilometer vorsah, begrenzte man ihn zehn Jahre später auf 70 Kilometer.

Über ein Jahrzehnt standen beide Tendenzen, mit dem Leitbild der neu zu errichtenden, autogerechten, dezentralen, durchmischten Stadt auf der einen sowie dem behutsam ergänzten Altbestand auf der anderen Seite, nebeneinander und brachten entsprechend kontroverse Ergebnisse. Markierten die eine Richtung Beispiele wie der Ausbau der Bundesallee zur „Rennstrecke“, die ringförmige Bebauung des Mehringplatzes (1968–75, nach einer Wettbewerbsarbeit Hans Scharouns ausgeführt von Werner Düttmann) und die Autobahnüberbauung Schlangebader Straße (1976–81, Georg Heinrichs und andere), so brachte das zweite Stadterneuerungsprogramm von 1974 beachtliche Ergebnisse im Sinne einer Stadtreparatur, etwa die gelungene Sanierung des Klausnerplatzes in Charlottenburg.

In den späten sechziger und in den siebziger Jahren vollzog sich eine endgültige Umorientierung in der Stadtplanung. Hatte es noch in den sechziger Jahren Prämien für das Abschlagen gründerzeitlichen Stucks gegeben, trat nun in West-Berlin die Wahrnehmung der historisch gewachsenen Stadtstrukturen stärker in den Vordergrund des Interesses. Die behutsame Stadterneuerung, zeitweise heftig umstritten und polemisch bekämpft, begann sich als gleichwertiges Konzept gegenüber den autoorientierten Neubauplanungen zu etablieren. Das war auch ein Eingeständnis, dass der in der ersten Hälfte des Jahrhunderts proklamierte Tod der alten Stadt als radikale Aussage zwar fasziniert, aber keine überzeugende Alternative gebracht hatte.

Der nun einsetzende Wandel war auch ein Ergebnis innen- und außenpolitischer Entwicklungen. Hatten die Stadt seit Kriegsende mehrfach Zuspitzungen des Ost-West-Konflikts erschüttert und große Teile der Aufmerksamkeit auf sich gezogen,

so entspannte das Vier-Mächte-Abkommen von 1971 die Lage „in und um“ Berlin. Nun schien die Existenz der Stadt zumindest vorläufig gesichert und es wurde möglich, sich um vernachlässigte Themen angemessen zu kümmern. Die Re-Lokalisierung der Politik öffnete ab den frühen siebziger Jahren den Blick für fast zwei Dekaden liegen gebliebene oder nur halbherzig gelöste Aufgaben.<sup>215</sup> Hinzu kam ein Generationenwechsel. Konnte die Aufbaugeneration ihre Mission als abgeschlossen ansehen, drängten nun jüngere Stadtplaner und Architekten in den Vordergrund und übten lautstark Kritik. Der mit dem Jahr 1968 verbundene Umbruch mit der Studentenrevolte und reichlich revolutionärer Rhetorik hatte auch Folgen für die Gestalt der Stadt. Die Aufbauleistung als Ganzes geriet in Kritik als Flucht vor der Vergangenheit, und die großen, sauberen Neubaugebiete brachten keine neue Urbanität, sondern weckten zum Entsetzen der Planer Gefühle wie Kälte und Menschenfeindlichkeit. Dieser innenpolitische Klimawechsel trug entscheidend dazu bei, dass ein Ansatz wie die behutsame Stadterneuerung sich zum tragenden Konzept durchsetzen konnte. In Anknüpfung an die Tradition der Berliner Bauausstellungen wurde der Prozess 1979 mit Gründung der „Internationalen Bauausstellung (IBA)“ institutionalisiert.

Ost-Berlin konzentrierte sich in dieser Zeit auf zwei Bereiche, die den westlichen Orientierungen nicht unähnlich waren:

Zum einen genoss die Schaffung von Wohnraum hohe Priorität. In Fortsetzung der bisherigen Politik, vor allem Neubauten zu errichten, entstanden in Marzahn ab 1976, in Hohenschönhausen ab 1979 und in Hellersdorf ab 1980 Satellitenstädte für jeweils mehrere zehntausend Menschen in serienmäßiger Plattenbauweise.

Zum anderen äußerten die Bewohner zunehmend Unmut über die Vernachlässigung der Altbaugebiete, die der SED als „Erbe kapitalistischer Bodenspekulation“ und somit als nicht erhaltungswürdig galten. Der Protest zeitigte Folgen, und in den siebziger Jahren gewann die Modernisierung deutlich an Gewicht, wie die Sanierung der Areale um den Arkonaplatz (1972–84) im Bezirk Mitte und den Arnimplatz (1973–84) am Prenzlauer Berg belegten.<sup>216</sup>

So quantitativ eindrucksvoll sich der Wiederaufbau in den ersten beiden Phasen auch ausnahm, Urbanität hat er nur in Grenzen gebracht. Nach den Flächensanierungen und dem Bau der Trabantenstädte erfasste als Reaktion auf die bis dahin errichteten Neubauten und aufgrund veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen eine Welle der Nostalgie und Suche nach Identität beide Länder und beide Hälften der Stadt. Standen für die zweite Phase des Aufbaus zügig umstrukturierte Gestaltungen wie der Ernst-Reuter-Platz im Westen und der Alexanderplatz im Os-

ten, so dominierten nun „Ausschmückungen“ wie die zahlreiche Einrichtung von Fußgängerzonen und ihre Ausstattung mit zeitgeistigen Straßenmöbeln – inzwischen weit gehend und ohne großes Aufhebens wieder abgeräumt – oder die Herichtung des Nikolaiviertels.

In der DDR ging das mit einer ideologischen Neubegründung einher. Ansatzweise in den sechziger, massiv in den siebziger und achtziger Jahren bemühte sich die SED um die Untermauerung ihrer staatstragenden Ideologie des Marxismus-Leninismus. Mit dem Ziel, eine über den Sozialismus hinausreichende, zumindest ihn stützende Identität zu stiften und ihre Akzeptanz bei der Bevölkerung zu verbreitern, zelebrierte sie eine Sichtung und Neubewertung der deutschen Geschichte. Rückbesinnung auf preußische Tugenden und ihre Wiederbelebung, beispielsweise die Demonstration militärischer Präsenz vor Schinkels zum „Mahnmal für die Opfer des Faschismus und Militarismus“ umgewidmeter Neuen Wache, erhielten nun einen großen Stellenwert. Die nach dem Amtsantritt Honeckers 1971 verfolgte Richtung bei der Gestaltung der Innenstadt relativierte den eine halbe Generation zuvor gewollten Bruch. So ist es kein Zufall, dass der dem Palast der Republik benachbarte Dom dem Abriss entging und schrittweise wiederhergestellt wurde. Zugleich erhielt der Platz der Akademie (heute wieder Gendarmenmarkt) eine neue Fassung mit historisierenden Anleihen. Schinkels Schauspielhaus restaurierte man ebenso wie die benachbarte Französische Friedrichstadtkirche („Französischer Dom“) und die Neue Kirche („Deutscher Dom“) mit ihren Gontard'schen Turmvorbauten. Die Aufstellung des Reiterstandbilds Friedrichs des Großen 1980 auf der Straße Unter den Linden gehört ebenfalls in diesen Zusammenhang.

Die 1987 getrennt ausgerichteten Feiern zum 750-jährigen Gründungsjubiläum der Stadt bilanzierten auch die jeweiligen stadtplanerischen und architektonischen Entwicklungen.

- West-Berlin präsentierte stolz die Ergebnisse der IBA und stellte auf der „IBA-Alt“ ihre behutsame Stadterneuerung sowie auf der „IBA-Neu“ eine Reihe verstreut im Stadtgebiet liegender, zum Teil bemerkenswerter Wohnbauten aus. Doch auch außerhalb der IBA waren eine Reihe beachtlicher Bauten entstanden.<sup>217</sup> Allerdings trübten das Bild spektakuläre Bauskandale das, die die Stadt seit den siebziger Jahren immer wieder erschüttert hatten. Die als Förderung, auch der Bauwirtschaft, geplanten Berlin-Subventionen in Form attraktiver Steuerabschreibungsmöglichkeiten führten immer wieder zu Missbrauch. Eine Folge davon war der spekulationsbedingte Leerstand von Wohnungen und Häusern. Der Protest dagegen führte Anfang der achtziger Jahre zu zahl-

reichen Hausbesetzungen und heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen.<sup>218</sup>

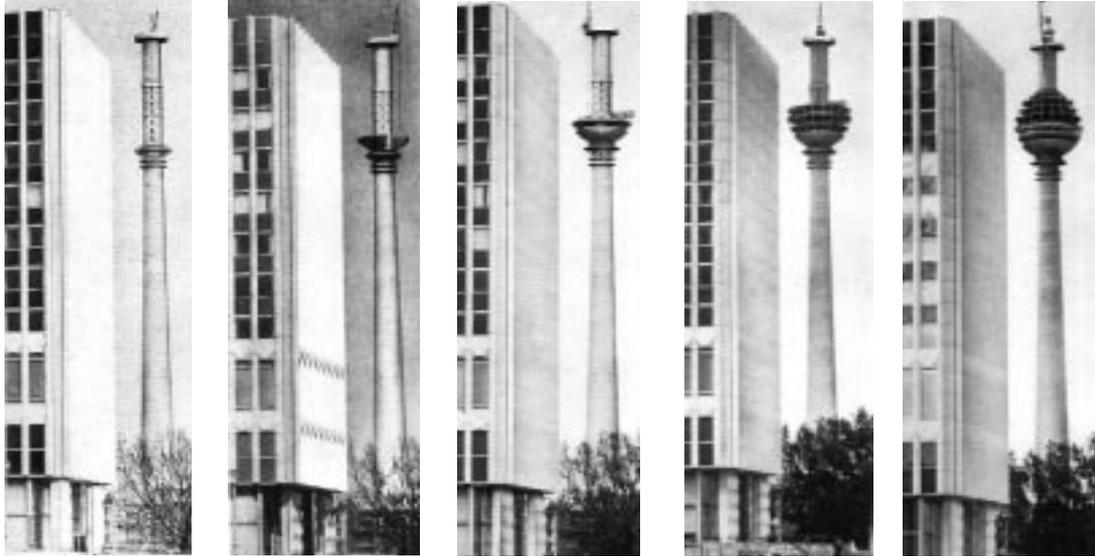
- Ost-Berlin konzentrierte sich neben der Fortsetzung des Plattenwohnungsbaus auf die Rekonstruktion und Imitation kriegsbeschädigter oder zerstörter historischer Gebäude. Als Kernstück dieser Bemühungen wurde 1987 ein neues, von Beginn an allerdings umstrittenes Nikolaiviertel fertig gestellt, in das zweifelhafte Kopien, etwa die Gerichtslaube, eingefügt worden waren. Zu den gelungeneren Restaurationen beziehungsweise Rekonstruktionen zählen die Nikolaikirche 1985 und das um einige Meter vom alten Standort verschobene Ephraim-Palais 1987.<sup>219</sup>

Die Bilanz der Stadtplanung und Architektur zwischen 1945 und 1989 für die gesamte Stadt ist eindrucksvoll und zwiespältig zugleich. Eindrucksvoll, weil die geteilte Stadt unter den Bedingungen des Kalten Krieges, später durch die Entspannungspolitik gemildert, überhaupt überlebt und sich entwickelt hat. Die verschiedenen internationalen Phasen der Entwicklung sind in beiden Stadthälften, wenn auch zeitlich verschoben, nachweisbar – propagierter Neuanfang, der rasch in einen „organischen“ Traditionalismus verfiel, Internationalismus mit auch im Osten belegbarer Orientierung an die im Westen vorsichtige Revision, die die durch Krieg und Nachkrieg „gemordete Stadt“ (Wolf-Jobst Siedler) behutsam zu reparieren trachtete. Immerhin gab es in Berlin in Wellen und mit wechselnder Intensität und Qualität Debatten über Architektur und Stadtplanung. In West-Berlin erschienen sie vielleicht gerade deshalb vergleichsweise lebendig, weil es hier an den in Westdeutschland ab den sechziger Jahren reichlich vorhandenen ökonomischen Möglichkeiten mangelte. In Ost-Berlin gab es Mittel, die, politisch gewollt, der Provinz entzogen wurden, um die neue Hauptstadt zu bauen. Aber auch dort, wo sich die baulichen Ambitionen der DDR konzentrierten, gab es – gemessen an den Möglichkeiten – durchaus Auseinandersetzungen.

Zwiespältig sind die Ergebnisse, weil sie unter dem Strich nur in Einzelfällen überzeugen. Einigkeit schien in Ost und West zunächst vor allem in der Frage zu bestehen, beträchtliche Teile der alten Stadt „abzuräumen“. Dieser nach dem Krieg „zweiten Zerstörung“ fielen ganze Viertel und einige der wertvollsten Solitäre, die Berlin zu bieten hatte, zum Opfer. Das Stadtschloss, die Bauakademie, der Anhalter Bahnhof, die Liste lässt sich beliebig verlängern und Ost und West nahmen sich hier wenig.

### Solitäre

Statt des ursprünglich geplanten monumentalen sozialistischen Stadthauses nach sowjetischem Vorbild entstand 1966–69 in der Stadtmitte eine "sozialistische Höhendominante", der 365 m hohe Berliner Fernsehturm als höchste Gebäude der Stadt. In West-Berlin gab es keinen Bedarf an politischen Bauten. So entstanden eine Reihe von Kulturbauten, darunter 1960–63 Hans Scharouns Philharmonie.



Die Stadtreparatur und Rückbesinnung auf alte Urbanität konnten dieses Problem nur in Grenzen regeln. Jenes „Neue“, das die geschaffenen Freiflächen füllen sollte, war groß im Anspruch und missriet jedoch fast durchweg als Bau. Ob Kulturforum oder alte Stadtmitte, in der Rückschau bleibt vor allem der Eindruck des Verlustes. So blieb für eine Generation die Mauer das dominierende und berühmteste Bauwerk der Stadt, das die Menschen mehr erschreckte und faszinierte als alle anderen Nachkriegsbauwerke zusammen.<sup>220</sup> Das vielleicht größte Verdienst aller Administrationen war es deshalb, trotz der Teilung die Vereinigung nicht „verbaut“ zu haben.

### **Die Brache – Phantomschmerzen eines erhofften Verlusts**

Auf die Öffnung der Mauer 1989 war niemand vorbereitet, auch nicht Politik und Stadtplanung. Die bereits im Januar 1990 entbrannte Hauptstadtdebatte erzeugte zunächst zusätzliche Verwirrung und Lähmung, ehe sich die am politischen Prozess Beteiligten auf die neuen Bedingungen einstellen konnten. Über Nacht veränderten sich die Bezugspunkte der Stadt, Bezirke wie Kreuzberg, durch die Mauer an den Rand gedrängt, wurden wieder zur Innenstadt, Grünflächen, so Teile des Tiergartens, avancierten zum günstigen Standort von Regierungsbauten, und Brachen wie der Potsdamer Platz verwandelten sich zum Planungsgebiet einer neuen City. Zudem entstand durch den bis Ende 1991 nahezu vollständigen Abriss der Mauer ein gut einhundert Meter breiter Streifen unbebauten Geländes quer durch die Stadt. Damit verfügte Berlin über ein Baupotenzial von einer Größe, das es in keinem anderen Zentrum einer Großstadt gab. Die Stadt stand vor einer dreifachen Herausforderung:

- Schon Ende 1989 zeichnete sich ein grundlegender Strukturwandel ab. Während auf zwischenstaatlicher Ebene die Vereinigung vorbereitet und binnen zehn Monaten realisiert wurde, war sie in Berlin ab dem 10. November 1989 Realität. Innerhalb von Stunden hatte sich die Stadt verändert und war aus ihrem vier Jahrzehnte bestehenden Käfig befreit. Mit dem Abriss der Mauer verlor die Stadt ihre Sonderrolle, die sie seit 1949 unter den europäischen Metropolen gespielt hatte. Damit würden auch über kurz oder lang die Beschränkungen und Vergünstigungen verschwinden. Berlin musste sich künftig an vergleichbaren Städten messen lassen.
- Die Befreiung Berlins von der Mauer ergab ein ernüchterndes Bild. Die Stadt war hässlich. West-Berlin erwies sich als muffiger Kiez und Ost-Berlin als dilettantische Mächtegermetropole eines gescheiterten Sozialismus. Der erste

Blick, nachdem die Sektparty vorüber war, ergab vor allem einen enormen Nachholbedarf in doppelter Weise: Zum einen galt es, die Stadt wieder zusammenzuführen. Schon Dinge, die in anderen europäischen Städten als selbstverständlich galten, wie Verkehrsverbindungen und die gesamte Versorgungsinfrastruktur, mussten in Berlin erst wieder zusammengeführt werden. Zum anderen galt es, die Modernisierungen der westeuropäischen und auch unter anderen Vorzeichen der osteuropäischen Großstädte, die in Berlin nur in Grenzen nachvollzogen worden waren, nachzuholen.

- Die dritte Veränderung bestand in der Frage nach der neuen Funktion der Stadt: Welche Aufgabe hatte Berlin?

Die Debatte über die Zukunft Berlins begann sofort nach dem Fall der Mauer. Sie brachte eine auch im Nachhinein nur schwer zu entwirrende Mischung von sich überlagernden Erwartungen und Hoffnungen, Ängsten und Befürchtungen, Leit- und Schreckbildern. Schon diese Kombination aus Analysen, Prognosen und Plänen erklärt zum Teil, warum die neue Situation nicht in eine klar umrissene Städtebauperspektive umgesetzt wurde und werden konnte. Einstweilen waren die Akteure damit beschäftigt, sich zurechtzufinden.

Zwei Themen beherrschten zunächst Alltag und öffentliche Debatte: Die Zusammenführung der Stadt, verstanden als die Verknüpfung von Straßen, von Bahn- und Busverbindungen, der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur bis zu Vorstellungen über die Ausrichtung der Zentren und Subzentren sowie der Entwicklung angemessener städtebaulicher Leitbilder. Aber was war angemessen? Hier kam das zweite Thema ins Spiel, die Erwartung oder, je nach Standpunkt, die Befürchtung, Berlin würde das alles dominierende Zentrum der neuen Bundesrepublik werden. Nach heftigen und denkwürdigen Auseinandersetzungen beschloss der Deutsche Bundestag im Sommer 1991, den Parlaments- und Regierungssitz von Bonn nach Berlin zu verlegen. Damit war eine Entscheidung gefallen. Sie versprach Berlin eine neue Ausstrahlung und machte die Stadt für Investoren attraktiv. In der Folgezeit dominierten drei Entwicklungen: Die praktische Vereinigung der Stadt, die privaten Investitionen sowie der Parlaments- und Regierungsumzug.

Am wenigsten wahrgenommen und gewürdigt wurde die Leistung der Zusammenführung der Stadt. Mit einer erstaunlichen Effektivität erfolgten der Abriss der Mauer, die Verbindung unterbrochener Straßenzüge, die Neuordnung des öffentlichen Nahverkehrs und die Sanierung der teilweise maroden Infrastruktur. Gleichzeitig trieb der Senat die städtebauliche Neuordnung Berlins voran. Am 23. Juni 1994 verabschiedete das Abgeordnetenhaus den ersten Flächennutzungsplan für die ge-

samte Stadt.<sup>221</sup> Ihm lag das Leitbild einer intensiven Entwicklung und Nutzung der Stadtinnenräume zugrunde. Ausgehend von der Annahme, die Bevölkerungszahl würde bis 2010 um etwa 300.000 Menschen steigen, definierte der Plan vor allem in den östlichen Bezirken gelegene Schwerpunkte. Dazu zählten neben den Parlaments- und Regierungsbauten eine Erweiterung der Gewerbeflächen um 1.000 Hektar, die Bereitstellung von elf Millionen Quadratmeter neuer Büroflächen, die Vergrößerung der Einzelhandelsflächen um 1,4 Millionen Quadratmeter, der Neubau von rund 400.000 Wohnungen, davon ein Zehntel durch Stadterweiterung, sowie eine Reihe von Strukturmaßnahmen. Neben dem Zusammenfügen der Stadt war dieses Programm auch der Versuch, einigermaßen dem Tempo und den Ansprüchen privater Investoren zu folgen. Zu diesem Zeitpunkt gingen Politik und Wirtschaft noch von einer Stadt auf Wachstumskurs aus.

Am häufigsten in den Schlagzeilen war in den ersten Jahren nach der Vereinigung die spektakuläre Entscheidung des damaligen Daimler-Benz-Konzernes zur Bebauung des Potsdamer Platzes. Allein auf diesem Areal erreichte das Investitionsvolumen fast zweieinhalb Milliarden Euro, obgleich die ursprünglichen Pläne für den benachbarten Leipziger Platz und die Köthener Straße zunächst nur fragmentarisch oder gar nicht realisiert wurden.<sup>222</sup>

Auch die Pläne für den Alexanderplatz blieben vorerst Papier. 1993 hatte es einen zweistufigen Wettbewerb gegeben, aus dem Hans Kollhoff als Sieger hervorging. „Seine kühne Idee eines großstädtischen Platzraumes“, so das Urteil des Architekturhistorikers Wolfgang Schäpe, „der den metropolianen Typus des Turmhochhauses zum tragenden Element macht und mit einem Dutzend solcher Bauten umstellt, scheint einstweilen noch Vision zu bleiben.“<sup>223</sup>

Als eine der ersten alten Magistralen erhielt die binnen eines Jahrzehntes umgestaltete Friedrichstraße und der Pariser Platz sowie das Areal um die Jannowitzbrücke ein neues Gesicht. Wer die fertigen Bauten betrachtet, kann sich über den immer wieder geäußerten Vorwurf der „uniformierten Langeweile“ nur wundern. Die Spannweite der Neubauten reichte von Christoph Mächlers Lindenkorso an der Ecke Friedrichstraße/Unter den Linden über die Bebauung der Quartiere 208 mit Bauten von Josef Paul Kleihues, Max Dudler, Hans Kollhoff und Jürgen Sawade, die Friedrichstadtpassagen mit Jean Nouvels Galeries Lafayette, den Quartieren 206 von Henry Cobb und 205 von Oswald Matthias Ungers bis zur Checkpoint-Charlie-Bebauung von Philip Johnson. Unter dem Strich ein buntes „Potpourri architektonischer Ideen und Konzepte“ von der freundlich gemeinten Folklorearchitektur des Hotels Adlon von Paschke & Klotz am Pariser Platz bis zum schnittigen Bürogebäu-

de „Trias“ von Luca Beringer und Günther Wawirk an der Jannowitzbrücke.<sup>224</sup>

Insgesamt prägte das Bewusstsein eines Neuanfangs das private Baugeschehen in den neunziger Jahren. Architekten und Stadtplaner betonten diesen Aufbruch und verstanden ihn als außerordentliche Herausforderung. Bei nüchterner Betrachtung sind zumeist konventionelle Bauten entstanden, im einen oder anderen Fall mit mehr oder minder spektakulär gemeinten Gesten, die möglicherweise ein neues Selbstbewusstsein verkörpern. So entstand immerhin internationale Durchschnittsware mit einigen neckischen Zutaten. Drei Entwicklungen sind in dieser Phase bemerkenswert:

- Alles in allem gelang die Stadtreparatur. Der Akzent der ersten Jahre lag eindeutig beim Thema Städtebau und dem Versuch, die Stadt zusammenzudenken und entsprechende Planungsschritte zu realisieren. Angesichts der berlinischen Neigung zu auftrumpfenden Solitären ist das ein verblüffendes, aber eben auch der Logik der Situation folgendes Ergebnis. Sicherlich lässt sich mit sehr kritischem Blick das Urteil fällen und begründen, dass in der ersten Dekade nach der Vereinigung keine architektonisch herausragenden Gebäude entstanden sind. Das mag sein. Aber immerhin ist die Stadtreparatur nicht misslungen und das ist angesichts der Tatsache, dass Berlin im Grunde seit 1933 von der internationalen Entwicklung abgeschnitten war, ein doch erstaunlicher und keineswegs gering zu schätzender Befund. Eine der Qualitäten des Baugeschehens in der ersten Phase besteht so im Verzicht auf herausragende Solitäre und die Konzentration auf städtebauliche Zusammenhänge.
- Zu den bemerkenswerten Ergebnissen zählte auch das enorme Interesse an der Architektur, das weit über die Fachwelt hinausging. Augenfälligstes Beispiel für dieses Interesse war der Erfolg der INFO BOX am Potsdamer Platz, letztlich eine mehr oder minder konventionelle Architekturausstellung, in der sich in den fünf Jahren ihrer Laufzeit rund acht Millionen Menschen über die Neubaupläne des Areals informierten. Dazu kamen zahlreiche Publikationen über Architekturwettbewerbe, ferner Zeitschriftenveröffentlichungen, Sonderbeilagen in Tages- und Wochenzeitungen und Veranstaltungen. Unter dem Strich zählte das städteplanerische und architektonische Zusammenwachsen von Berlin seit 1990 sicherlich zu den weltweit am umfassendsten diskutierten und breit dokumentierten Architekturthemen der letzten fünfzig Jahre. Interesse und Anteilnahme waren im ersten Jahrzehnt ohne Vergleich.

**INFO BOX**

Die INFO BOX am Potsdamer Platz war ein überdimensionaler roter, auf Stelzen stehender Container mit einer umfangreichen Ausstellung über die Baumaßnahmen am Potsdamer Platz. Rund 8 Millionen Menschen informierten sich hier in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre über die Bauten von Bund und Land sowie den privaten Investoren.



- Eine der innovativsten Institutionen, die die Debatte entscheidend beeinflusste, war das „Stadtforum“<sup>225</sup>. Im April 1991 vom Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz, Volker Hassemer, eingerichtet, bündelte das Forum die Debatten. Der bemerkenswerte Ansatz des Gremiums bestand in seiner Zusammensetzung aus Verwaltungsexperten, Architekten und Stadtplanern sowie der Öffentlichkeit. Üblicherweise treffen sich Teile dieses Zielpublikums allenfalls im klassischen Auftraggeber-Auftragnehmer-Verhältnis. Das war hier anders, denn neben der Diskussion über konkrete Projekte bestand die Hauptaufgabe in der übergreifenden Debatte: „Berlin muss sich selbst neu definieren; es braucht eine Idee von sich selbst, auch wenn die Stadt nicht neu erfunden werden muss.“<sup>226</sup> Auch wenn die konkreten Einflüsse eines solchen Forums schwer zu belegen sind, ist die Tatsache einer umfassenden, öffentlichen Architekturdebatte ein Gegenbeweis für den eingangs diagnostizierten „Scheuklappenblick“. In Fragen der Stadtplanung und -architektur immerhin wurde das Problem erkannt und das Stadtforum war eine überzeugende Antwort.

So bleibt es das Verdienst dieser ersten Phase, das stadtplanerische Zusammenwachsen beider Stadthälften als exemplarisch demokratischen, öffentlichen Prozess gestaltet zu haben. Nebenbei hat die mit einem breiten Echo geführte Debatte die alten Stadtstrukturen wieder ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Wenigstens in der Architektur erinnerte sich Berlin an seine eigene Geschichte. Das hatte viel mit der neuen Rolle Berlins als Hauptstadt zu tun. Die Frage etwa, wie mit dem Reichstagsgebäude umzugehen ist, erwies sich neben den privaten Investitionen als spannendes Diskussionsthema.

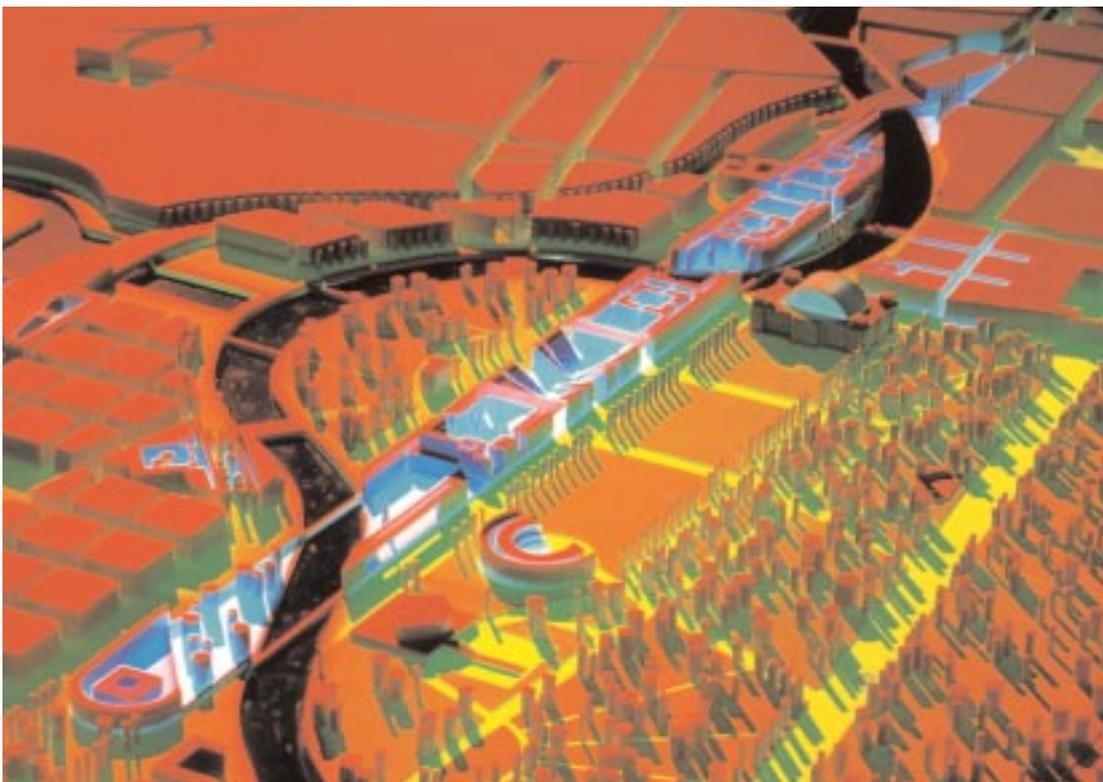
### **Die Kuppel – demokratische Sichtachsen**

Verglichen mit privaten Investitionen nahm sich das Investitionsvolumen für die Staatsbauten vergleichsweise bescheiden aus. Dennoch waren sie das Herzstück des „Neuen Berlin“, denn von den fünf bundesrepublikanischen Verfassungsorganen Parlament, Regierung, Ländervertretung, Staatsoberhaupt und Verfassungsgericht nahmen vier ihren Sitz nunmehr in Berlin.<sup>227</sup> Mit großem Aufwand und Ernst zelebrierten Bund und Land Berlin die entsprechenden Wettbewerbe.

Am symbolträchtigsten war die Wahl des Sitzes für den Deutschen Bundestag, der ins Reichstagsgebäude zog. Als Parlamentssitz hatte der 1884–94 nach Plänen von

### **Demokratie als Bauherr**

Die Reichstagskuppel von Sir Norman Foster und das Band des Bundes von Axel Schultes und Charlotte Frank zählen zu den interessantesten Ergebnissen der Planungen für Parlament und Regierung. Mit großen, unpathetischen Gesten interpretierten die Architekten die deutsche Demokratie und das in Berlin vorgefundene Erbe ihrer Vorgänger.



Paul Wallot errichtete Bau lediglich bis 1933 gedient, den größten Teil seiner Existenz stand das Haus leer oder wurde fragmentarisch genutzt, galt als nationales Symbol und Herausforderung der Politik.<sup>228</sup> Erst eineinhalb Dekaden nach dem Zweiten Weltkrieg – und nachdem am 22. November 1954 die Kuppel gesprengt worden war – fiel 1960/61 die Entscheidung für eine Wiederherstellung als Parlamentsgebäude. Nach dem Mauerbau erschien das eher ein Akt des Trotzes als eine Vision. Für eine Sitzung des Ältestenrates des Deutschen Bundestages am 11. November 1963 wurde der Bau erstmals als Tagungsgebäude für ein Bundesorgan genutzt. 1964 folgte die Wahl Heinrich Lübkes (CDU) zum Bundespräsidenten für eine zweite Amtszeit, bevor das Vier-Mächte-Abkommen von 1971 die Bundespräsenz beschränkte und lediglich Bundestagsausschüsse oder Parlamentsfraktionen im Reichstagsgebäude tagen konnten. In der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1990 wurde auf dem Platz vor dem Wallotbau die Einheit des Landes gefeiert, am 4. Oktober konstituierte sich im Plenarsaal der erste gesamtdeutsche Bundestag und am 20. Dezember kam dort erstmals das am 2. Dezember frei gewählte gesamtdeutsche Parlament zusammen.

Nach dem Wettbewerb und der spektakulären Verhüllung durch das Künstlerehepaar Christo und Jeanne-Claude im Sommer 1995 begannen die Bauarbeiten, die im Sommer 1999 abgeschlossen wurden.<sup>229</sup> Markantes Zeichen des für den Bundestag nach Plänen des britischen Architekten Norman Foster umgebauten Hauses ist die neue Kuppel, die gegen den Widerstand des Architekten nachgeplant und realisiert werden musste. Kurioserweise ist sie das populärste Element des neuen Parlamentsbaus. Von Wallot blieb lediglich die Umfassung, die schon Paul Baumgarten in der Nachkriegszeit deutlich vereinfacht hatte. Dem in die alten Fassaden hinein gestellten Neubau sind die Kompromisse deutlich anzumerken, die ein so exponiertes Gebäude offenkundig erfordert. Obgleich der Ansatz der Renovierung durch komplette Entkernung nicht hätte radikaler sein können, wirkt der im Innern von der Wallot-Baumgarten-Hülle verborgene Neubau unentschieden und verwinkelt.

Die Eröffnung erfolgte am 19. April 1999 mit einer Regierungserklärung und einer Debatte zur Vollendung der Einheit sowie zum damals aktuellen Balkankrieg. Die über das Gebäude befragten Abgeordneten äußerten sich überwiegend zufrieden, die Kritik beschränkte sich auf Details wie die Farben der Bestuhlung.

Den städtebaulichen Ideenwettbewerb für die Umgebung des Reichstagsgebäudes, für das Spreebogenareal, an dem 1993 über 835 Architekten aus 44 Ländern teilgenommen hatten, gewannen Axel Schultes und Charlotte Frank aus Berlin.<sup>230</sup>

Nach ihrer Grundidee, „Stadt dort zu machen, wo sie auch ohne Planung hinwachsen würde“, sollte eine vom Moabiter Werder bis zur Friedrichstraße reichende Ost-West-Spange entstehen, das „Band des Bundes“. Hinter der strengen Idee der Ost-West-Spange, die quer zu den noch in den achtziger Jahren erneut diskutierten Nord-Süd-Achse liegt, stand der Anspruch, die durch die Mauer getrennten Stadthälften städtebaulich und symbolisch zu verbinden. In der unmittelbar nördlich des Reichstagsgebäudes gelegenen 102 Meter breiten Spange entstanden das Bundeskanzleramt, der Bundestagsbau Paul-Loebe-Haus und östlich der Spree das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus für die Bundestagsbibliothek. Das aus zwei Blöcken beiderseits der Dorotheenstraße bestehende und unmittelbar östlich des Reichstagsgebäudes gelegene Jakob-Kaiser-Haus ergänzt das Parlamentsviertel.

Die Spange war groß gedacht, doch die Realisierung blieb Stückwerk. Für das als öffentlicher Begegnungsort gedachte Bürgerforum, die „volksnahe Mitte des Parlamentsviertels“, wurde kein Geld bewilligt. Auch die faszinierende Idee, die Spange bis zum Bahnhof Friedrichstraße fortzuführen, endete an der Rückwand eines Plattenwohnbaus in der Luisenstraße. Wohnungen im Stadtzentrum in Frage zu stellen war in den neunziger Jahren ein Sakrileg, gegen das Architekten und Städteplaner nur in ihren Modellen verstoßen durften.

Der auffälligste Neubau der Ost-West-Spange ist das Kanzleramt. Nach Plänen von Schulthes realisiert, verfügt er über zwei lang gestreckte, fünfgeschossige Verwaltungstrakte mit über 300 Büros. Die beiden durch verglaste Gärten gegliederten Riegel flankieren einen doppelt so hohen Würfel für die Chefetagen, den Kabinettsaal und einen Konferenzraum. Der Haupteingang befindet sich im Nordflügel, vor der Ostfassade liegt ein Ehrenhof für die Vorfahrt hochrangiger Gäste und für Staatsempfänge. Gerühmt wurde schon am Modell das auffällige „Auge des Kanzlers“. Gemeint sind die halbkreisförmigen Fenster mit 18 Metern Radius an der Süd- und Nordfront des zentralen Gebäudetraktes.

Die Bundesministerien wurden in sanierten Altbauten untergebracht, mit Ausnahme des Innenministeriums, das sich in einem modernen, 1992-94 errichteten Bürogebäude mit der Bezeichnung „Spreebogen Moabit“ einmietete. Die intensive Nutzung von Altbauten bedeutete die weit gehende Aufgabe der ursprünglichen Pläne. Anfänglich hatten fast alle Ministerien aufwendige Neubauten verlangt. Nachdem sich bei den Planern das Bewusstsein durchgesetzt hatte, wie viel Raum es in Berlin tatsächlich gab und wie viel Etat zur Verfügung stand, gab es 1993/94 einen Richtungswechsel.<sup>231</sup> Nun sollte auf Neubauten weit gehend verzichtet werden. Das erschien eher unproblematisch bei Gebäuden aus dem Kaiserreich, wie der

1875–78 errichteten Geologischen Landesanstalt und der 1905–10 gebauten Kaiser-Wilhelm-Akademie für militärärztliches Bildungswesen, wo die Ministerien für Verkehr und Wirtschaft ihren Sitz nahmen, und der durch die DDR errichteten Häuser, etwa das Staatsratsgebäude oder der Erweiterungsbau für das Amt für Erfindungs- und Patentwesen, die übergangsweise der Bundeskanzler und das Justizministerium nutzten. Umstritten waren vor allem die NS-Bauten: Görings Reichsluftfahrtministerium, nicht weit davon entfernt in der Mauerstraße das Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda sowie am Werderschen Markt die Reichsbank.

Ursprünglich gab es in Bonn nach der Entscheidung für Berlin Pläne, sich des „historisch kontaminierten“ Erbes durch Abriss zu entledigen mit dem Argument, Neubau käme preiswerter als Sanierung.<sup>232</sup> Ein Blick auf die Bauten ergab in der Tat weder architektonisch noch in der Nutzung Traditionslinien, die es wert waren, daran anzuknüpfen. Das Reichsluftfahrtministerium, später Haus der Ministerien und heute Detlev-Rohwedder-Haus, war 1935/36 nach Plänen von Ernst Sagebiel gebaut worden. Zusammen mit dem Komplex für den Preußischen Landtag beherbergte es die Machtzentrale Hermann Görings. Nach dem Krieg nutzte die sowjetische Militärregierung das mit Muschelkalk verblendete, 4.000 Fensterachsen umfassende Haus, ab 1949 tagte hier der Deutsche Volksrat, Vorläufer der Volkskammer. Hier wurde die erste DDR-Verfassung beschlossen und Wilhelm Pieck zum ersten DDR-Staatspräsidenten gewählt. Nach der Vereinigung hatten hier von 1991 bis Juni 1996 die Treuhandanstalt und ihre Nachfolgeorganisationen ihren Sitz.

Das Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda entstand 1936–40 nach Plänen von Karl Reiche und war eine der schlimmsten Machtzentralen des Nationalsozialismus. Auch wenn Goebbels selbst in einem von Schinkel umgebauten Palais am Wilhelmplatz wohnte; hier entstanden Hasstiraden auf die Juden, hier wurden die Maßnahmen zur Gleichschaltung und die nationalsozialistische Lenkung von Presse, Hörfunk und Film koordiniert und umgesetzt. Während das Äußere weitgehend original erhalten ist, wurde das Innere von der DDR weitgehend erneuert und vom Ministerium für Medienpolitik genutzt.

Der dritte im Nationalsozialismus entstandene Bau ist die 1934–38 nach Plänen von Heinrich Wolf errichtete Reichsbank. In der DDR nutzte ihn zunächst das Finanzministerium, ab 1959 das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Nach Bekanntwerden der Asbestverseuchung des Palastes der Republik tagte hier bis zur Vereinigung die Volkskammer.

Anfänglich bestanden beträchtliche Bedenken, diese Bauten für Bundesministerien zu nutzen. Nach dem Beschluss, die Ministerien weitgehend in Altbauten unterzu-

bringen, gab es auch in der Frage nach dem Umgang mit den drei NS-Bauten einen Wandel. Als das für den Umschwung schlagende Argument nannte das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: „Wenn dies, gemeint ist die ‚historische Kontaminierung‘, ein Hinderungsgrund sein sollte, solche Stätten zu nutzen, dann müssten zahllose ältere Gebäude leer stehen. Entscheidend ist wohl eher der Geist, mit dem diese Bauten in Zukunft erfüllt werden – im Bewusstsein freilich, was dort früher geschehen ist.“<sup>233</sup> Angesichts der ursprünglichen und durchaus begründbaren Bedenken ein verblüffender Pragmatismus. So dienen seit 1999 das Detlev-Rohwedder-Haus als Sitz des Bundesfinanzministeriums, das einstige Propagandaministerium zusammen mit dem benachbarten Kleisthaus dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und die um einen modernen Kopfbau ergänzte Reichsbank dem Auswärtigen Amt als Dienstsitz.

Ein anderes Beispiel für das Bestreben, unschönen Assoziationen mit der Vergangenheit möglichst aus dem Weg zu gehen, ist der Umgang mit der Wilhelmstraße. Von der Reichsgründung bis zum Zweiten Weltkrieg war sie ein Zentrum deutscher Politik. In der westlichen Straßenhälfte hatten die Reichskanzlei, das Auswärtige Amt, die Reichsministerien für Finanzen, Landwirtschaft, Verkehr, Justiz, das Reichswehrministerium und der Reichspräsident ihren Sitz. Auf der östlichen Straßenseite residierten die Ministerien des größten und mächtigsten Reichslandes Preußen. Die Bundesregierung knüpfte bewusst nicht an die Idee der Wilhelmstraße als Machtzentrum an. Zum einen sollten Assoziationen mit dem alten Machtzentrum Wilhelmstraße vermieden werden, zum anderen war ein beträchtlicher Teil mit Plattenwohnbauten bebaut. Lediglich an der Kreuzung Wilhelmstraße, Ecke Leipziger Straße steht mit dem Detlev-Rohwedder-Haus ein von einem Bundesministerium genutztes Haus.

Im Westen schließt sich das Gebäude für das Preußische Herrenhaus an. In dem 1901–04 nach Plänen von Friedrich Schulze als neobarocke Dreiflügelanlage errichteten Bau residiert nunmehr der Bundesrat. Ursprünglich wollte die Ländervertretung in Bonn bleiben. Nachdem sie sich zum Umzug entschlossen hatte, war zeitweise ein Neubau im Gespräch, bevor es auch hier zu einer pragmatischen Lösung kam.

Gut einen Kilometer nordwestlich steht Schloss Bellevue, seit dem 1. Januar 1994 erster Amtssitz des Bundespräsidenten. Ein Neubau für das Bundespräsidialamt ergänzt nun die Anlage. Den ersten Preis des 1994 durchgeführten Wettbewerbs gewann das Team Martin Gruber und Helmut Kleine-Kraneburg aus Frankfurt am Main. Südlich des Schlosses platzierten sie einen ovalen Bau, der weder krampfhaft

alte Muster imitiert noch sich provozierend modern gebärdet; einer der konsequentesten Neubauten, auch wenn es sich wieder um einen einsamen Solitär handelt, den ein „Schinkel’scher Wald“ regelrecht versteckt.

Nach heftigen Debatten hatte sich am Ende ein Pragmatismus durchgesetzt, der angesichts der ursprünglichen Ansprüche nicht zu erwarten war. Statt die Regierungsbauten nahezu komplett neu zu errichten, hatten Parlament und Regierung bestehende Gebäude übernommen, moderat saniert und durch wenige Neubauten bemerkenswerte architektonische Akzente gesetzt. Gemäßigte Moderne und gelegentlich angestrenzte Konvention – auf diesen Nenner lässt sich die bauliche Gestalt der neuen Bundeshauptstadt bringen.

Es hätte schlimmer kommen können – und wie bei den privaten Investitionen ist dieses Urteil nichts anderes als ein Lob. Der insgesamt bemerkenswerte Richtungswechsel hin zur Nutzung vorhandener Bausubstanz kann als Lernprozess gewertet werden, bei dem der Bund seinen neuen Hauptstadtsitz verstanden, zumindest akzeptiert hat. Ein wenig angestrengt vollzogen sich die Debatten und Entscheidungsprozesse, aber Anstrengung erscheint durchaus angemessen bei einer Zäsur dieser Dimension. Dass es dabei nicht ohne lächerlich wirkende Verrenkungen abging, wie der nach intensiver Diskussion am 18. März 1999 vom Ältestenrat des Parlaments herbeigeführte Beschluss, die Hinweisschilder auf den Bundestag mit den Worten „Plenarbereich – Reichstagsgebäude“ beschriften zu lassen, kann als eine den Prozess charakterisierende Anekdote zur Kenntnis genommen werden.

Auf große Gesten wurde klugerweise weit gehend verzichtet. Da niemand wusste, welche Symbole angemessen gewesen wären, war dies immer noch besser, als auf falsche Symbole zu setzen. Am meisten riskierten noch die Architekten des Bundeskanzleramtes. In einer großen, pathetischen Geste bauten die Architekten Schultes und Frank ein „Monument fulminanter Leidenschaften“<sup>234</sup>, das sie – auch ein wenig augenzwinkernd – verstehen als Bühne einer modernen, sich selbst bewussten Demokratie. Gerade am Bundeskanzleramt und am Reichstagsgebäude werden die Unterschiede zur baulichen Gestalt der Hauptstadt Bonn besonders deutlich:

- Einerseits setzte die „Demokratie als Bauherr“ in Berlin die schon in Bonn verfolgte Linie fort, die Internationalität des Landes zu betonen. Standen dafür in Bonn etwa Henry Moores berühmte, 1976 im Garten des Kanzleramtes aufgestellte Plastik „Large Two Forms“ und Günther Behnischs moderner, von internationalen Künstlern ausgeschmückter Plenarsaal, so wurde diese Tradition in Berlin noch gesteigert, indem etwa der Brite Sir Norman Foster

damit beauftragt wurde, eine bauliche Gestalt für den deutschen Parlamentarismus zu finden. Auch die Ausschmückung des Reichstagsgebäudes mit Kunstwerken durch Künstler der einstigen Siegermächte betont diese Entwicklungslinie.

- Andererseits gibt es zumindest vier deutliche Unterschiede im Vergleich zu Bonn:<sup>235</sup>
  - Die Herstellung räumlicher Beziehungen: Während sich in Bonn Parlament und Regierung „wie Kühe auf der Weide“ drapierten und die verfassungsmäßige Hierarchie der Institutionen unkenntlich blieb, wurden in Berlin bewusst Beziehungen hergestellt. Parlament und Regierung orientieren sich beide auf den Platz der Republik und verschiedene Merkmale (z. B. Öffentlichkeit und Höhe) verdeutlichen ihre Stellung.<sup>236</sup>
  - Das baulich dargestellte Selbstbewusstsein: Während sich in Bonn das Parlaments- und Regierungsviertel eher am Rand einer kleinen Stadt versteckte, wenden sich die Berliner Bauten offensiv dem Betrachter zu. In Berlin besetzen Parlament und Regierung prominente Plätze und demonstrieren Präsenz. Dass dies ohne auftrumpfende Gesten gelingt, ist kein geringes Verdienst.
  - Die Trennung der Sphären: Im Unterschied zu Bonn betont die Politik ihre Eigenständigkeit. Konnte etwa das Bonner Kanzleramt noch mit einer Sparkassenzentrale verwechselt werden, ist das in Berlin nicht mehr möglich. Das neue Kanzleramt sagt klar: „Das Regieren eines Landes mit 80 Millionen Einwohnern (ist) eine singuläre Aufgabe.“<sup>237</sup> In Bonn waren politische und öffentliche Sphären verwechselbar, in Berlin sind sie deutlich getrennt und veranschaulichen damit die Realität.
  - Der Umgang mit der Geschichte: Das als Provisorium entstandene Bonner Parlaments- und Regierungsviertel war im Grunde geschichtslos. Schon durch die Bauten war die Zeit vor 1945 wie ausgeblendet. In Berlin ist das anders. Durch das Reichstagsgebäude und eine Reihe von in Altbauten untergebrachten Ministerien ist die Geschichte vom Kaiserreich an präsent, das bauliche Bild ist differenzierter und vielschichtiger.

Mindestens so wichtig wie die bauliche Gestalt ist ein anderer Neuanfang. Hinter den vorwiegend alten Mauern verbirgt sich für Berlin und die Bundesrepublik ein politisch relevanter Wandel, dessen Konsequenzen erst langfristig zu sehen sein werden. Dies betrifft nicht die Aufgaben der Institutionen, die nun in Berlin residie-

ren, denn sie haben sich durch den Umzug vorerst nur wenig verändert. Gemeint ist die neue Dichte von Institutionen aus Politik, Wirtschaft und Kultur, die in Berlin entstanden ist: Mit der Verpflanzung der Verfassungsorgane nach Berlin hat sich eine Machtkonzentration an einem Ort entwickelt, wie es sie seit 1945 nicht in Deutschland gab. In einem Radius von etwa zwei Kilometern um den Bundestag befinden sich vier der fünf deutschen Verfassungsorgane und sämtliche Ministerien mit ihrem Hauptsitz oder einer Dependance, ferner die Vertretungen der Bundesländer und ein beträchtlicher Teil der ausländischen Vertretungen. Dazu kommen die Zentralen der Parteien und zahlreiche andere politische Einrichtungen wie die Stiftungen der Parteien.

In unmittelbarer Nähe befinden sich ferner das Berliner Abgeordnetenhaus und die Berliner Landesregierung. Am Potsdamer Platz residiert mit Daimler, Sony, der Deutschen Bahn und anderen eine beachtliche wirtschaftliche Potenz und Macht, und mit den Einkaufsstraßen am gleichen Ort sowie in der Friedrichstraße sind zwei Einkaufsmeilen in wenigen Minuten zu Fuß erreichbar. Dazu kommen schließlich zahlreiche Interessenvertretungen vom Deutschen Industrie- und Handelstag bis zum Zentralrat der Deutschen Juden.

Weiterhin befindet sich ein beachtliches kulturelles und wissenschaftliches Potenzial innerhalb des abgezielten Gebietes: das Berliner Philharmonische Orchester und das zum Konzerthaus umgewidmete Schinkel'sche Schauspielhaus am Gendarmenmarkt, die beiden Häuser der Staatsbibliothek, zwei der bedeutendsten europäischen Museumskomplexe, die Museumsinsel und die Museen am Kulturforum, ferner das Deutsche Historische Museum, die Humboldt-Universität und die Charité, die Staatsoper, das Deutsche Theater, das Berliner Ensemble und die Volksbühne Ost, die alternative Kulturmeile um die Oranienburger Straße, schließlich die katholische St.-Hedwigskathedrale, der evangelische Dom und die Neue Synagoge – auf dem Papier eine eindrucksvolle Konzentration und Vielfalt, selbst wenn die inhaltliche Substanz einiger der genannten Institutionen zur Zeit eher dürftig ist und nicht alle Häuser und Ensembles in ihrem Erscheinungsbild oder in ihren aktuellen Leistungen überzeugen. Damit siedeln in Berlin Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft und Kultur auf wenigen Quadratkilometern. Für die direkte, persönliche Kommunikation zwischen diesen Kräften ergeben sich damit Möglichkeiten, die so zuvor in der Bundesrepublik nicht bestanden. Es wird schwer sein, sich nicht zu begegnen – das unterscheidet Berlin von Bonn. Wer nicht bar jeder Hoffnung ist, muss darin eine Chance sehen – wann und von wem auch immer sie wahrgenommen werden wird.

In den zehn Jahren von 1990 bis 1999 wurden in Berlin rund 100 Milliarden Euro für neue Gebäude und Maßnahmen der Infrastruktur ausgegeben. Dabei sah sich die Stadt konfrontiert mit einer komplexen Mischung von Visionen und Ansprüchen durch Investoren und Erfordernissen der Stadtreparatur, unterschiedlichsten Erwartungen der Bundesregierung und zahllosen anderen staatlichen und privaten Institutionen sowie Ängsten der Bevölkerung. Mit zwei Konzepten versuchte die Stadt, diesen Prozess zu steuern: dem Leitbild der „kritischen Rekonstruktion“ und dem Leitbild der „europäischen Stadt“.<sup>238</sup>

Das Leitbild der kritischen Rekonstruktion war eine Weiterentwicklung der im Rahmen der behutsamen Stadterneuerung gesammelten Erfahrungen. Im Mittelpunkt standen vier Regeln:

- die Respektierung oder Rekonstruktion des historischen Straßenrasters und der historischen Baufluchten
- eine Begrenzung der Traufhöhe auf 22 und der Firsthöhe auf 30 Meter
- der Nachweis der Nutzung von mindestens 20 Prozent der Bruttogeschoßfläche als Wohnraum sowie
- als Bauideal das städtische Haus auf einer eigenen Parzelle, wobei die maximale Parzellengröße ein Berliner Block ist

Dieses Leitbild fand vor allem Anwendung bei der Rekonstruktion der Dorotheen- und Friedrichstadt, wo die alten Straßenfluchten weit gehend überdauert hatten und vergleichsweise einfach wiederherzustellen waren.

Für die Bebauung der durch Krieg und Nachkrieg entstandenen Freiflächen taugte die „kritische Rekonstruktion“ nur bedingt. Viele Investoren kritisierten sie als nicht profitabel genug und bevorzugten weiträumige Planungen. Beispiele sind der Alexanderplatz und der Potsdamer Platz. Hierfür galt das Leitbild der europäischen Stadt, ohne dass letztlich zweifelsfrei definiert worden wäre, was darunter zu verstehen sei. Zugespitzt ließe sich sagen, dass damit im Wesentlichen Planungsvorstellungen der fünfziger, sechziger und frühen siebziger Jahre mit der „Verlandshaftlichung“ und Entmischung der Stadt ausgeschlossen waren. Statt der offenen „Stadtlandschaft der Moderne“ wurde nun versucht, eine Hierarchisierung zwischen Haupt- und Unterzentren, Mitte und Vorstädten zu definieren.<sup>239</sup> Im Grunde war das nichts anderes als eine Bekräftigung der Erkenntnis, dass es der Moderne städtebaulich nicht gelungen war, eine überzeugende Alternative zur traditionell gewachsenen Stadt zu entwickeln, womit die Kritik an der „alten“ Stadt nicht entkräftet war.<sup>240</sup>

Auf dieser Grundlage und begleitet von intensiven Debatten im „Stadtforum“ wurde in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung das Planwerk Innenstadt entwickelt.<sup>241</sup> In diesem Dokument versuchten die Verantwortlichen, stadtplanerische Hierarchien zu entwickeln und zu begründen, insbesondere zwischen historischem Zentrum und der City West. Auch darin steckte eine politische Botschaft: Als sich nach der Vereinigung das stadtplanerische Interesse auf die Mitte und den Osten konzentrierte, fürchtete der Westen, dauerhaft ins Abseits zu geraten. Das Planwerk Innenstadt signalisierte, dass der Westen nicht vernachlässigt würde. Insgesamt war der Plan eine Anerkennung der Realitäten, denn auch wenn die traditionellen städtischen Strukturen in der Nachkriegszeit als Hindernis für die Stadt der Moderne galten, gänzlich verschwunden waren sie nie.

### **Die Mitte – Schnittstelle zwischen Gestern und Morgen**

Stadtplanerische Hierarchien ernst zu nehmen bedeutete, eine alte Frage neu in den Mittelpunkt des Interesses zu rücken: die Gestaltung des Zentrums.<sup>242</sup> Die aufstrebenden Landesherrn ab Mitte des 15. Jahrhunderts hatten eine Antwort für die Gestaltung dieses Ortes – die Repräsentation ihrer Macht, kurz: das Stadtschloss als Symbol eines politischen und gesellschaftlichen Systems, das fünf-hundert Jahre Bestand hatte. Die erste deutsche Demokratie wusste weder inhaltlich noch formal viel mit diesem Platz anzufangen. Schloss und Kronprinzenpalais wurden zu Museen, lediglich die Neue Wache gestaltete man Anfang der dreißiger Jahre zur Gedenkstätte um und der Lustgarten wurde für zahlreiche Kundgebungen genutzt. Für die Nationalsozialisten, ohnehin an einer gänzlich anderen Stadt interessiert, war das Schloss ohne Belang, sie ließen es links liegen. Der deutsche Sozialismus hingegen erkannte die Bedeutung des Zentrums und gestaltete es um. Schloss und Bauakademie wurden geschliffen zugunsten der neuen Symbole Staatsratsgebäude, Außenministerium und Palast der Republik. Das Außenministerium ist inzwischen bereits abgerissen, während der Palast asbestverseucht und funktionslos in der Mitte steht.

Was fängt die zweite deutsche Republik mit dem Zentrum ihrer Hauptstadt an? Der 1994 entschiedene Wettbewerb für die Spreeinsel fand nur eine formale Antwort, was angesichts der Vorgaben kaum anders sein konnte. Den ersten Preis gewann der Berliner Bernd Niebuhr. Er entwarf für den Schlossplatz ein Stadthaus in den Umrissen des Schlosses mit Parkdeck, Ausstellung, Kongresszentrum und Bibliothek.<sup>243</sup> Der bauliche Mittelpunkt der 1918 untergegangenen Monarchie, deren

Machtzentrum sich politisch spätestens in den achtziger und neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts in Richtung Wilhelmstraße und Reichstagsgebäude verschoben hatte, wurde von Niebuhr als Form begriffen, die einst die Stadt zusammenhielt. Heute gehe es nur darum, dies zu akzeptieren und die Form neu zu interpretieren. Die Frage nach dem Inhalt wurde nur am Rande gestellt. Insofern erschien es konsequent, dass der vorgeschlagene Inhalt, also die Nutzung des Stadthauses, beliebig blieb, und es war wenig verwunderlich, dass die Planungen bald in der Schublade verschwanden.

Zudem setzte sich Mitte der neunziger Jahre eine beachtliche Lobby für den Erhalt des Palastes der Republik ein. In der zeitweise aufgeregten Debatte mischten sich Fragen der Architektur, der Fassadengestaltung und der Asbestverseuchung, der Zerstörung alter Stadtstrukturen, der DDR-Vergangenheit und nostalgische, restaurative Sehnsüchte nach der verlorenen Mitte. Spätestens seit im Sommer 1994 eine Stofffassade in Schlossumrissen die Mitte gelb erleuchtete, schien Einigkeit darüber zu bestehen, dass ein Gebäude in diesen Umrissen entstehen müsse.

Die Auseinandersetzungen um die traditionelle Mitte waren typisch für die Debatten der neunziger Jahre. Dabei ging es etwa im Stadtforum und im Berliner Fassadenstreit<sup>244</sup> vor allem um Formen wie die Größe von Grundstücken, die Höhe von Gebäuden, das Material und die Gliederung von Fassaden. Die spät in den Vordergrund tretende Frage nach den Inhalten ist jedoch in der traditionellen Mitte entscheidend: Wie gestaltet die Bundesrepublik den zentralen Platz ihrer Hauptstadt? Welche Inhalte, welche Institutionen, welche gesellschaftlichen Gruppen sollen dort präsent sein? Sollten dort Symbole gesetzt werden? Welche? Wie stellt sich die Bundesrepublik in Berlins Mitte dar? Welches Bild hat sie von sich selbst, welches Bild und vor allem welche Aussagen will sie vermitteln?

Die richtige Entscheidung, den Wettbewerb von 1994 nicht umzusetzen, kann als erste Reaktion der Politik gelesen werden, sich dieser und weiterer Fragen neu bewusst zu werden. Seitdem bewegt sich die Entwicklung nur langsam nach vorn, doch immerhin in die richtige Richtung. Am 23. August 1999 bezog der Bundeskanzler das Staatsratsgebäude als vorläufigen Amtssitz, und das Auswärtige Amt übernahm an diesem Tag das an der Front zum Werderschen Markt um ein modernes Gebäude ergänzte und renovierte Reichsbankgebäude. Damit sind Politik, Kultur und Kirche am Schlossplatz präsent. Um eine langfristige Gestaltungsidee zu finden, hat die Bundesregierung – „im Einverständnis mit dem Berliner Senat“, wie es in der offiziellen Pressemitteilung heißt – am 1. November 2000 eine internatio-

## Mitte

Einstweilen ist Berlins Mitte ein Parkplatz. Die künftige Gestaltung des Areals ist offen, auch wenn vorerst ein Konsens darüber zu bestehen scheint, dass ein Gebäude in der Kubatur des Schlosses und mit einer Schlossfassade entstehen müsse. Mit dafür verantwortlich ist die Simulation, die Mitte der neunziger Jahre auf private Initiative hin für einen Sommer errichtet wurde. Die leuchtend helle Simulation füllte die Leere und gab den Menschen ein Bild, wie ein modernes Schloss aussehen könnte. Dass das nach dem Krieg abgerissene reale Schloss von den Zeitgenossen vielfach als hässlicher, grauer Kasten empfunden wurde, geriet dabei in Vergessenheit.

Eine inhaltliche Debatte fand nur in Ansätzen statt. Dass am zentralen Platz der Hauptstadt die dort vorhandenen Gebäude relevante gesellschaftliche Kräfte symbolisieren, ist bis heute kein Thema der Auseinandersetzung. Die gesamte Diskussion konzentrierte sich weitgehend auf Fragen der Architektur und des Städtebaus. Inhaltliche Fragen spielten keine Rolle.



nale Expertenkommission eingesetzt.<sup>245</sup> Ihr Titel: „Historische Mitte Berlin“. Vorschläge „zur architektonischen Gestaltung und Nutzung einer Bebauung des Berliner Schlossplatzes“ soll das Gremium erarbeiten. Weiter hat die Kommission die Aufgabe, „ein städtebauliches Konzept für die Umgebung (Schlossfreiheit / ehem. Nationaldenkmal bis Werderscher Markt, Bauakademie, Staatsratsgebäude und die Bereiche Breite Straße / Scharrenstrasse)“ zu entwickeln. Die Arbeitsergebnisse werden dann „Basis für eine politische Grundsatzentscheidung sein“ – wann und wie auch immer sie umgesetzt werden mag.

Zweierlei ist bemerkenswert an diesem Vorgang: die Tatsache, dass und wie die Kommission zustande gekommen ist: Die Bundesregierung hat sie einberufen und der Senat hat zugestimmt. Der Impuls zur Veränderung der Situation kommt somit formell von der Bundesregierung. Der Senat von Berlin trägt die Initiative mit, aber er war nicht Urheber der Idee. Die Schlossfrage ist damit auch zur Bundesangelegenheit avanciert, aller gegenteiligen Äußerungen zum Trotz. Zehn Jahre nach der Vereinigung ist auch den Verantwortlichen des Bundes deutlich geworden, dass die Frage der Gestaltung der „Historischen Mitte“ der Hauptstadt eine überregionale Angelegenheit ist.

Interessant sind auch die politischen Vorgaben für die Kommission, die zumindest eine ungefähre Richtung vorgeben: „Geplant ist eine dem Ort angemessene Mischung aus kultureller und gesellschaftlicher, öffentlicher und privater Nutzung“ – was immer am Ende darunter zu verstehen sein wird. Zum Vorsitzenden wurde der österreichische EU-Parlamentarier Dr. Hannes Swoboda berufen. In einem Interview im Januar 2001 versprach er bis Ende des Jahres eine „klare Empfehlung“ und betonte, dass die Kommission „keine faulen Kompromisse“ eingehen, sondern eine „großartige Lösung“ anbieten werde.<sup>246</sup>

Am 17. April 2002 überreicht die Expertenkommission ihren Abschlussbericht an Bundesbauminister Klaus Bodewig und den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit und plädiert dabei für den Wiederaufbau der Schlossfassade und eine moderne Nutzung. Knapp einen Monat später, am 16. Mai 2002 trifft der Deutsche Bundestag mit 384 von 589 Stimmen die Entscheidung, das Stadtschloss entsprechend den Vorgaben der Internationalen Expertenkommission mit den drei barocken Außenfassaden und dem Schlüterhof wiederaufzubauen.<sup>247</sup>

Einen „Bau von Rang und Schönheit“ stellt man sich vor, Bundespräsident Thierse träumt davon, dass „eine der großen Museumslandschaften der Welt in der Mitte der deutschen Hauptstadt entstehen“ könne. Finanziert werden soll das Projekt hauptsächlich durch Spenden. So ungefähr ist der Status im Jahr 2003, eine rück-

wärts gewandte Notlösung also, die die Gestaltung des zentralen Platzes der Hauptstadt städtebaulich argumentiert und nicht inhaltlich. Es bleibt abzuwarten, was aus dem Projekt wird.

### **Die Politik und das Stadtbild**

Ein Jahrzehnt nach Öffnung der Mauer, die den Mythos Berlin als Bühne für in Deutschland unvergleichliche Möglichkeiten ein weiteres Mal beschwor, konnten die ersten Ergebnisse besichtigt werden. Wie nicht anders zu erwarten, waren die Kritiken gemischt. In nicht wenigen Feuilletons folgte nach dem euphorischen Aufbruch der Jahre 1990/91 die Ernüchterung. Trotz aller Beschwörungen: Das „Neue Berlin“ wollte einfach nicht so schön werden wie Paris, nicht so weltstädtisch wie London, nicht so urban wie Prag. Spreebogen, Spreeinsel, Friedrichstraße, Potsdamer Platz – allenthalben Konvention, so die Kritik, Monotonie, bestenfalls gehobenes Mittelmaß. Was waren das Debis-Hochhaus und das Kulturhaus Dussmann gegen den Grand Louvre oder die Grande Bibliothèque?

Für Berlin gar nicht so wenig, angesichts der Herausforderung, vor der die Stadt stand. Die Vergleiche mit den großen europäischen Metropolen, neben denen sich die Stadt selbst gern glänzen sieht, lagen auf der Hand, verkannten aber die Ausgangslage ebenso wie das Potenzial. Wer in Paris, London oder Prag baut, bewegt sich in einem Umfeld, das sich deutlich anders entwickelt hat als in Berlin. Die Entwicklungen waren langsamer, gemäßigter und weniger gekennzeichnet von so radikalen Brüchen wie hier. Die meisten Berlin vergleichbaren Metropolen wuchsen über Jahrhunderte in ihre Rolle als Hauptstadt und Zentrum des Landes hinein, und keine dieser Städte war auch innerhalb des Landes so umstritten wie Berlin. Wer etwa in Paris baut, bewegt sich zudem in einem tradierten Muster aus Straßen und Plätzen, aus Blockrand, Parzelle, Traufhöhe, Lochfassaden und einem limitierten Kanon von Materialien und Farben. Und wer das Zentrum von Paris als leuchtendes Vorbild für Berlin bewundert, darf nicht vergessen, dass gegen den dort seit 1977 geltenden „Plan d'Occupation des Sols (POS)“ die zeitweise heftig umstrittenen Berliner Vorschriften „zahnlos“ sind.

Während es heute in Paris darum geht, mit Neubauten „exquisite Glanzlichter im intakten Stadtbild einer etablierten Metropole“<sup>248</sup>, also verschönernde oder je nach Geschmack provozierende Akzente zu setzen, ging es in Berlin seit 1990 darum, die Funktionsfähigkeit der Stadt wiederherzustellen, die zum Teil marode Infrastruktur zweier Stadthälften zusammenzuführen und zu modernisieren sowie Entwicklungen der letzten vier Dekaden nachzuholen. Und inmitten dieses Neufindungspro-

zesses galt es als wichtigste Aufgabe, Bauten für vier Verfassungsorgane herzustellen, so dass sie arbeiten konnten.

Die den Stadtraum und das Stadtbild Berlins wesentlich beeinflussenden und gestaltenden Faktoren zeigen sich seit dem Fall der Mauer in neuer Form:

- Akteure: Die Politik spielt hier die herausragende Rolle in dreifacher Weise
- als jene institutionelle Kraft, die Leitbilder aufgreift oder formuliert und als politische Leitlinie vorgibt
  - als direkt in der Stadtplanung Handelnder und
  - als Bauherr

In Berlin waren hier wiederum vier Politikebenen beteiligt:

- der Bund, insbesondere Bundestag, Bundesregierung und nachgeordnete Behörden
- das Land Berlin mit dem Senat von Berlin und den nachgeordneten Behörden zum einen und zum anderen
- das Land Berlin mit den Bezirken sowie
- die anderen Bundesländer über den Bundesrat und als Bauherren ihrer Ländervertretungen

Diese Aufzählung macht deutlich, wie komplex das Geflecht von Akteursgruppen war und ist, selbst wenn die Differenzen innerhalb der verschiedenen Gruppen vernachlässigt werden. Immerhin entstand ein Diskussionszusammenhang, der – unabhängig von den Ergebnissen – weite Teile der politischen Elite der Bundesrepublik in einen Entscheidungsfindungsprozess über Berlin integrierte. Der Aufgabenstellung, die Schaffung einer funktionsfähigen Hauptstadt, folgend, konzentrierte sich diese Debatte auf stadtplanerische und architektonische Fragen. Am Ende wurde die Aufgabe überzeugend gelöst und die während der Hauptstadtdebatte oft gestellte Frage, ob in Berlin eine funktionsfähige Hauptstadt entstehen kann, ist beantwortet.

Solche Akteursgruppen lassen sich, wie die Beschreibung der Baugeschichte Berlins zeigt, immer wieder identifizieren. In glücklichen Fällen gelang es herausragenden Charakteren, etwa Baumeistern wie Schinkel oder Stadtbauräten wie Hoffmann, eine einflussreiche, das Planungs- und Baugeschehen prägende Stellung zu errin-

gen und sie in überzeugende Ergebnisse umzusetzen. In tragischen Fällen führten sie zum Scheitern wie beim überforderten „Baumeister“ Schlüter oder gar zu weitreichender Zerstörung, wie durch Generalbaumeister Speer.

Strukturen: Die Grundstruktur der Stadtgeographie hat stets eine wichtige Rolle für die Stadtgestaltung gespielt. Fast immer hat sie die Akteure beeinflusst, hat sie inspiriert oder provoziert. Im Fall der Hauptstadtdebatte haben die ortsfremden Akteure diese Grundfigur anfänglich deutlich unterschätzt. Im Verlauf des Prozesses erwies sie sich jedoch als so stark, dass sie erkennbar in die Entscheidungen einfluss. Vielleicht machte erst die konkrete Anschauung eines Altbaus und seiner Verankerung in der Stadtgeographie entscheidenden Akteuren klar, dass er sich z. B. als Sitz eines Ministeriums eignet.

Jede Generation von Stadtplanern und Baumeistern seit der Stadtgründung hat sich zu den vorgefundenen Stadtstrukturen verhalten und versucht, sie in ihrem Sinne zu nutzen. Die Landesherrn etwa haben der mittelalterlichen Stadt, die sich ihrer Eroberung widersetzte, mit dem Schloss und dem Schlossbezirk einen Gegenpol zum alten Zentrum um die Nikolai- und Marienkirche gegenübergestellt. Beide Strukturen haben sich mit der Zeit überlagert, gänzlich aufgelöst sind sie bis heute nicht. Andere Generationen, etwa die Schinkels, pointierten die vorgefundenen Strukturen mit die Stadtlandschaft neu interpretierenden Akzenten.

Die Nationalsozialisten wiederum versuchten, die vorhandene Stadtstruktur komplett zu zerschlagen, während die Nachkriegsplaner auf einen Neuanfang setzten. Fatal für die Stadt war beides, wenngleich in den Motiven und Folgen nicht zu vergleichen und neue Urbanität ist jedenfalls nicht entstanden. In der Nachkriegszeit hat sich der Architekt Scharoun eindrucksvoll mit der Stadtfigur auseinander gesetzt. Ihn faszinierte das mythische „Urstromtal“, in das er eine aufgelockerte Stadtlandschaft hineinsetzen wollte. Wieder ein radikaler Ansatz, der mindestens so viele Wunden schlug, wie er zu heilen versprach. Auch die DDR brach bewusst mit den überkommenen Strukturen, tilgte im alten Zentrum Symbole der Vergangenheit und ersetzte sie durch eigene Entwürfe.

Überzeugend und dauerhaft war keiner der radikalen Entwürfe des 20. Jahrhunderts, wie ein dunkler Fleck auf einem hellen Teppich schimmert die alte Figur der Mitte immer wieder durch und die Aufgabe, symbolisiert durch den leeren Schlossplatz, harrt weiter der Lösung.

Diese Sicht führt zu einer weiteren Dimension des Strukturbegriffs. Darunter lassen sich auch die Entscheidungsstrukturen und -prozesse verstehen. Im historischen Vergleich fällt auf, dass beide deutschen Demokratien, die Weimarer Republik und die Bundesrepublik, die eindeutig gemäßigten Ergebnisse hervorgebracht haben. Die oft als endlos beklagten Entscheidungsprozesse mögen oft als lähmend und wenig kreativ erscheinen und nicht selten sind sie das auch. Doch gleichzeitig waren sie weniger stadtzerstörend als die anderer Staatsformen, wie sich in Berlin besonders deutlich zeigt. Fehler sind damit keineswegs entschuldigt – aber in der Demokratie sind sie korrigierbar und das ist ihr entscheidender Vorzug.

Prozesse: Zu Beginn der Hauptstadtdebatte, um dieses Beispiel erneut zum Ausgang der Überlegungen zu machen, gab es zwischen den Hauptakteuren Bund und Land Berlin immer wieder Konflikte. Die Bonner Ansprüche etwa, Ministerien in opulenteren und weitaus besser ausgestatteten Bauten als am Rhein unterzubringen, beruhten nicht zuletzt auf einer mäßigen Kenntnis der Berliner Situation und auf einer zu optimistischen Einschätzung der finanziellen Möglichkeiten. Während der Entscheidungsfindung und ihrer Umsetzung haben sich die Positionen deutlich angenähert. Einzelne Akteure veränderten ihre anfängliche Haltung, was einerseits auf die Diskussionsprozesse, aber andererseits auch auf die nicht zu unterschätzende Eigenlogik der Situation zurückzuführen ist. Dass sich die Prozesse dabei sowohl in den formell dafür vorgesehenen Gremien wie in informellen Gesprächs- und Abstimmungskreisen vollzogen, entspricht gängiger Praxis.

Heftige Diskussions- und Entscheidungsprozesse lassen sich früh in der Baugeschichte der Stadt beobachten. Ein erster großer Konflikt entbrannte um den Bau des Schlosses im 15. Jahrhundert. Große Teile der Stadt opponierten gegen den „Zwing Cölln“, doch

nach heftigem Widerstand verlor die Stadt den mittelalterlichen Machtkampf gegen die Landesherren. Für diese war das Schloss ein politisches Symbol, in dem sich ihre Ansprüche auf Herrschaft manifestierten.

Besonders interessant, wenngleich bislang kaum analysiert, ist unter diesem Blickwinkel Schinkels Tätigkeit. Dass Projekte wie das Königliche (heute: Alte) Museum und die Bauakademie politisch durchgesetzt werden konnten, ist noch in der Rückschau verblüffend. Das Museum verkörpert mit seinem Standort und in seiner selbstbewussten, eigenständigen Formensprache Ideale und Ansprüche des Bürgertums. Bauherr war jedoch die Monarchie. Das ist eigentlich ein revolutionärer Vorgang: Die Nachbeben der Französischen Revolution waren noch höchst lebendig, in weiten Teilen Europas gährte es, die preußischen Reformen waren stecken geblieben und die politische Lage erwies sich als instabil. Schließlich kündigten tief greifende demographische Veränderungen, technische Innovationen und die Anfänge der industriellen Revolution massive gesellschaftliche Veränderungen an. Unter diesen Umständen bürgerliche Ideale vis-a-vis des Schlosses zu bauen, bleibt ein ungeheurer Vorgang. Ein ganzes Bündel von Faktoren war erforderlich, um der Idee zum Erfolg zu verhelfen: Schinkels Stellung und Reputation als Baumeister, der raffinierte Rückgriff auf griechische Stilelemente, die jenseits gesellschaftlicher Trennungslinien die unterschiedlichen Strömungen verbanden und nicht zuletzt die Verlagerung des Konflikts Bürgertum contra Monarchie auf das neutralere, konsensfähige Gebiet der Stadtplanung, Architektur und Ästhetik.

Ein drittes Beispiel, an dem der Prozesscharakter der Entstehung und Funktion von Bauten abzulesen ist, kann in Zehlendorf links und rechts der Straße Am Fischtal besichtigt werden. An der westlichen Straßenseite endet dort Bruno Tauts, Bruno Härigs und Otto Rudolf Salvisbergs im Stil der Neuen Sachlichkeit erbaute Großsiedlung „Onkel Tom“ mit ihren charakteristischen Flachdächern. An die Ostseite grenzen Häuser der unter Leitung von Heinrich Tessenow entstandenen Versuchssiedlung „Am Fischtal“ mit ihren typischen Spitzdächern an. Als „Zehlendorfer Dächerstreit“ be-

rühmt geworden, verkörpert das Nebeneinander zweier grundsätzlich unterschiedlicher Architekturauffassungen den Pluralismus der ersten deutschen Republik. Das bewusst kalkulierte Nebeneinander lässt sich durchaus interpretieren als ein klares politisches Statement, Konflikte auszuhalten.

All diese Bemerkungen beziehen sich auf die bauliche Gestaltung der Stadt, auf einige historische Beispiele und insbesondere auf die aktuellen Vorgänge. Die für den Umzug von Parlament und Regierung realisierten Bauten zum Beispiel haben Berlin verändert, haben neue Zusammenhänge und Strukturen im Stadtgefüge geschaffen, einige alte revitalisiert und neue Akzente im Stadtbild gesetzt.

Eng damit verknüpft sind die meisten anderen aktuellen Großprojekte zu sehen. Ihre Entstehung war oftmals direkt an den Umzug von Parlament und Regierung gebunden. Nur dann, so die Kalkulation der Investoren, würde sich das Engagement in Berlin lohnen. Die für die politischen Bauten gemachten Bemerkungen gelten im Grundsatz auch für diesen Sektor.

So gesehen ist die aktuelle Stadtgestalt Berlins stark, jedenfalls deutlich erkennbar durch die Politik beeinflusst. Natürlich kann das, was hier am Beispiel Berlins erläutert ist, in vergleichbarer Form auch in anderen Städten beobachtet werden, denn Planungsapparate gibt es nahezu überall, ihre Steuerung ist stets ein politischer Vorgang und insofern ist die Gestalt aller Städte politisch bestimmt, zumindest beeinflusst. In Quantität und Qualität unterscheidet sich Berlin allerdings deutlich von anderen Städten: Nirgendwo treten über die Region hinausreichende politische Einflüsse und Ausstrahlungen in so enormer Häufung auf:

Gegenstand: Die Rolle Berlins als Gegenstand wird in der Hauptstadtdebatte der neunziger Jahre besonders deutlich. In dieser Auseinandersetzung avancierte Berlin zunächst zum Gegenstand einer nationalen Diskussion. Die politische Elite der Bundesrepublik debattierte intensiv und breit über die Eignung der Stadt für diese Aufgabe. Die bauliche Gestaltung des Reichstagsgebäudes, des Bundeskanzleramtes, der Ministerien, aber auch des Holocaust-Mahnmals erwiesen sich dabei als wichtige Themenfelder, an denen sich die Diskussionen abarbeiteten, wobei praktische, ästhetische und zahlreiche andere Gesichtspunkte ineinander flossen. International fanden die Debatten ein beachtliches Echo und Interesse, wie allein die rege internationale Beteiligung an den Ausschreibungen für die Bundesbauten zeigte. Alles in allem dürfte es im 20. Jahrhundert neben der Dis-

kussion um Brasilia weltweit höchstens noch eine Hand voll weiterer Debatten gegeben haben, in denen so intensiv über die bauliche Gestalt einer Hauptstadt diskutiert wurde.

In der Rolle als Gegenstand einer Auseinandersetzung, deren Bedeutung weit über die Stadt hinausreichte, fand sich Berlin immer wieder. Als etwa die DDR ihre Hauptstadt baulich gestaltete, verlief der Prozess zwar deutlich anders als bei der Entscheidung Anfang der neunziger Jahre, doch auch hier wurde ein Kernstück der Stadt zum Gegenstand, über den in diesem Fall keine demokratische Debatte, sondern die Elite der DDR verfügte.

Besonders ausgeprägt war die Rolle Berlins als Gegenstand im Kalten Krieg. Mit der Mauer avancierte ein Bauwerk in Berlin zum Symbol der Teilung der Welt. Das verschlossene Brandenburger Tor stand für einen Zustand, in dem diskutiert und entschieden wurde über Berlin, selten jedoch in und durch Berlin. Als schließlich Anfang der siebziger Jahre die Stadt zum Test für die Entspannungspolitik avancierte, symbolisierte die partielle Durchlässigkeit der Mauer den Paradigmenwandel jener Zeit.

Das Bestreben, die Stadt als Gegenstand zu nutzen und baulich zu gestalten, lässt sich bis ins frühe 15. Jahrhundert zurückverfolgen. Auch die sich etablierenden Landesherren nutzten die Stadt als Gegenstand, um ihre Ziele zu verwirklichen. Das Schloss versinnbildlichte nach innen den Herrschaftsanspruch der Landesherren gegenüber den einst freien Stadtbürgern. Die Wahl des Bauplatzes am Rande der mittelalterlichen Stadt an einer strategisch verheißungsvollen Stelle, barg das Potenzial, das überkommene Stadtgefüge aus den Angeln zu heben. Doch die Nutzung der Stadt als Gegenstand einer anspruchsvollen Machtpolitik zielte auch nach außen. Der immer wieder vorangetriebene Ausbau des Schlosses verdeutlichte den Anspruch und Rang, den das Herrschaftshaus überregional anstrebte

Die Linie politisch motivierter Stadtgestaltung setzte sich fort bis in die Gegenwart. Konzentrierte sich der Gestaltungswille bis ins 19. Jahrhundert stark auf das Schlossareal, so begannen sich im Kaiserreich und spätestens nach dessen Ende 1918 die Schwerpunkte des Interesses zu verlagern. Reichstag und Wilhelmstraße wurden

nun zu den politisch entscheidenden Zentren, auf die sich das gestalterische Interesse konzentrierte, und ökonomisch gewannen die am Rand der alten Stadt entstandenen Industriequartiere an Bedeutung.

Die Mitte selbst verlor in dieser Hinsicht an Gewicht. Die erste Republik wusste lange nichts mit ihr anzufangen, verzichtete auf eine „republikanische“ Gestaltung und erkannte erst spät die symbolische Bedeutung des Areals. Die Umgestaltung der Neuen Wache zum Mahnmal für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges blieb bis zum Untergang der Republik die wichtigste Umbaumaßnahme.

Der Nationalsozialismus kümmerte sich gleichfalls kaum um die traditionelle Mitte. Seine Vertreter waren auf die Überwindung der republikanischen „Systemzeit“ fixiert, planten die vollständige Beseitigung der alten Stadt und hatten vor, ein brachiales Ost-West- und Nord-Süd-Achsenkreuz in den Stadtgrundriss zu stanzen.

Dass die DDR sich die alte Mitte wieder aneignete und in ihrem Sinne gestaltete, ist angesichts mangelnder Alternativen unmittelbar einsichtig.

Die Bundesrepublik schließlich hat die Dimension der Aufgabe erst zum Teil erfasst. Erscheint die Anknüpfung der Hauptstadtgestaltung an das Areal um das Reichstagsgebäude logisch, so wurde für die Mitte bislang keine Lösung gefunden. Die Rekonstruktion der Schlosskubatur mag städtebaulich zwingend erscheinen, die geplante Nutzung als Museum und Bibliothek verfehlt die Aufgabe in fast grotesker Weise. Bislang benutzt die halbherzig geführte Auseinandersetzung den zentralen Stadtplatz als Gegenstand und Spielball nachvollziehbarer, aber auch streitbarer institutioneller Interessen. Zugespitzt kann dies als Kapitulation vor einer modernen Stadtgestaltung gelesen werden. Eine Gesellschaft, die mit ihrem wichtigsten Platz nichts anderes anzufangen weiß, als ihn museal „auszustopfen“ hat vor dieser Gestaltungsaufgabe im Grunde kapituliert.

Genau aus diesen Gründen ist die Debatte relevant: Denn am Schlossplatz geht es gar nicht nur, und vielleicht nicht einmal in erster Linie, um die Gestaltung des zentralen Platzes der Hauptstadt, sondern vor allem um das Selbstverständnis einer zu Beginn des

21. Jahrhunderts beträchtlich irritierten Gesellschaft. Die bislang gefundene Form und der anvisierte Inhalt sind weder innovativ noch weisen sie, bei allem Respekt vor der Bedeutung von Museen und Bibliotheken, in die Zukunft. Einer Gesellschaft, der nicht mehr einfällt als ein kulturelles Dienstleistungszentrum und die nicht mehr Kraft aufbringt, als den dürftigen Konsens, ein überkommenes Schloss mehr oder minder modern zu rekonstruieren, hat offenkundig weder eine ernsthafte Gestaltungskraft noch entsprechende Ambitionen. Schinkel jedenfalls wäre niemals auf die Idee gekommen, eine solche Chance verstreichen zu lassen.<sup>249</sup>

Insofern ist Berlin ein ungeliebter „Gegenstand“. Die Gestaltungsversuche des letzten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts wirken angestrengt und gleichen in nicht wenigen Fällen Reflexen auf historische Phantomschmerzen. Viele Gebäude wirken wie aus der postmodernen Schublade gesampelte Kisten, wirklich ambitionierte Bauten sind – von wenigen Ausnahmen, etwa dem Bundeskanzleramt, abgesehen – nicht entstanden.

Schauplatz: Das Motiv, Stadt als Gegenstand zu nutzen, manifestiert sich fast immer in der Errichtung oder Umgestaltung von Stadtquartieren oder Bauwerken. Deshalb ist die Rolle der Stadt als Gegenstand eng mit ihrer Funktion als Schauplatz verknüpft. In der Hauptstadtdebatte war die Stadt auch Schauplatz der Auseinandersetzung. Ein Teil der Debatte wurde in der Stadt geführt: In Diskussionsrunden, Hintergrundgesprächen, Führungen und Besichtigungen versuchte sich Berlin als legitimer und angemessener Ort für Parlament und Regierung zu profilieren. Berlin war dabei zwar ein wichtiger, aber beileibe nicht der einzige Schauplatz. Gefällt wurde die Entscheidung schließlich in Bonn und an zahlreichen weiteren Orten, nicht zuletzt in den Hauptstädten der Bundesländer wurde das Thema diskutiert. Nach der Entscheidung schließlich wurde Berlin zu dem Ort, an dem der größte Teil der Entscheidung baulich umgesetzt wurde.

Die Funktion als Schauplatz lässt sich auch in anderen stadtplanerischen Debatten beobachten. Die anspruchsvollsten Versuche, den Stil des Barock in Nordeuropa neu zu interpretieren und baulich umzusetzen, vollzogen sich etwa mit Schlüters Wirken in Berlin.

Seine Gestaltungsideen für das Zeughaus und das Stadtschloss sowie sein schließlich gescheiterter Versuch, mit dem Münzturm das höchste Gebäude Europas zu errichten, konzentrierten sich alle auf einem Areal von wenigen tausend Quadratmetern im Stadtzentrum und Schlüter mag in dieser Konzentration die Vision eines neuen, wegweisenden barocken Gesamtkunstwerks vor Augen gehabt haben.

Ein weiteres Beispiel ist die einflussreiche Auseinandersetzung um das Denkmal für Friedrich II. zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Auch hier war Berlin der zentrale Schauplatz einer Debatte, die sich zwischen den Baumeistern und Künstlern abspielte und die eine enorme überregionale Ausstrahlung entfaltete.

Schließlich lieferte Berlin in der Weimarer Republik maßgebliche Beispiele für die am Bauhaus und an der Neuen Sachlichkeit orientierten Auffassungen des Neuen Bauens; und im Nationalsozialismus nutzte Hitlers Architekt Albert Speer die Stadt als Experimentierfeld einer jede menschliche Dimension verachtenden Stadtplanung und Architektur.

Die Stadt Berlin mit ihren zahlreichen Brüchen und abgebrochenen oder gescheiterten Experimenten eignet sich offenkundig ganz besonders als Schauplatz städtebaulicher und architektonischer Visionen. Die politisch wechselnden und zu keiner Zeit – wie noch zu zeigen sein wird – ins monolithische erstarrenden Verhältnisse eröffnen, anders als in jeder anderen deutschen, wahrscheinlich europäischen Stadt, Spielräume und Möglichkeiten, die zur Gestaltung herausfordern. Diese Provokation ist so stark, dass die Stadt in günstigen Zeiten selbst zum visionären Akteur werden kann.

Akteur:

In der Hauptstadtdebatte, um dieses Beispiel ein letztes Mal in diesem Zusammenhang zu bemühen, war Berlin einer der wichtigen Akteure und Interessenvertreter. Nahezu geschlossen warb die städtische Elite für Berlin als Hauptstadtstandort, war aber allein zu schwach, um diese Entscheidung durchsetzen zu können.<sup>250</sup> Im Kontext der Auseinandersetzung und der Zusammenführung beider Teilstädte erwiesen sich in den neunziger Jahren drei Kriterien als besonders einflussreich. Berlin hat sie als Akteur mitdefiniert und zum Teil gelten sie nach wie vor:

- An erster Stelle steht das Leitbild der europäischen Stadt, der Versuch, eine Stadtidee zu formulieren, Traditionslinien deutlich und für den Stadtumbau fruchtbar zu machen und sie in die praktische Politik einfließen zu lassen, wie etwa in das wichtige Planwerk Innenstadt. Das Leitbild der europäischen Stadt kann dabei auch als Absage an das amerikanische Modell der Agglomeration mit ihren indifferenten Stadtkernen und Hochhäusern gelesen werden.
- Eines der wichtigsten mit dieser Idee verbundenen städtischen Gestaltungsinstrumente ist die Bauvorschrift der Traufhöhe. Wie ein Symbol verkörpert es die heimische Idee von Stadt. Und in der Tat: Von Ausnahmen wie dem Potsdamer Platz oder dem Alexanderplatz abgesehen, bestimmt die so festgelegte Höhe der Gebäude maßgeblich die Stadtgestalt.
- Der dritte Punkt, das ökonomische Leitbild von der europäischen Dienstleistungsmetropole, entstand Anfang der neunziger Jahre. Berlin begann sich als postindustrielle Metropole zu verstehen. Dementsprechend wurde der mit dem Zusammenbruch der DDR einhergehende Niedergang der Industrie als notwendige Durchgangsstation gesehen und gar nicht ernsthaft bekämpft, wie es möglich und nötig gewesen wäre. Inzwischen ist diese Vision ebenso „verbrannt“ wie Milliarden von Euro an den neuen Märkten der Weltbörsen. Die Folge: Einstweilen stehen tausende von in den neunziger Jahren mit Blick auf die künftige Dienstleistungsmetropole entstandene Büros leer und der Immobilienmarkt liegt danieder.

Als gestaltender Akteur ist die Stadt damit vorerst in einem zentralen Punkt gescheitert, auch wenn die Gesamtbilanz keineswegs negativ ist. Denn die schwierige Zusammenführung der beiden Stadthälften nach Jahrzehnten der Teilung ist im Grundsatz gelungen, selbst wenn es ästhetische Einwände geben mag.

Damit ist die nächste Etappe einer Entwicklung erreicht, die sich seit der Stadtgründung beobachten lässt: Stets erwies sich die Stadtgestaltung als eminent politischer Prozess, in dem lokale und regionale mit überregionalen Einflüssen verschmolzen. Gestaltete die Stadtelite im Mittelalter Berlin und Cölln nach ihren Vorstellungen

gen, so kam es mit dem neuen Anspruch der Landesherren in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts und dem Schlossbau zu einem konkurrierenden Ansatz – ein Dualismus, der sich in wandelnder Form immer wieder beobachten lässt.

Bemerkenswert sind hier vor allem jene Abschnitte, in denen die Stadt ihr Gesicht selbst aktiv gestaltete, etwa im 19. Jahrhundert mit James Hobrecht, der ähnlich Haussmann in Paris, mit großer Geste versuchte, die überkommenen Strukturen zu modernisieren. Weitere Beispiele, die über Berlin hinauswiesen, sind der Siedlungsbau unter Stadtbaurat Martin Wagner in den zwanziger Jahren, als das Neue Bauen in bemerkenswertem Umfang den Mietskasernenbau ergänzte. Auch die behutsame Stadterneuerung der achtziger Jahre zählt zu dieser Linie.

Stets war die bauliche Gestalt der Stadt also entscheidend politisch mitbestimmt. Die Inanspruchnahme Berlins als politische Plattform und daraus resultierende Planungen erklären zu einem beträchtlichen Teil das Aussehen der Stadt. In gewisser Weise spiegelt Berlin dabei auf eine merkwürdige Art die gesamte Situation der Bundesrepublik. Wie der föderalistische, mit starken Regionalzentren ausgestattete Gesamtstaat, hat die Stadt eine dezentrale Struktur ohne wirkliches Zentrum. Die historische Mitte ist einstweilen ein provisorisch gestalteter Ort. In der Hektik der aufgewühlten neunziger Jahre die Zukunft nicht voreilig verbaut zu haben – da sind schlechtere Zwischenergebnisse vorstellbar.<sup>251</sup>

Bemerkenswert war die Rolle, die die Stadt Berlin in diesem Prozess gespielt hat. Im Spannungsfeld der Interessen von Bund, privaten Investoren und Erwartungen der Bevölkerung war es immerhin gelungen, den Prozess zu moderieren. Der übliche institutionelle Politikrahmen und neue Instrumente wie das Stadtforum erbrachten dieses Ergebnis, auch wenn sich Neuaufbau und Umbau wesentlich in den traditionellen Stadtstrukturen vollzogen.

Drohte die Stadt angesichts der übermächtigen Interessen zeitweise zum Spielball zu werden, gelang es durch kluges Management, differenzierte Entscheidungsverfahren und neu entwickelte Instrumente, eigene Impulse zu setzen. Das kann als Ermutigung begriffen werden. Als kurz- und mittelfristiges Problemmanagement war der Prozess aus Berliner Sicht jedenfalls ein Erfolg. Langfristige Perspektiven und eine Vorstellung davon, was für eine Metropole Berlin sein kann und soll, blieben dagegen vage.

Wem gehört Stadt in Zukunft, wie soll sie aussehen und welche Funktionen kann

und muss sie erfüllen? Diese Fragen, die sich im Zentrum auf engsten Raum fokussieren, für die gesamte Hauptstadt zu formulieren und überzeugende Antworten zu finden, bleibt die stadtplanerische Aufgabe des 21. Jahrhunderts.



### 3. Dritte Erkundung

#### „Ish bin ein Bearleener“ – unter verwegenen Menschen

##### Bekenntnisse und Motive

Der berühmteste Berliner war nur wenige Stunden in der Stadt. An einem Mittwochmorgen landete er um exakt 9:39 Uhr mit einer Boeing 707 in Tegel, fuhr mit dem Wagen durch die Stadt, hielt eine Ansprache vor Gewerkschaftern, wurde nach Schöneberg gefahren und ließ dort in letzter Minute die entscheidenden Wörter in seine zweite Ansprache redigieren. Dann trat er auf den Balkon, begann zu sprechen und sagte zum Schluss die für ihn mühsamen Worte: „Ish bin ein Bearleener.“<sup>252</sup>

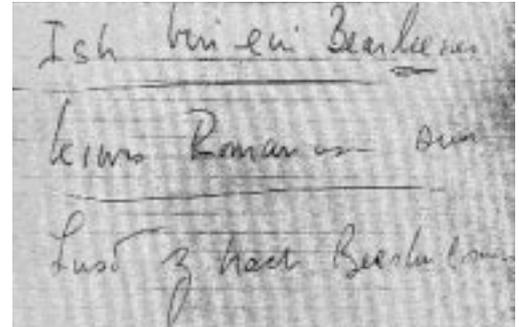
Berlin provoziert Bekenntnisse, gleich ob emphatische Zustimmung wie bei dem amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy am 26. Juni 1963 auf dem Balkon des Rathauses Schöneberg, oder heftige Ablehnung wie bei Fjodor M. Dostojewski, der 1874 in einem Brief an seine Frau resignierend notierte: „Aber mein Gott, was für eine langweilige, entsetzliche Stadt ist Berlin.“<sup>253</sup> Für beides lassen sich hunderte von Belegen finden, von heimatseligen Anekdotenbüchern bis zur Sammlung der schönsten Berlin-Beschimpfungen.<sup>254</sup>

Die Beobachtung, dass Berlin Bekenntnisse herausfordert, wird gerne als Beleg für Berlins Besonderheit genommen – und für Deutschland trifft das zu. Das Besondere besteht darin, dass Berlin seit dem späten 19. Jahrhundert Deutschlands einziger „Schmelztiegel“ ist. Wie keine zweite deutsche Stadt ist Berlin durch Zuzug gewachsen.<sup>255</sup> Vor allem während der Industrialisierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts expandierte die vergleichsweise bedeutungslose Spreeresidenz zu einem der europäischen Industriezentren. Zählte das Gros der Zuwanderer vorerst zu den ärmeren Schichten, so wurde Berlin mit der Reichsgründung 1871 zunehmend auch für die Eliten aus Wirtschaft, Verwaltung, Politik und Kultur attraktiv. Selbst in wirtschaftlich schlechten Zeiten schien die größte deutsche Stadt immer noch mehr Möglichkeiten zu bieten als die anderen Städte oder agrarisch geprägte Regionen.

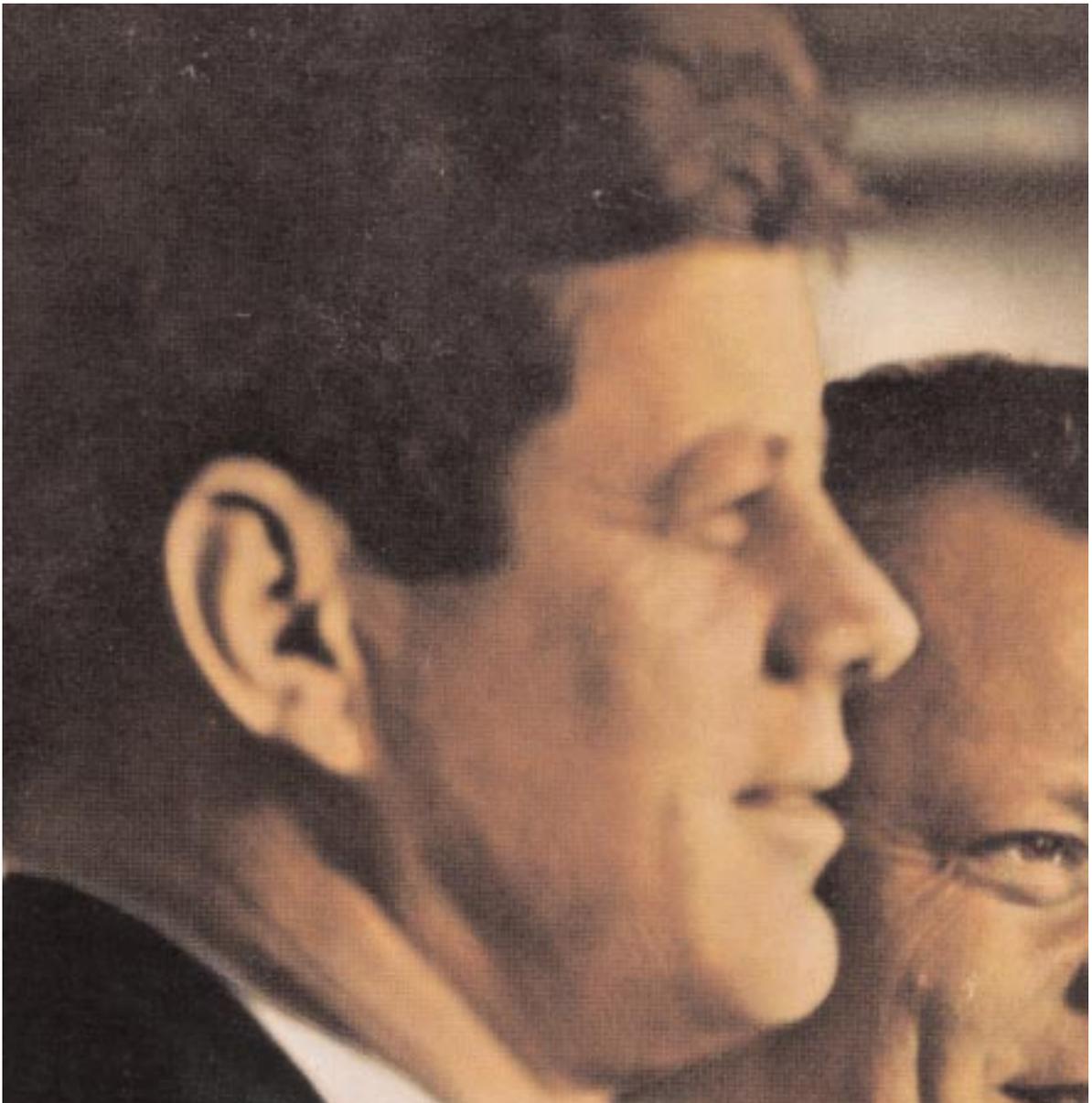
Allerdings erfüllten sich die Hoffnungen der Zuwanderer nicht immer. Den viel zitierten Beispielen insgesamt gelungener Integration ganzer Gruppen – etwa der Hugenotten<sup>256</sup> – oder individuellen Karrieren von Zugezogenen – so der kometenhafte Aufstieg des aus Ostpreußen stammenden und in Berlin zum „Eisenbahnkö-

**Ish bin ein Bearleener**

Als der US-amerikanische Präsident John F. Kennedy am 26. Juni 1963 Berlin besuchte, redigierte er erst in letzter Minute das berühmte Bekenntnis in seine Rede. Der Empfang in der Stadt hatte den 1917 geborenen und wenige Monate nach seinem Berlin-Besuch, am 22. November 1963, ermordeten Präsidenten so beeindruckt, dass er sich dazu bekannte, Berliner zu sein.



Ish bin ein Bearleener  
Keine Romanen in der  
Lust z haet Berlin



nig“ avancierten Bethel Henry Strousberg<sup>257</sup> – standen nicht selten Enttäuschungen, Rückschläge, Untergänge gegenüber: die Verfolgung, Ermordung und Vertreibung der Juden im späten Mittelalter,<sup>258</sup> die elenden Arbeitsbedingungen und Wohnverhältnisse des in den Berliner Fabriken und Mietskasernen zusammengepferchten Proletariats in der zweiten Hälfte des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts,<sup>259</sup> schließlich der Massenmord an den Juden 1933–45.<sup>260</sup> Zuwanderung blieb stets eine risikoreiche Expedition mit ungewissem Ausgang.

Was Berlin dennoch anziehend machte, war das Versprechen auf eine bessere Zukunft, waren relative Toleranz und Liberalität und vor allem ab Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende der „goldenen Jahre“ der Weimarer Republik Größe, Vielfalt sowie eine prosperierende Ökonomie.<sup>261</sup> Wer nach Berlin ging, kam nicht selten bewusst in diese Stadt, wählte sie als Ziel und neue Wohnstadt, fast immer, um das eigene Glück zu versuchen oder einer Bedrohung zu entgehen. Die Stadt versprach Aufstieg, zumindest Auskommen und die Chancen, dass sich diese Hoffnungen erfüllten, schienen so schlecht nicht. Diese sich vielfach überlappenden Motive, gepaart mit vielfältigen Erwartungen und Hoffnungen, erklären die heterogene Zusammensetzung Berlins.

Bemerkenswert ist, dass die Stadt die Zuwanderer in einer erstaunlichen Weise absorbierte und es kaum zur Bildung von Gettos kam. Verantwortlich dafür war vor allem das zeitweise explosive Wachstum. Ende des 19. Jahrhunderts überstieg die Zahl der Zuwanderer die der Stammbevölkerung um ein Vielfaches. In den 101 Jahren von 1800 bis 1900 war die Einwohnerzahl Berlins von 170.000 auf 1,9 Millionen angewachsen. Die Stadt sog die Neuen auf, sie blieben nicht, wie im Süddeutschen „Neigschmeckte“, oder in Norddeutschland einfach „Fremde“, denen oft über Generationen der soziale Aufstieg gegenüber den Alteingesessenen versagt war.

Ein weiterer Grund, der die enorme Absorptionskraft Berlins erklärt, ist die dezentrale Struktur der Region. Die heutige Stadt gibt es erst seit 1920. Zuvor existierten zwar in Alt-Berlin und den umliegenden Städten Verdichtungen einzelner Bevölkerungsgruppen in bestimmten Straßenzügen und Vierteln, aber zu einer Gettobil- dung, wie etwa in den Städten Osteuropas, kam es nicht. Die Region blieb vergleichsweise durchlässig und offen. Selbst zu Zeiten der Spaltung 1948/49–90 hat sich in West-Berlin mit der Zuwanderung vor allem von Türken in Kreuzberg und Neukölln zwar ein lokaler Schwerpunkt gebildet, mit einem klassischen Getto hatte das jedoch nichts zu tun.<sup>262</sup>

Nach der Vereinigung blieb die Verteilung der Milieus zunächst wenig verändert bestehen. Die Umzüge zwischen Ost und West lagen deutlich unterhalb der Wande-

rungsbewegungen innerhalb der Bezirke – Ost und West blieben vorerst weit gehend unter sich. Erst Ende der neunziger Jahre brachen die zu Zeiten der Teilung gebildeten Muster durch beträchtliche Ab- und Zuwanderungen allmählich auf.

### **Jäger und Sammler**

Wer die erste Berlinerin oder der erste Berliner war, ist nicht bekannt. Die ältesten Spuren menschlichen Lebens in der Region stammen aus der Altsteinzeit. Im „Rixdorfer Horizont“ in Neukölln fanden sich in einer Sand- und Kiesablagerung Knochen und in Spandau wurden von Menschen bearbeitete Mammut-, Rentier- und Riesenhirschknochen entdeckt. Spuren in größerem Umfang gibt es aus der Zeit nach der letzten Eiszeit um 20000 vor Christus. Reste von Feuerstellen, Gruben und Feuersteingeräte aus dem 10. und 9. Jahrtausend vor Christus, die auf Gruppen von 10–15 Personen schließen lassen, belegen, dass Rentierjäger den Berliner Raum als Jagdgebiet nutzten. Seit dieser Zeit ist eine kontinuierliche Besiedlung des Raumes nachweisbar.<sup>263</sup>

Von der mittelsteinzeitlichen Jägerkultur, etwa 8000 bis 3000 vor Christus, sind vergleichsweise viele Funde aus der Region erhalten. Knochen, Geweihgeräte und vor allem die Steingeräte lassen technische Fortschritte erkennen. Aus der anschließenden Jungsteinzeit bis etwa 1800 vor Christus gibt es erste Anzeichen von Sesshaftigkeit.

Die Technik des Bronzegusses gelangte um 1800 vor Christus nach Berlin – eine technische Revolution. Neue, stabilere und effektivere Jagdwaffen und Werkzeuge veränderten das Leben. In dieser Zeit entstanden erste Siedlungen mit einfachen Hütten. Dennoch war der Berliner Raum zu dieser Zeit vergleichsweise menschenleer, allenfalls einige hundert oder tausend Menschen dürften hier als Jäger und Sammler oder einfache Ackerbauern gelebt haben. Eine Besiedelung in nennenswertem Umfang ist etwa seit 500 vor Christus nachweisbar. Germanische Bevölkerungsgruppen ließen sich im Berliner Raum nieder und siedelten vorrangig auf den waldreichen Anhöhen von Teltow und Barnim.

In den Jahrhunderten nach Christi Geburt besiedelten vor allem elbgermanische Semnonen die Region, ein Volksstamm der westgermanischen Sweben, die der römische Historiker Tacitus in seinem Werk „Germania“ erwähnt. Um 200 nach Christus erreichten zudem aus dem Oder-Weichsel-Gebiet die etwa 300 Jahre zuvor aus Skandinavien eingewanderten germanischen Burgunden die Gegend, die sie allerdings ebenso wie die Semnonen rund 200 Jahre später wieder verließen.

## Handel und Berliner Schnauze

Um die Mitte des 7. Jahrhunderts drangen slawische Stämme in das Spree-Havel-Gebiet ein. Aus dieser Zeit sind zahlreiche Siedlungsfunde vor allem aus Köpenick und von der Mündung der Spree in die Havel bei Spandau erhalten. Die wohl älteste slawische Burganlage wurde wahrscheinlich im 9. Jahrhundert in Köpenick angelegt an einer strategisch günstigen Lage auf einer Insel im Zusammenfluss von Spree und Dahme. Als Kaiser Lothar III. 1134 den askanischen Markgrafen Albrecht den Bären mit der Mark Brandenburg belehnte und dieser 1157 den slawischen Fürsten Jaxa vertrieb, schwand der slawische Einfluss.

Eine Ahnung davon, wie die Menschen jener Zeit gelebt haben könnten, gibt das Museumsdorf Düppel in Zehlendorf. Dort legten Archäologen ab 1967 Reste eines Dorfes aus der Frühzeit der so genannten Ostsiedlung aus dem Ende des 12. Jahrhunderts frei. Auf historischem Grundriss entstanden über ein Dutzend Gebäude aus Holz und mit schilfgedeckten Dächern. Wohn- und Lagerhäuser, Stallungen, Handwerksstätten und Bauerngärten vermitteln einen Eindruck vom Leben jener Zeit.<sup>264</sup>

Ob der günstige, zwischen den Orten Köpenick und Spandau gelegene Spreeübergang zu dieser Zeit schon ständig besiedelt war, ist nicht sicher. Ab 1237 urkundlich belegt, entwickelte sich die Doppelstadt Berlin-Cölln rasch zur einflussreichsten Siedlung der Region und etablierte sich im 13. und 14. Jahrhundert als Handelsstadt. Die Zahl der Einwohner wird zu dieser Zeit auf beachtliche 5.000 geschätzt, die der älteren Stadt Spandau auf etwa 1.100 und die Köpenicks auf etwa halb so viele. Wie unbedeutend die Spree-Havel-Region zu dieser Zeit war, zeigt der Vergleich mit Köln, der größten deutschen Stadt, in der ungefähr 40.000 Menschen lebten.

Als Handelsstadt war Berlin im späten Mittelalter ein Treffpunkt der Händler und Handwerker. Je nach Rang und Stellung boten sie ihre Waren in festen Buden, auf Ständen, vom Wagen oder direkt vom Korb an. Einen Einblick in die mittelalterliche Bevölkerungsstruktur und Rangordnung geben die Prozessionsordnungen. Sie unterschieden neben der Geistlichkeit vier weitere Bevölkerungsgruppen:

- Bürgermeister, Angehörige des Rates und des Gerichts sowie die alten Geschlechter,
- die Vertreter der vier angesehensten Handwerke und reiche Bürger,
- die übrigen Handwerker und Bürger sowie

- die Hausleute, Tagelöhner und das Gesinde.

Das unterschied sich im Grunde wenig von anderen Städten. Einen tieferen Einblick gibt ein außergewöhnliches Dokument, das die Besonderheiten des mittelalterlichen Lebens der Stadt Berlin belegt – der „Berliner Totentanz“<sup>265</sup> in der Marienkirche: Das Fresko zeigt 14 geistliche Vertreter im Dialog mit dem Tod, denen 14 weltliche Vertreter, gleichfalls im Dialog mit dem Tod, gegenüberstehen: Kaiser, Kaiserin, König, Herzog, Ritter, Bürgermeister, Wucherer, Junker, Kaufmann, Handwerker, Bauer, Krügerin, Narr und eine Mutter mit Kind. Aufschlussreich sind die noch nach über 500 Jahren lebensecht wirkenden Dialoge. So fordert der Tod etwa die Krügerin auf: „Krügerin, ihr müsst auch schon mit! / Falsch zapfen, abrechnen ist immer eure Sitte. / Legt das falsche Maß aus eurer Hand! / Eure betrügerische Falschheit ist gewiss bekannt. ...“ Schlagfertig entgegnet die Krügerin: „Ach grauenhafter Tod, du bist schon hier? / Nimm den Toren! Ich geh und zapfe Bier. ...“<sup>266</sup> Der Grundton des Berlinischen scheint gefunden.

### **Wachstum und Expansion**

Vom ausgehenden Mittelalter bis zum 17. Jahrhundert stieg die Zahl der Bewohner von 5.000 bis 6.000 auf über 10.000 an und sank nach dem Dreißigjährigen Krieg 1618–48 auf 6.000. Aus dieser Zeit datiert eine der für die Stadt folgenreichsten Zuwanderungswellen. Nach dem Krieg herrschte Bedarf an neuer Bevölkerung und die brandenburgischen Kurfürsten förderten, wie andere Landesherren, gezielt den Zuzug Fremder. Kamen zunächst vor allem Friesen und Holländer<sup>267</sup>, so weiteten sich die Anwerbebemühungen ab 1660 auf Glaubensflüchtlinge verschiedener Teile Europas aus.

Als Erste kamen die Juden zurück. Nachdem sie 150 Jahre zuvor nach einem Pogrom aus der Mark Brandenburg vertrieben worden waren, warb nun der kurfürstliche Gesandte in Wien um ihren erneuten Zuzug. Am 21. Mai 1671 wurde das „Edikt wegen aufgenommenener 50 Familien Schutzjuden“ veröffentlicht, der Ausgangspunkt für die Bildung einer neuen jüdischen Gemeinde in Berlin.<sup>268</sup> Die zahlenmäßig größte Zuwanderergruppe stellten bald darauf die im katholischen Frankreich verfolgten Protestanten, die Hugenotten. Wegen ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten in verschiedenen Gewerben besonders umworben, wurden ihnen finanzielle Vergünstigungen und soziale Privilegien versprochen und gewährt. Nach Erlass des Edikts von Potsdam<sup>269</sup> 1685 wanderten bis zur Jahrhundertwende gut 15.000 Hugenotten nach Brandenburg, von denen sich etwa 6.000 in Berlin ansiedelten, wo nunmehr jeder vierte Einwohner französischer Herkunft war. Daneben kamen wei-

tere Gruppen, darunter Orangeois, Pfälzer, Welschschweizer, Böhmen.<sup>270</sup> Politisch motivierte religiöse Toleranz und ökonomische Chancen waren zu jener Zeit die Hauptgründe für diesen Zuwanderungsschub.

Die kurfürstliche Bevölkerungspolitik und der Zusammenschluss Berlins mit den am Ende des 17. Jahrhunderts entstandenen Vorstädten führten zu einem Anstieg der Einwohnerzahl auf über 57.000 im Jahr 1709. Berlin expandierte weiter und unter Friedrich II. wuchs nicht zuletzt durch die Vergrößerung der Armee die Einwohnerzahl auf über 113.000 Mitte des 18. Jahrhunderts und lag an der Wende zum 19. Jahrhundert bei rund 170.000. Damit war Berlin immerhin eine Großstadt, wenn auch bei weitem nicht vergleichbar mit den wirklichen Metropolen, die, wie Moskau rund 250.000, wie Paris über 580.000 und wie London schon fast eine Million Einwohner zählten.<sup>271</sup>

Den größten Zuzug erlebte Berlin ab Mitte des 19. Jahrhunderts.<sup>272</sup> War die Bevölkerungszahl über lange Zeit vergleichsweise langsam angestiegen, so vervierfachte sie sich nun innerhalb weniger Jahrzehnte auf 825.000 im Jahr der Reichsgründung. Dabei vergrößerte sich auch das Stadtgebiet durch die Eingemeindung von Moabit, Wedding und Gesundbrunnen im Jahr 1861. Nach der Reichsgründung hielt der Zuzug an und bewirkte in den gut vier Jahrzehnten bis zum Ersten Weltkrieg den weiteren Anstieg der Bevölkerungszahl innerhalb der traditionellen Stadtgrenzen auf zwei Millionen.

Die Zuwanderer kamen in erster Linie aus den landwirtschaftlich geprägten Gebieten östlich der Elbe; Pommern und Schlesien stellten die umfangreichste Gruppe. Der größte Teil dieses neuen städtischen Proletariates fand Unterkunft in den Mietskasernen im Norden und Osten Berlins, wo die Stadt ähnlich dramatisch expandierte wie die angrenzenden Vorstädte im wassernahen Umland, das den neuen Fabriken und Industriesiedlungen Entfaltungsraum bot. Die Bevölkerungszahl der stadtnahen Siedlungen wuchs bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges von etwa 100.000 im Jahr 1871 auf über 1,7 Millionen an, so dass im gesamten Ballungsraum nun fast 3,7 Millionen Menschen lebten – etwa ebenso viele wie in Paris. Hoffnung auf Arbeit, sozialer Aufstieg und bessere Chancen für die nächste Generation waren die zentralen Zuzugsmotive jener Epoche.

Dies änderte sich nach dem Krieg nur zum Teil. Verluste durch den Krieg, politische Unruhen und wirtschaftliche Krisen ließen zwar einen Bevölkerungsrückgang erwarten; tatsächlich aber wurde das Bevölkerungswachstum nur kurz unterbrochen. Mit der Bildung Groß-Berlins 1920 erstreckte sich die Stadt nun über 878 Quadratkilometer und war damit flächenmäßig für einen historischen Augenblick eine der

größten Städte der Welt. Auch bezüglich der Einwohnerzahl wuchs Berlin in diesen Jahren zu einer der großen Metropolen: Wohnten 1920 in New York City 5,6 (im Ballungsraum 6,5) Millionen Menschen, in London 3,4 (7,5) Millionen und in Paris 2,9 (4,2) Millionen, so nahm Berlin mit 3,9 Millionen Bewohnern den zweiten Rang ein. Keine andere Stadt war in vergangenen 120 Jahren so rasch gewachsen: Hat-ten sich die Einwohnerzahlen Londons mit dem Faktor 3,5, die von Paris mit fünf und die von New York City mit sieben multipliziert, so lebten in Berlin nun 22 Mal so viele Menschen wie im Jahr 1800.

Das enorme wirtschaftliche Potenzial, die differenzierte Wirtschaftsstruktur und nicht zuletzt die kulturelle Ausstrahlung versprachen trotz insgesamt eher düsterer Aussichten und schwieriger Rahmenbedingungen individuelle Chancen. Trotz eines vorübergehenden Rückgangs während der Weltwirtschaftskrise stieg deshalb die Einwohnerzahl nochmals an und belief sich 1933 auf 4,24 Millionen.

In den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft 1933–45 setzte sich das Wachstum abgeschwächt fort. Die Zählung von 1939 registrierte 4,32 Millionen Einwohner und ihre Fortschreibung brachte 1943 mit 4,49 Millionen den bis dahin höchsten Bevölkerungsstand der Stadtgeschichte. Diese Zunahme resultierte zum beträchtlichen Teil aus der Pressung von Zwangsarbeitern und verdeckte gleichzeitig die fast völlige Auslöschung der jüdischen Bevölkerung: 1933 hatte sie noch rund 160.000 Personen gezählt, zehn Jahre später umfasste sie nur noch wenige hundert; etwa 90.000 Personen konnten auswandern, die übrigen wurden verschleppt und ermordet. Nur wenige überlebten.<sup>273</sup>

In den letzten Jahren des Krieges starben innerhalb kürzester Zeit so viele Menschen in Berlin wie bei keiner anderen Katastrophe zuvor. Schätzungsweise 1,5 Millionen Menschen kamen bei der Bombardierung und Eroberung der Stadt um, etwa eine Million wurde evakuiert oder deportiert: Im Mai 1945 lebten nur noch 2,5 Millionen Menschen in Berlin.

### **Mauern und Brücken**

Kurz nach Kriegsende strömten Evakuierte und Kriegsgefangene in die Stadt zurück. Doch schon am 1. August 1945 verhängten die Alliierten eine Zuzugssperre.<sup>274</sup> Zu diesem Zeitpunkt lebten in Berlin wieder etwas mehr als 2,8 Millionen Menschen. Geschlechterverhältnis und Altersstruktur hatten sich allerdings stark verändert. Betrug das Verhältnis 1939 noch 1.200 Frauen zu 1.000 Männer, so belief es sich nunmehr auf 1.562 zu 1.000. Gleichzeitig war der Anteil der über Fünfzigjähri-

gen von 28,5 Prozent auf 36,2 Prozent gestiegen, während die Altersgruppe der 21- bis 50-jährigen von 50 auf 40 Prozent und die der Männer zwischen 18 und 40 Jahren um fast 70 Prozent geschrumpft war.

Die Folgen des Krieges, eine ungünstige Alters- und Geschlechtsstruktur, hohe Säuglingssterblichkeit und Mangelsituationen führten dazu, dass wesentlich mehr Menschen starben, als geboren wurden. Dennoch sank die Bevölkerungszahl nicht weiter ab. Der Zuwanderungsstrom der aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße Vertriebenen bewirkte nach Lockerung beziehungsweise Aufhebung der Zugangssperren bis 1949 einen Anstieg der Bevölkerungszahl auf 3,3 Millionen Menschen.<sup>275</sup> Nach der politischen Spaltung 1948/49 wuchs die Einwohnerzahl der Westsektoren vor allem durch Flüchtlinge kontinuierlich, während Ost-Berlin aus dem gleichen Grund bis 1961 rund 150.000 Personen verlor.

Den entscheidenden Einschnitt in der Bevölkerungsentwicklung der Nachkriegszeit bildete der Mauerbau 1961.<sup>276</sup> Ost-Berlin erreichte zu diesem Zeitpunkt mit 1,05 Millionen seinen tiefsten Stand an Einwohnern, in West-Berlin lebten zur gleichen Zeit rund 2,2 Millionen Personen. Die Abriegelung der Grenze stoppte die Abwanderung und stabilisierte die Ost-Berliner Einwohnerzahl auf gewaltsame Weise. Gefördert durch Vergünstigungen wie qualifizierte und gut bezahlte Arbeitsplätze, neuer Wohnraum, gute Versorgung und ein vergleichsweise reiches Kulturangebot, entwickelte sich Ost-Berlin zu einer für DDR-Verhältnisse attraktiven Stadt. Ein Wanderungsgewinn von durchschnittlich fast 4.000 Personen pro Jahr war die Folge, so dass die Einwohnerzahl bis 1975 auf knapp 1,1 Millionen anstieg.

In West-Berlin nahm die Einwohnerzahl nach dem Mauerbau stetig ab und sank 1976 erstmals unter zwei Millionen. Gleichzeitig wurden massive Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur sichtbar:

- Zum einen sank die Zahl der deutschen Einwohner binnen 25 Jahren um 310.000, während die Zahl der Ausländer um 220.000 anstieg. Bis Anfang der achtziger Jahre nahm die Zahl der Deutschen in Berlin ab, lediglich Menschen im Ausbildungsalter zwischen 18 und 27 Jahren kamen in größerer Zahl nach Berlin, als abwanderten.
- Zum anderen bedingte diese Entwicklung sowie die langfristigen Kriegsfolgen eine Überalterung der deutschen Bevölkerung. Mitte der sechziger Jahre waren rund 450.000 deutsche Bewohner 65 Jahre und älter, davon 70 Prozent Frauen. Diese Zahl verringerte sich zwar in den siebziger und achtziger Jahren, dennoch lag die Sterbeziffer noch 1989 mit 14 Sterbefällen auf 1.000 Einwohner um zwei über dem Bundesdurchschnitt.

Die Entspannungspolitik der siebziger Jahre stabilisierte die politische Situation Berlins. Davon profitierten beide Stadthälften. Die so entstandene Sicherheit für die Führung der DDR sowie der SED-Beschluss zum weiteren Ausbau der Hauptstadt der DDR ließ die Zahl der Ost-Berliner Bevölkerung weiter ansteigen. Eine noch bestehende Zuzugssperre wurde 1974 aufgehoben und die aus anderen Gegenden Zugezogenen bewirkten einen Wanderungsgewinn, der sich bei jährlich rund 9.000 Menschen einpendelte. Insgesamt hätte der Anstieg noch stärker sein können, wäre er nicht durch Ausreisen in die Bundesrepublik oder nach West-Berlin gebremst worden: 1980–87 gingen durchschnittlich 5.000 Personen pro Jahr in den Westen, 1988 stieg die Zahl auf 11.000 und 1989 – allein bis zum 9. November – auf mehr als 30.000 an. Insgesamt verließen rund 100.000 Menschen in den siebziger und achtziger Jahren Ost-Berlin, das damit ein Drittel seines Wanderungsgewinns wieder einbüßte.

In West-Berlin wurde der Rückgang der deutschen Bevölkerung in etwa zur Hälfte durch den Zuzug von Ausländern kompensiert. Lebten 1961 etwa 20.000 ausländische Menschen in Berlin, so stieg ihre Zahl, bedingt durch die Anwerbung von Arbeitskräften, auf knapp 300.000 Ende 1989. Damit betrug der Ausländeranteil 12 Prozent, lag im Mittelfeld aller deutschen Großstädte, aber deutlich über dem Bundesdurchschnitt von etwa sieben Prozent. Unter den Ausländern dominierten die Türken mit 128.000 Personen.<sup>277</sup> Ihnen folgten die Einwohner mit jugoslawischer<sup>278</sup> und polnischer<sup>279</sup> Staatsangehörigkeit mit 34.000 und 22.000 Menschen. Aus den EG-Staaten kamen 37.000, aus dem übrigen Europa nochmals 15.000; aus den Ländern Asiens stammten 32.000, aus Amerika<sup>280</sup> 12.000, aus Afrika<sup>281</sup> 8.000 und aus Australien schließlich rund 1.000 Personen.

Der Ausländerzustrom milderte nicht nur den Rückgang der Einwohnerzahl, sondern trug auch zu einer deutlichen Verjüngung der Bevölkerung bei. 80 Prozent der in West-Berlin lebenden Ausländer, aber nur 45 Prozent der deutschen Bevölkerung waren in dieser Phase jünger als 40 Jahre. In Ost-Berlin spielte der Zuzug von Ausländern hingegen zahlenmäßig kaum eine Rolle; 1989 waren dort lediglich 21.000 gemeldet, das waren gerade 1,6 Prozent der Einwohner.<sup>282</sup>

Dominierten der Wegzug eines Teils der deutschen Bevölkerung und tendenzielle Überalterung die Bevölkerungsschichtung West-Berlins bis Mitte der achtziger Jahre, so zeigten sich in Ost-Berlin durchaus vergleichbare Entwicklungen. Durch die Übersiedlung vorwiegend jüngerer Ost-Berliner in den Westen hatte sich der Anteil der arbeitsfähigen Bevölkerung um 15 Prozent verringert, während der Anteil der Personen im Rentenalter um fünf Prozent zugenommen hatte; die Zahl der Kinder

im Alter bis 15 Jahre sank um ein Fünftel. Diesem Trend entgegen wirkte die Binnenwanderung, da 85 Prozent der Zuwanderer aus den Bezirken der DDR nach 1971 jünger als 45 Jahre waren. Ferner war die Zahl der Geburten zwar mit der Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs 1972 zunächst deutlich gesunken, stieg aber durch eine intensive Familienförderung allein 1975–80 um ein Viertel von 1.608 auf 2.045 Kinder je 1.000 Frauen. Von 1979 an konnte Ost-Berlin einen Geburtenüberschuss verzeichnen. So war 1985 der Bevölkerungsstand von 1949 wieder erreicht und 1989 verfügte der Ostteil der Stadt mit 1,29 Millionen über die höchste Einwohnerzahl nach dem Zweiten Weltkrieg. Gut ein Vierteljahrhundert hatte es gedauert, bis sich beide Stadthälften in der Bevölkerungsentwicklung einigermaßen vom Schock und den Folgen des Mauerbaus erholt hatten.

Begleitet war diese Entwicklung in beiden Stadthälften von räumlichen Verlagerungen, die ihrerseits den Stadtraum Berlin veränderten: In Ost-Berlin zogen die vergleichsweise gut ausgestatteten Neubauwohnungen der Trabantenstädte einen starken Bevölkerungsstrom aus den Innenstadtbezirken ab. Besonders betroffen davon waren die Bezirke Mitte, Prenzlauer Berg und Friedrichshain, die zwischen 1970 und 1986 knapp ein Drittel ihrer Bevölkerung verloren. Folge dieser Randwanderung war ein starker Anstieg des Verkehrs. Ähnliches war trotz der räumlichen Begrenzung auch in West-Berlin zu beobachten. Die Einwohnerzahl in den Innenstadtbezirken Tiergarten, Wedding, Kreuzberg, Charlottenburg und Schöneberg nahm zwischen 1950 und 1989 um 237.000 ab und stieg in den Außenbezirken mit ihren Neubausiedlungen, vor allem in Spandau, Tempelhof, Neukölln und Reinickendorf, stark an. Dabei zogen überwiegend Deutsche an den Stadtrand, während die Innenstadtquartiere zunehmend von Ausländern bezogen wurden. Auffälligstes Beispiel war Kreuzberg, wo die Gesamteinwohnerzahl von 1961–89 um ein Drittel zurückging, der Ausländeranteil jedoch von weniger als 10 Prozent auf über 30 Prozent anstieg. Auch wenn sich damit eine deutliche Konzentration ergab, Gettos wie in anderen Großstädten entstanden dadurch nicht.

### **Besatzer und Beschützer**

Eine Gruppe wird in den Statistiken der Zeit bis 1989 selten gesondert ausgewiesen, und doch hätte das Leben der Stadt Berlin ohne ihre Anwesenheit nach 1945 einen ganz anderen Verlauf genommen: die Alliierten.<sup>283</sup> Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im April, Mai und Juni in die Stadt gekommen, übernahmen sie die oberste Gewalt bis zur Vereinigung 1990 und der vollständigen Auflösung des Besatzungsregimes 1994. Nach dem Gesetz Nr. 2 der Alliierten Kommandantur vom

9. Februar 1950 zählten zu den Besatzungsbehörden die Kommandantur, die Sektoren- bzw. Stadtkommandanten der vier Sektoren sowie alle Personen, die in deren Auftrag Befugnisse ausübten. Insgesamt umfasste das Personal der Alliierten in Berlin – und bei den Sowjets auch im näheren Umland – weit über 100.000 Personen, wobei 90.000 auf die Sowjetunion, rund 6.000 auf die Vereinigten Staaten von Amerika, 3.600 auf Großbritannien und etwa 2.600 auf Frankreich entfielen.<sup>284</sup> Aufgrund des Rechtsstatus handelte es sich dabei um militärisches Personal, hinzu kamen einige tausend Zivilisten sowie Familienangehörige.

Die politisch motivierte Anwesenheit der Alliierten und der damit verbundene Sonderstatus prägten für fast fünf Jahrzehnte das Leben Berlins. Zum ersten Mal entstanden mehr oder minder durchlässige „Gettos“, die von wenigen Ausnahmen abgesehen für die nichtalliierte Bevölkerung tabu waren. Dazu zählten vor allem die Zentralen und die militärischen Anlagen der Truppen. Bei den Sowjets war dies in erster Linie die Zentrale in Karlshorst. Die Amerikaner hatten ihr Hauptquartier, das „General Lucius D. Headquarter“, an der Clayallee in Zehlendorf. Dort lagen auch die zivile US-Mission und das Haus des Stadtkommandanten. Ferner befanden sich in Zehlendorf die Turner- und die McNair-Kaserne, der Flughafen Tempelhof war lange Zeit für die Amerikaner reserviert, in Lichterfelde gab es eine Radaranlage und auf dem Teufelsberg eine der weltweit größten und wichtigsten Abhöranlagen, auf der allein ständig bis zu 1.500 Menschen mit dem Abhören des östlichen Funk- und Telefonverkehrs und anderen nachrichtendienstlichen Aufgaben befasst waren.<sup>285</sup> Die Briten hatten im einstigen Deutschen Sportforum am Olympiastadion ihr Hauptquartier. In Spandau am Hohenzollernring und in der Wilhelmstraße sowie an der Sakrower Landstraße befanden sich Kasernen und schließlich verfügten die Briten über den Flughafen Gatow. Die Franzosen besaßen mit dem Quartier Napoleon das größte zusammenhängende Areal, auf dem alle Funktionen konzentriert waren. Zudem nutzten sie einen Teil des Flughafens Tegel.

Die Alliierten waren eng und tief mit dem Leben der Stadt verflochten. Gemeint sind hier nicht nur der unterschiedlich ausgelegte Rechtsstatus und die Vorbehaltsrechte, sondern vor allem die Art und Weise, wie die Alliierten ihr Besatzungsregime ausübten. Hier gab es grundsätzliche Unterschiede von Anfang an. Am Beginn stand auf deutscher Seite die Angst: vor Rache, Plünderung, Vergewaltigung. Als die Rote Armee 1945 Berlin eroberte, nahmen die Sieger, was sie wollten. Die genauen Zahlen der Vergewaltigungen werden wohl immer im Dunkeln bleiben, nicht einmal präzise Schätzungen gibt es.<sup>286</sup> Jene ersten Wochen haben das Verhältnis dauerhaft getrübt. Daran änderten auch die Suppenküchen wenig, die der

erste sowjetische Stadtkommandant Nikolai E. Bersarin, der am 16. Juni 1945 bei einem Motorradunfall starb, einrichten ließ, um der hungernden Bevölkerung zu helfen. Die vom Kampf ausgezehrtc Rote Armee hungerte selbst, so dass Nothilfen dieser Art nicht mehr waren und sein konnten als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Mit dem Einzug der West-Alliierten Anfang Juli 1945 entspannte sich die Situation. Dennoch blieb das Verhältnis der Alliierten zu den Deutschen zunächst äußerst reserviert, aus nachvollziehbarem Grund: Die Deutschen waren die Verlierer des Krieges und wurden auch so behandelt. Zudem galt ein strenges Fraternalisierungsverbot. Gleichzeitig kam es jedoch im Zuge der 'Reeducation' zu zahlreichen Kontakten. Vor allem sowjetische Kulturoffiziere organisierten ein breit gefächertes Kulturprogramm und beeindruckten durch ihr humanistisches Engagement.<sup>287</sup>

Mit der Blockade und Luftbrücke änderten sich die Beziehungen grundlegend. Das Ansehen der Sowjets sank drastisch, während die West-Mächte, vor allem die Amerikaner, zu Rettern der Stadt avancierten. Am Ende der Krise, die die Stadt, Deutschland und Europa in zwei gegnerische Blöcke zerriss, stand in West-Berlin eine Beziehung zu den Besatzern, die ihresgleichen suchte. Die Bevölkerung verehrte nun die West-Alliierten als Beschützer und Freunde, diese wiederum waren beeindruckt von den Menschen, die ihnen eine Seite von Deutschland zeigten, die sie nicht kannten: Deutsche, die für Freiheit und Demokratie demonstrierten und sogar bereit waren, dafür zu hungern.

Diese Erfahrung verhalf den Deutschen (West) zu einem moralischen Kredit, ohne den die rasche Gründung der Bundesrepublik und ihre zügige Anerkennung kaum vorstellbar ist. Die Sowjets blieben die „bad guys“ und Gegenspieler, auch in ihrem eigenen Sektor eher geduldet als akzeptiert. Die Beziehungen waren streng formalisiert und blieben es weit gehend.<sup>288</sup> Worauf das Verhältnis letztlich beruhte, zeigte sich am 17. Juni 1953, als gestützt auf sowjetische Panzer die Revolte der Arbeiter niedergeschlagen wurde. Von nun an blieb das Verhältnis wie es war: eine Zwangsgemeinschaft zwischen sozialistischen Bruderstaaten, deren freundschaftliche Beziehungen sich innerhalb der vorgesehenen Institutionen zu entfalten hatten.<sup>289</sup>

Im Westen bildeten die Erfahrungen von 1948/49 ein dauerhaftes Fundament, das tragfähiger war als alle komplizierten Regularien, die der Tatbestand mit sich brachte, dass die West-Alliierten letztlich Besatzer blieben. Die guten Beziehungen kamen etwa im enthusiastischen Empfang für John F. Kennedy 1963 zum Ausdruck, der sich davon beeindruckt im Gegenzug zum Berliner erklärte. In den späten sechziger Jahren änderte sich das Verhältnis. Mit der Studenten-, später der Alternativ-

und Friedensbewegung geriet die amerikanische Politik massiv in die Kritik. „Anti-amerikanismus“ wurde eine Zeit lang zum heftig umstrittenen Kampfbegriff und zum die Gesellschaft polarisierenden Thema. Eine beachtliche Minderheit, die weder die Erfahrungen noch die Gefühle jener Generation teilte, die die Luftbrücke oder den Kennedy-Besuch als prägende Erfahrung erlebt hatte, lehnte das amerikanische Vorbild, an das sich die überwiegende Mehrheit der Elterngeneration noch dankbar angelehnt hatte, nun ebenso leidenschaftlich ab. Das polarisierte und forderte auch die Kritisierten heraus, die sich vor allem in den achtziger Jahren mit einer Serie von Podiumsdiskussionen, Einladungen an Studenten, Streitgesprächen, Symposien und zahlreichen weiteren Aktivitäten an dem Streit beteiligten. Vielleicht trug gerade diese Leidenschaft, mit der etwa der Gesandte John Kornblum oder Botschafter Arthur Burns sich einmischten, dazu bei, der Debatte in Berlin ihre politische Sprengkraft zu nehmen.

Nach der Vereinigung gingen die Alliierten, wie sie gekommen waren: getrennt. Am 31. August 1994 verabschiedete Bundeskanzler Kohl in Anwesenheit des russischen Präsidenten Jelzin die „Westgruppe der Truppen“, wie die hier stationierte Armee der Russischen Föderation nun hieß, aus Deutschland. Am 8. September verabschiedeten der Bundeskanzler, der amerikanische Außenminister Warren Christopher, der britische Premierminister John Major und der französische Staatspräsident Francois Mitterand die West-Alliierten. Wie inhaltlich substanziell die Beziehungen waren, zeigte sich in den folgenden Jahren. Während die zur Pflege der deutsch-sowjetischen Beziehungen durch die DDR geschaffenen Institutionen nahezu völlig zusammenbrachen, machte das gewachsene Netz der Institutionen für die Verbindungen zu Frankreich, Großbritannien und den USA durch eine Reihe spektakulärer Initiativen und Veranstaltungen von sich reden.<sup>290</sup> Heute leben etwa 8.400 Menschen aus der Russischen Föderation, 10.000 Nordamerikaner, 8.500 Briten und 8.800 Franzosen in Berlin.<sup>291</sup>

Die Besatzung – unter besonderen Bedingungen – zählte zu den eindrucklichsten Erfahrungen einer Metropole im 20. Jahrhundert. Wie sie das Verhältnis zu Russland langfristig beeinflussen wird, ist schwer abzusehen. Bei den West-Mächten, und hier wiederum besonders bei den Vereinigten Staaten von Amerika, wirken sich die zu Berlin und Deutschland entwickelten Beziehungen sicherlich stabilisierend aus, auch wenn das Verhältnis in jüngster Zeit deutliche Risse zeigt. Doch trotz tagesaktuell schwankender Befindlichkeiten besteht nach wie vor ein enges Geflecht persönlicher Kontakte, Freundschaften und nicht zuletzt Ehen, die das gegenseitige Verständnis erhöhen. Für die meisten während der Besatzungszeit an-

wesenden Soldaten und Offiziere war Berlin zudem ein angenehmer Posten mit einem kaum aufreibenden Dienst. Die damit verbundenen Erinnerungen sind entsprechend positiv besetzt. Kaum eine Stadt verfügt damit über so viele ihrer wohl gesonnenen und zu Hause ein positives Image vermittelnde „Botschafter“ wie Berlin.

### **Wandel und Offenheit**

Mit der Vereinigung 1990 war Berlin über Nacht Mittelpunkt des zweitgrößten Ballungsraums in Deutschland geworden. Ende 1989 lebten hier insgesamt 3,41 Millionen Menschen, darunter etwa 314.000 Ausländer, etwas weniger als 10 Prozent. West-Berlin mit seinen 2,13 Millionen Einwohnern hatte dabei einen Ausländeranteil von 13,7 Prozent (knapp 300.000 Menschen), während in Ost-Berlin lediglich 20.000 Ausländer lebten (1,6 Prozent der dort 1,28 Millionen Einwohner). Seitdem haben sich sowohl die absoluten Zahlen wie auch die Verhältnisse verschoben. Im Jahr 2000 war die Gesamteinwohnerzahl um rund 80.000 auf 3,49 Millionen angestiegen. Die Zahl der deutschen Einwohner hatte sich dabei um über 60.000 verringert, während die Anzahl der Einwohner ausländischer Herkunft um knapp 150.000 angestiegen war. Der positive Gesamtsaldo war somit ausschließlich auf den Anstieg der ausländischen Bevölkerung zurückzuführen.<sup>292</sup>

Diese Zahlen beziehen sich auf den traditionellen Berliner Stadtraum, eine formal an der Ländergrenze orientierte Sicht. Angemessener ist der Blick auf die Region oder den Ballungsraum, der den „Speckgürtel“ einbezieht. Die gemeinsame Landesplanung der Bundesländer Berlin und Brandenburg spricht hier von „Metropolenraum“, der wiederum zu den wichtigsten „Metropolenregionen in Deutschland“<sup>293</sup> gehört. Zum Berliner Metropolenraum zählt die offizielle Planung einen Ring von ca. 20–30 Kilometer Breite um Berlin, in dem sich acht mit der S-Bahn beziehungsweise Regionalbahn erschließbare Städte befinden: Potsdam, Nauen, Oranienburg, Bernau, Strausberg, Fürstenwalde, Königs Wusterhausen und Ludwigsfelde. Die Einwohnerzahl in diesem Ring um Berlin lag 1995 bei 789.700 und war bis 2000 auf etwa 816.000 angestiegen, so dass im engeren Verflechtungsraum 1995 rund 4,26 und 2000 etwa 4,31 Millionen Menschen lebten. Insgesamt wird bis 2010 mit einem Anstieg auf rund 4,5 Millionen Einwohner kalkuliert, während die weiter von Berlin entfernten Gebiete Einwohner verlieren werden.

Berlin und das nähere Umland werden also wachsen, allerdings deutlich langsamer, als noch zu Beginn der neunziger Jahre vermutet und auch langsamer als die meisten anderen Großräume. Dies gilt auch für ein anderes Charakteristikum aller Ballungsräume: die Pendler. Ihre Zahl stieg bis Mitte der neunziger Jahre auf über

150.000 und lag damit noch deutlich unter dem Niveau anderer Ballungsgebiete.<sup>294</sup>

Alles in allem erlebte die lange von den Entwicklungsmöglichkeiten anderer Ballungsgebiete ausgeschlossene Region einen Nachholprozess. Wachsende Bevölkerungszahlen, Zunahme der Mobilität und ein Wandel der Sozialstruktur, etwa eine deutliche Zunahme der Single-Haushalte oder der Trend, dass Familien ins Umland ziehen,<sup>295</sup> sind die drei wichtigsten aktuellen Entwicklungen. In der ersten Dekade nach der Vereinigung durchlebte die Region jene „Suburbanisierung“, die sich in den vergangenen vierzig Jahren in den westdeutschen und westeuropäischen Ballungszentren vollzogen hat, ohne dass dieser Prozess abgeschlossen ist. Alle Voraussagen sind sich darin einig, dass in den Kernen von Ost- und West-Berlin die Büroflächen weiter zunehmen werden, während das produzierende Gewerbe an die Ränder des Ballungsgebietes wandert und neue Ansiedlungen sich auf das Umland konzentrieren. Inwieweit es dabei gelingt, die negativen Folgen dieser Entwicklung zu vermeiden, in erster Linie die Verdrängung der sozial schwächeren Bevölkerungsschichten aus den Innenstadtbereichen und die Zunahme des privaten Verkehrs, ist derzeit noch nicht abzusehen.

### **Thesen und Gegenthesen**

Das Dilemma aller Thesen über die Bevölkerung Berlins ist, dass es kaum eine Annahme gibt, von der nicht auch das Gegenteil richtig wäre. Wer behauptete, Berlin sei ein „Schmelztiegel“, provozierte angesichts von Weltmetropolen wie New York City, Kairo oder New Delhi sich der Lächerlichkeit preiszugeben.

Dennoch ist Berlin eine Stadt der Zuwanderer und kommt im deutschen Maßstab einem „Schmelztiegel“ nahe – zugespitzt: Berlin ist Deutschlands einziger Schmelztiegel, der sich Fremden anbietet als Plateau, Wohnstadt, Werkstatt ihres Glücks. Wer je als Fremder versucht hat, in Hamburg oder Stuttgart Fuß zu fassen und „dazuzugehören“, weiß, wovon die Rede ist. Für die deutsche Hauptstadt hingegen gilt bis heute in Variationen jener berühmte Satz „geboren in Breslau, zur Welt gekommen in Berlin“.

Das prägt: Menschen, die die Stadt als Fluchtpunkt für ein anderes Leben wählen, sind dazu bereit, neue Verhaltensweisen anzunehmen, neue Regeln zu lernen, die neue Umgebung anzunehmen. Das Festhalten an mitgebrachten Erinnerungen und Traditionen ist eine andere Reaktion, die in vielen Städten zur Bildung von durch einzelne Gruppen bestimmte Viertel und Gettos beiträgt. Solche Viertel, wie „Charlottengrad“ oder das „Böhmische Dorf“, gab es auch in Berlin. Doch die Of-

fenheit, die dezentrale Struktur der Region und die Funktion als „Drehscheibe“, beispielsweise in den zwanziger Jahren, als zahlreiche Russen Berlin als Durchgangsstation nutzten, sind mit dafür verantwortlich, dass sich nie Gettos im traditionellen Sinne bildeten.

In der lokalen Debatte wird angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Differenzierungen gelegentlich von einer zunehmenden Gettobildung gesprochen, das allerdings offenbart lediglich den erwähnten Scheuklappenblick und die Unkenntnis darüber, wie wirkliche Gettos in Bombay, Kairo, São Paulo oder Detroit aussehen.

Ein weiteres Indiz für die Offenheit sind die Möglichkeiten für Neuankömmlinge, die Stadt zu prägen. Jede hier zugewanderte Gruppe – von den Hugenotten über die Böhmen, die Polen und Russen bis zu den Sudeten in den sechziger und siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts und neuerdings zahlreichen Osteuropäern – hat die Chance genutzt, sich ihr Berlin neu zu erfinden und Einfluss zu nehmen. Kaum eine der berühmten, mit der Stadt verbundenen Persönlichkeiten ist tatsächlich hier geboren: Ernst Reuter stammte aus Apenrade, Louise Schroeder aus Altona, Max Reinhardt aus Baden bei Wien, Karl Friedrich Schinkel und Theodor Fontane erblickten in Neuruppin das Licht der Welt, Andreas Schlüter in Danzig, aus Leipzig stammte Gottfried Wilhelm Leibniz, aus Bonn Peter Joseph Lenné, Albert Einstein war Ulmer und Willy Brandt kam aus Lübeck. Nirgendwo sonst in Deutschland bot und bietet eine Stadt Zugereisten so viele Möglichkeiten – loben die erfolgreichen Zuwanderer Berlin, wohl wissend, wie eng hier Halleluja und Kreuzigung nebeneinander wohnen.

Der stete Strom an Zuwanderern vor allem in den vergangenen 200 Jahren prägte das Selbstverständnis der Bevölkerung. Wer sich als Fremder in einer neuen Umgebung etabliert hat, dem bleibt neben der Dankbarkeit fast immer eine Spur von Unsicherheit und Furcht, das Erreichte könne verloren gehen. Aufsteiger fürchten den Fall und misstrauen dem Frieden. Das verbindet, erklärt zumindest einen Teil jener schroffen Herzlichkeit, die die Berliner aus Wilmersdorf, Wedding, Münster, Cottbus, Dresden und Stuttgart, aus Antalya, Split oder Lodz noch heute ausstrahlen.

### **Bevölkerungsentwicklung und Politik**

Neben der Funktion als Schmelztiegel – für deutsche Verhältnisse – war die Bevölkerung in Berlin stets von politischen Prozessen abhängig, gelegentlich sogar als Subjekt aktiv an ihnen beteiligt. Die Bevölkerungsstruktur und damit verbunden der

Zuzug oder die Vertreibung bestimmter Bevölkerungsgruppen entsprach oftmals den politischen Zielen, dem Willen oder den Möglichkeiten der Regierenden. Drei Beispiele:

Die Juden, im späten Mittelalter ermordet und die Überlebenden aus der Mark vertrieben, wurden im 17. Jahrhundert aus wirtschaftspolitischen Gründen zurückgeholt. In der Folgezeit trugen sie erheblich zur Stabilisierung und zum Aufschwung der Wirtschaft bei und erfüllten die mit ihrer Anwerbung verknüpften Erwartungen. Beflügelt durch die im späten 18. und 19. Jahrhundert gerade in Berlin mit Nachdruck betriebene Aufklärung, waren sie im europäischen Vergleich relativ weitgehend anerkannt und integriert, bevor der Rückfall im Nationalsozialismus zu ihrer fast völligen Auslöschung führte.<sup>296</sup> Danach bestand eine vergleichsweise kleine Jüdische Gemeinde in West- und eine noch kleinere in Ost-Berlin, bevor es nach der Vereinigung zu einem kaum zu erwartenden Zuzugsschub kam. Keine Bevölkerungsgruppe war so dauerhaft und so extrem Gegenstand von politischen Zielen und Ideologien.

Die Geschichte der Franzosen in Berlin begann Ende des 17. Jahrhunderts, als Kurfürst Friedrich Wilhelm massiv ausländische Bevölkerungsgruppen anwarb, um Verluste des Dreißigjährigen Krieges auszugleichen. Die Vertreibung der Protestanten aus Frankreich nutzte der Kurfürst für ein Toleranzedikt, das Glaubensflüchtlinge überzeugen sollte, sich eher in Brandenburg als in den Niederlanden oder in England niederzulassen. Die rund 6.000 so nach Berlin gekommenen Hugenotten brachten die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung entscheidend voran und trugen dazu bei, die Möglichkeiten der Region auf ein neues Niveau zu heben. Die folgenden Jahrzehnte führten zur weitgehenden Assimilation. Gleichzeitig blieben die immer wieder neu belebten Wurzeln lebendig und bis heute gibt es keine mitteleuropäische Metropole außerhalb Frankreichs, in der der französische Einfluss so groß ist.<sup>297</sup>

Das dritte Beispiel bezieht sich auf die Zeit der Spaltung. Spätestens nach dem Bau der Mauer erlebte West-Berlin einen dramatischen Prozess der Auszehrung. Wer beruflich Karriere machen wollte, zog nach Westdeutschland – Berlin verlor beachtliche Teile seiner Mittel- und Oberschicht, aus der sich die Eliten vornehmlich rekrutieren. Um den Bevölkerungsverlust wenigstens zum Teil auszugleichen, musste sich die Stadt öffnen und die Menschen nehmen, für die sie unter den Umständen noch attraktiv sein konnte: Es kamen „Gastarbeiter“, so der Jargon der Zeit, und junge Leute, vornehmlich Studenten. Ost-Berlins Bevölkerungspolitik zielte in eine andere Richtung. Mit dem Ausbau der Hauptstadt und des Überwachungsappara-

tes erhöhte sich der Anteil der Funktionäre und zudem verhängte die SED Zuzugssperren oder erteilte Ortsverweise „zur Bewährung in der Produktion“, um missliebige Menschen fernzuhalten.<sup>298</sup>

In nahezu jedem Jahrhundert war die Bevölkerung – besonders einzelne Gruppen – Gegenstand von Politik, als umworbene Neubürger oder gegängelte, verfolgte, sogar massenhaft umgebrachte Gruppe, als Menschen, die für das Funktionieren einer bestimmten Ideologie erforderlich waren oder denen die Stadt Entfaltungsmöglichkeiten bot, die es sonst nirgendwo gab.

Auch ein Blick auf einzelne Generationen illustriert, wie sehr die Menschen politischen Prozessen ausgesetzt waren. Ein 1910 in Berlin geborener Mensch, der das neunzigste Lebensjahr vollendete, hatte zwei Weltkriege, sieben politische Systeme und einige extreme Umbruchphasen erlebt: die Monarchie und den Ersten Weltkrieg, die Revolution, den Bürgerkrieg und die Weimarer Republik, die Auslöschung der Demokratie, die Weltwirtschaftskrise, die nationalsozialistische Eroberung der Macht, die Diktatur und den Zweiten Weltkrieg, dann die Besatzung, die Teilung und die DDR, schließlich den Fall der Mauer, die Vereinigung und die Bundesrepublik. Diese Erfahrungen konnten zwar auch in anderen Regionen gemacht werden, aber nirgendwo waren sie so massive, so direkte und stets hautnahe, den Alltag bestimmende Erfahrungen. Blieb etwa der Ost-West-Konflikt für viele Menschen im übrigen Europa vergleichsweise abstrakt und wurde vornehmlich wahrgenommen über Berichterstattung in Medien, so war der Kalte Krieg in Berlin unmittelbar und im Alltag präsent durch die Anwesenheit der Alliierten, durch die zahlreichen Kundgebungen, Demonstrationen und Paraden oder durch die extrem begrenzte Bewegungsfreiheit nach dem Bau der Mauer.

### **Schnoddrigkeit und Respektlosigkeit**

Drei Grundzüge kennzeichnen in Berlin den Wechselprozess zwischen Bevölkerung und ihrer Stadt:

- steter und insbesondere im 19. Jahrhundert auch im europäischen Maßstab explosionsartig ansteigender Zuzug und in zahlreichen damit verbundenen Fällen weit gehende Assimilation,
- weitreichende Möglichkeiten, die Stadt als Plattform von Ideen und Projekten zu nutzen sowie

- die Tatsache, dass die Berliner öfter und mit weitaus dramatischeren Folgen Gegenstand von Politik waren als Menschen im übrigen Deutschland und Europa.

Alle drei Faktoren zusammen markieren Berlins besondere Stellung. Ging es lange Zeit der Politik vorrangig um Integration neuer Bevölkerungsgruppen, so ist dieses Konzept inzwischen gescheitert und wird nur noch halbherzig betrieben. Insbesondere junge Menschen gelingt es nur in Maßen an der Gesellschaft zu beteiligen. Vor allem die Schulen, die eine Schlüsselstellung in diesem Prozess innehaben, sind mit der Aufgabe völlig überfordert, es lähmt zunehmend ihre Kernaufgabe.<sup>299</sup>

Weiter tragend ist möglicherweise der Ansatz, der die Möglichkeiten zur Beteiligung betont. Die Gestaltung und Nutzung der Stadt als Plattform, auch als Durchgangsstation steht hier im Mittelpunkt, ein Ansatz, in dem Konkurrenz, Widerstand und Konflikt zentrale Antriebsmomente für Entwicklung sind.

Dieser Ansatz spiegelt sich auch im städtischen Alltag und in den städtischen Debatten, wo sich jede Idee, jedes Argument, jeder Plan unmittelbar mit alternativen Ansätzen, Gegenargumenten und Alternativplänen konfrontiert sieht. Das prägt, und sei es dadurch, dass sich eine schnoddrige und schlagfertige Respektlosigkeit gegenüber den staatlichen Autoritäten als Grundton durchsetzt.<sup>300</sup>

Ein typisches Beispiel dafür ist der Vorgang der Öffnung der Mauer, der sich so wohl kaum in einer anderen Stadt abgespielt hätte. Am Abend des 9. November 1989 verlas der SED-Funktionär Günter Schabowski kurz vor 19:00 Uhr im Rahmen einer Pressekonferenz von einem Zettel eine Nachricht. Danach könnten nunmehr Reisegenehmigungen in den Westen beantragt werden. Auf Nachfrage bestätigte Schabowski, dass diese Regelung „ab sofort“ gelte. Unter normalen Umständen war völlig klar, dass damit frühestens der nächste Morgen mit Öffnung der Büros der „zuständigen Stellen“ gemeint sein konnte. Der Antrag auf eine Reise ins „kapitalistische Ausland“ war eine bürokratische Angelegenheit und normalerweise wäre kein Mensch auf die Idee gekommen, nach 19:00 Uhr einen solchen Antrag zu stellen. Doch die Umstände waren eben nicht „normal“ und die Berliner reagierten spitzfindig, sie nahmen Schabowski beim Wort. Tausende strömten zu den Übergangsstellen und forderten die Einhaltung der soeben abgegebenen Zusage, von der zahlreiche Posten offenkundig keine Ahnung hatten. Die Menschen überrumpelten die Grenzer und erzwangen in einem Schwejk'schen Handstreich regelrecht die Öffnung der Schleusen.

Für einige Wochen waren die Berliner das handelnde „Subjekt“ der Stunde. Zu Hunderttausenden strömten die Ost-Berliner an den Kurfürstendamm und sie wurden in einer spontanen und mitreißenden Geste von den West-Berlinern empfangen, die wiederum ihrerseits die Friedrichstraße und Unter den Linden eroberten. Ein furioser Anfang, ein rauschendes Fest, dessen Bilder um die Welt gingen und dessen ausgelassene Friedlichkeit Deutschland einen moralischen Kredit und damit der Politik jene Basis verschaffte, um den Weg zur staatlichen Vereinigung überhaupt gehen zu können.

In jener Nacht des 9. November 1989 definierten die Berliner ihre Stadt neu, ab dem 10. November 1989 war klar, dass die Teilung keinen Bestand mehr hatte und haben konnte. Mochten die Pläne für Konföderationen in Bonn als mittelfristige Perspektive rational und vernünftig erscheinen, in Berlin waren sie Makulatur von Anfang an.

### **Milieus und Strukturen**

Seit 1989/90 befinden sich die Milieus und Strukturen, die sich seit der Spaltung 1948/49 gebildet und immer wieder verändert hatten, in Auflösung – ein langwieriger, schmerzhafter Prozess mit zahllosen Vor-, Rück- und Seitenschritten. Die Art und Weise, wie die politischen Eliten ab Dezember 1989 das Management der Vereinigung übernahmen, machte eine politische Beteiligung der Bevölkerung, die über die in der Bundesrepublik üblichen Verfahren hinausging, zunehmend überflüssig, ja unerwünscht. Waren es im Oktober, November und noch im Dezember 1989 die Menschen und ihre friedliche Revolution auf den Straßen, die die Politik zum Reagieren zwangen, so übernahm nun die Bundesregierung die Initiative.

Die Aktivitäten der Bevölkerung verlagerten sich auf begleitende und komplementäre Bereiche. Für die Ost-Berliner änderte sich alles: das politische System, die Wirtschaftsordnung, Inhalte und Präsentationsformen der Kultur, schließlich die gesamte Struktur der Gesellschaft. Das Leben musste neu gelernt werden, vom Umgang mit der im Sommer 1990 eingeführten neuen Währung bis zum lang ersehnten Kauf eines Automobils westlicher Produktion. Mit den Wahlen vom Frühjahr 1990 war die Revolution demokratisch formell legitimiert und das Ziel der Vereinigung institutionalisiert, die politische Beteiligung verlagerte sich von den Straßen in die Säle und Verhandlungszimmer. An den seit Ende 1989 bestehenden runden Tischen wurde in ernsthafter und eindrucksvoller Weise Demokratie geübt und der

Dialog geführt über den Umbau der Politik, der Betriebe und Kulturinstitutionen sowie der gesamten Gesellschaft bis hin zu Einzelfragen, etwa der Auflösung des Staatssicherheitsdienstes.

Eine Zeit voller hektischer Debatten, zahlloser schneller neuer Erfahrungen und widersprüchlicher Erwartungen. Der Informationsbedarf war ungeheuer. Die Auflagen der Zeitungen stiegen in beachtliche Höhen, plötzlich gab es allenthalben Sonderausgaben und Straßenverkauf, die Ost-Berliner lasen „Tagesspiegel“, „Morgenpost“ und „B.Z.“, im Westen blätterte man in der „Berliner Zeitung“ und im „Neuen Deutschland“ und staunte über die neuen Töne und allabendlich versammelte sich die Stadt scheinbar kollektiv vor der zum ersten Mal interessant gewordenen „Aktuellen Kamera“, der „Berliner Abendschau“ und der „Tagesschau“.

Konnten die Ost-Berliner noch das Gefühl haben, aktiv Beteiligte zu sein, blieben die West-Berliner weit gehend in der Rolle des Zuschauers gefangen und fanden kaum aus diesem Käfig heraus. Dass am Alexanderplatz und später an den runden Tischen auch ihre Angelegenheiten verhandelt wurden, kam nur wenigen in den Sinn.

Je näher die formelle Vereinigung rückte, desto stiller wurde es auf den Straßen, die Atmosphäre hatte sich im Frühjahr und Sommer 1990 grundlegend verändert. Waren der 9. November 1989 und die Tage danach noch ein spontanes, rauschendes Fest, so glich die Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1990 einer Feier mit überwiegend stillen, nachdenklichen, fast in sich gekehrten Bürgern.

Der große Anfang machte deutlich, wie sehr Berlin in der Denkfigur der Spaltung gefangen war, der große Anfang überforderte alle. Zwischen zwei Polen schwankten die Reaktionen der Berliner:

- Zum einen zogen sie sich im Lauf der Revolution zurück und es gab spätestens ab Mitte der neunziger Jahre eine machtvolle Tendenz, die Vergangenheit als „Ostalgie“ und „Sehnsucht nach West-Berlin“ zu verklären.
- Zum anderen waren die Berliner neugierig und suchten aktiv die Teilhabe an den Veränderungen.

Für beide Reaktionen gibt es Belege. Der Wandel nach der Vereinigung erfasste zunächst vor allem Ost-Berlin: Die volkseigene Industrie brach flächendeckend zusammen, weit über 200.000 Arbeitsplätze verschwanden binnen eines Jahrzehnts allein in diesem Sektor. Viele Menschen wurden arbeitslos, fühlten sich abgeschoßen in die Frühverrentung, in Umschulungs- oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Die Treuhandanstalt, die den Auftrag hatte, die staatliche Wirtschaft zu privatisieren, avancierte zum Synonym für einen „unbarmherzigen Kapitalismus“.

Die Tatsache, dass weder die Gesellschaft noch die politischen Eliten in der Lage waren, über diese Prozesse einen umfassenden Dialog in Gang zu bekommen und die richtige Sprache zu finden, hat erheblich dazu beigetragen, dass die „Mauer im Kopf“ noch lange ein Thema sein konnte. In Wirklichkeit glichen sich die Lebensverhältnisse in einem hohen Tempo aneinander an. Schon Mitte der neunziger Jahre überholten die ersten Ost-Bezirke die ersten West-Bezirke in Sachen Wohlstand. Anders als die übrige Republik wuchs Berlin in dieser Hinsicht tatsächlich zusammen und wurde eine Stadt.

In der Regel wird das anders gesehen. Die Zerrissenheit, die Unübersichtlichkeit, der Provinzialismus der Stadt werden gerne beklagt, etwa wenn der Journalist Gunter Hofmann schreibt: „Um die Wahrheit zu sagen: So provinziell, wie die Berliner Stadelite ist, diese Welt der Wowereits, Steffelts, Flierls und Dieppens, so provinziell war Bonn nie.“<sup>301</sup> Das ist schmissig formuliert, aber woran die beklagte „Provinzialität“ gemessen wird, bleibt zurecht offen, denn ein Kriterium dafür gibt es nicht. Oder mag man ernsthaft etwa die Skandale des Kölner Klüngels, der Münchener „Mir-san-mir“-Gesellschaft gegen Berliner Bauskandale aufrechnen? Wer Berlin und die Berliner als provinziell empfindet, muss offenkundig etwas anderes erwarten, erhoffen oder befürchten – aber was?

Vielleicht ist es so, dass das Sein eben doch nicht das Bewusstsein bestimmt: Der Wandel in den neunziger Jahren erschien wie ein Zwangsmechanismus, dem scheinbar niemand entrinnen konnte. Ein Gefühl des Ausgeliefertseins setzte sich in den Köpfen fest. Vielleicht ist dies die dominierende aktuelle Wahrnehmung der Bürger in der Gegenwart.

Sie fällt zusammen mit einer noch nachwirkenden Grundstimmung der Ära Kohl. Dabei ist aus der Politik „so etwas wie eine leere Fläche geworden. ... Seine Kanzler-Jahre enthielten auch das Versprechen, von Politik zu entlasten. Die konfliktreichen, politisch hoch aufgeladenen Jahre der Kanzler Brandt und Schmidt sollten mit ihm beendet werden, und das was an Politik noch bleibt, das würde er übernehmen, so ließ sich seine Botschaft vernehmen. Den Rest besorgte sein Stil. Politik hatte sich irgendwie verflüchtigt ins Kanzleramt, ans Telefon, in das kleine Notizbuch Kohls.“<sup>302</sup> Das was hier für die Bundesrepublik beschrieben wird, galt auch für Berlin und der Name Kohl lässt sich ohne Schwierigkeiten durch Dieppgen ersetzen. Der aufwühlende Fall der Mauer war eine emotionale Kraftanstrengung, danach fielen die Menschen zurück in die alten Haltungen.

Dieses Gemisch trug nicht unwesentlich zur lähmenden Gesamtstimmung der neunziger Jahre bei. Kein Wunder, dass sich Ost-Berlin so zu einer Keimzelle der Bildung einer „Ostidentität“ entwickelte. Die zur „Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)“ konvertierte „Sozialistische Einheits-Partei (SED)“ profilierte sich als ihr Anwalt und gewann mit dieser Strategie bundespolitischen Einfluss.<sup>303</sup>

Wie groß das Potenzial und das Interesse an aktiver Beteiligung war, zeigte etwa die Reaktion auf den Umbau der Stadt. Angesichts des gewaltigen Stadtumbaus mit Serien von Wettbewerben, Aushebungen von Baugruben, Grundsteinlegungen, Richtfesten und Einweihungen hätte es niemand gewundert, einer übel gelaunten und mäkeldenden Bevölkerung gegenüberzustehen, die lauthals lamentierte über Lärm, Schmutz und Staus. Natürlich gab es solche Klagen, aber in verblüffend geringem Maß. Stattdessen reagierten die Berliner in ihrer Weise auf die umfassende Grundsanierung. Wenn sie schon den Umbau ertragen mussten, so konnte man meinen, dann wollten sie auch etwas davon haben. Berlins Stadtmarketingagentur „Partner für Berlin“ begriff diese Grundstimmung und machte den Baustellentourismus zum Verkaufsschlager.

Je weiter die Fertigstellung der neuen Bauten fortschritt, desto offenkundiger wurde jedoch auch der Kontrast zwischen proklamierter neuer Dienstleistungskultur und wirtschaftlichem Niedergang. Der Gewinn dieses Prozesses und der Anstrengungen, die den Menschen abverlangt wurden, ließ auf sich warten. Am ehesten vermittelt wurde er, wenn die Berliner ihren Besuch an den Potsdamer Platz schleppte und den staunenden Gästen den Wandel vorführten. Die Menschen stürmten regelrecht die Baustellen und allein die Ausstellung in der INFO BOX hat jeder Einwohner – statistisch gesehen – öfter als zweimal besucht.<sup>304</sup>

Abwehr und Neugier waren die dominierende Haltung in der Bevölkerung. Innerhalb dieses Grundmusters vollzog sich ein umfassender Prozess der Differenzierung. Die vor 1989 wie unbeweglich erscheinenden Blöcke von Ost- und West-Berlin zerfielen in nahezu unendlich viele „Zeitzone[n] und Zeitsprünge“.<sup>305</sup> Das hohe Tempo des Wandels – eine Kernerfahrung der neunziger Jahre – führte zur Ausprägung der Unterschiede und wirbelte die Milieus durcheinander. Studenten etwa, für die Kreuzberg noch in den achtziger Jahren ein Mekka war, fanden nun Prenzlauer Berg und Friedrichshain weitaus attraktiver, in einigen Teilen von Mitte stieg der Ausländeranteil auf Kreuzberger Niveau und mit den neuen Investoren und den zahlreichen Institutionen kamen im Rahmen des Regierungsumzugs Schichten nach Berlin, die es zuvor lange nicht gegeben hatte. Es entstanden neue Mischungen, die es so an keinem anderen Ort in Deutschland gab. Etwa in der Spandauer

Vorstadt, wo neben der Jugendszene, Ausländern, Vertretern des Bürgertums ein neues Jüdisches Zentrum entstand.<sup>306</sup> Zudem nutzten zahlreiche Osteuropäer Berlin als das, was die Stadt für sie war: die westlichste Ansiedlung im Osten. Polen, Russen<sup>307</sup> und andere Menschen aus den Staaten östlich von Deutschland kamen in großer Zahl und schufen sich ihre Milieus, erfanden ihr Berlin mit eigenen Kneipen, Arbeitsmöglichkeiten, Tageszeitungen. Der zum Star avancierte russische Autor Wladimir Kaminer gibt in seinen Büchern einen plastischen Einblick in diese Lebenswelten.<sup>308</sup> Wie groß diese Milieus wirklich sind, weiß niemand genau, allein die Zahl der illegal in Berlin lebenden Menschen wird auf bis zu 300.000 und mehr geschätzt.<sup>309</sup>

Erstaunlich ist bei alledem, wie friedlich dieser Prozess ablief, selbst in anderen Regionen stark ausgeprägte Phänomene wie Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus blieben in Berlin vergleichsweise schwache Erscheinungen und – was wichtiger ist – nicht ohne Widerspruch. Gerade hier zeigen sich interessante, neue Entwicklungen, die so etwas wie das Wachsen einer neuen Stadtgesellschaft erahnen lassen. Als etwa im Herbst 1999 auf dem Jüdischen Friedhof in Weißensee Dutzende Grabsteine umgestoßen und geschändet worden waren, gab es nicht nur die zu erwartenden Proteste und Ermahnungen seitens der Politik, sondern kurz darauf fanden sich im eigenen Auftrag Handwerker ein und stellten die Grabsteine wieder auf.

Zunehmende Unübersichtlichkeit war eine logische Folge dieser Neuformierungsprozesse. Nachdem mit der Mauer in Ost-Berlin das künstlich von der SED geschaffene „Staatsapparatsmilieu“ zusammengebrochen war, folgte in West-Berlin die Auflösung der Kieze, die ihrerseits eine Folge der dezentralen Struktur und des Zusammenrückens der West-Berliner nach der Spaltung und insbesondere nach dem Mauerbau gewesen war. Verarmung, im Sinne eines Verlustes an Vielfalt, schien zunächst die Konsequenz auf beiden Seiten.

Nach dem Schritt aus dem Käfig zuckten also die meisten Berliner zusammen und duckten sich. Alle Seiten sahen sich konfrontiert mit dem Verlust vertrauter Sicherheiten – wenn auch in kaum vergleichbarer Qualität und Quantität. Den West-Berlinern war rasch klar, dass die Vereinigung auch den Westen veränderte und etwas kosten würde: Lebensstandard. Wer in West-Berlin 1989 in Lohn und Brot stand und zehn Jahre später einen Lohnzettel aus jener Zeit mit einem Auszug der Gegenwart verglich, erkannte den Wandel mit einem Blick. Erst der komplette Abbau der Berlin-Subvention, dann die Sparmaßnahmen ab der zweiten Hälfte der neunziger Jahre – auch hier ist erstaunlich, wie insgesamt ruhig sich diese Verände-

rung vollzog, vielleicht gerade weil die Menschen einsahen oder zumindest das Gefühl hatten, dass diese Entwicklung ohne Alternative war. Selbst als deutlich wurde, wie hoch die Kosten sein würden, kam aus West-Berlin umfassende Zustimmung. Als etwa 1995 die Abstimmung über das geplante Bundesland Berlin-Brandenburg scheiterte, kam entgegen der in der Presse verbreiteten Klischees die größte Zustimmung aus West-Berlin – und zwar ausgerechnet aus den als verkrustet und als gegen die Vereinigung eingestellt beschimpften und noch am Vorabend der Abstimmung entsprechend in der Presse abgemahnten Bezirken Zehlendorf und Wilmersdorf.<sup>310</sup> Sicher gab und gibt es für die Klischees über West- und Ost-Berliner Entsprechungen in der Wirklichkeit. Daneben aber stehen gewaltige Anpassungsleistungen und Wandlungsprozesse, die bislang nicht annähernd gewürdigt sind. Ein ungenutztes Potenzial.

Ein weiterer Punkt fällt auf: Bei der Debatte über den Wandel Berlins wurde immer wieder betont, dass die alte Berliner Gesellschaft aus dem ersten Drittel des 20. Jahrhunderts mit dem Holocaust endgültig verschwunden ist.<sup>311</sup> Das ist zweifellos richtig. Diese Diagnose übersah jedoch, dass am Ende des 20. Jahrhunderts etwas Neues im Entstehen war. Wie diese neue „Berliner Gesellschaft“ aussehen wird, ist allenfalls in Umrissen erkennbar, aber dass es sie geben wird, scheint sicher.

### **Lokalisierung und Globalisierung**

Neben der Vereinigung und ihren lokalen Folgen prägen weltweite Tendenzen die Entwicklung Berlins. Wichtigster Faktor ist die anhaltende Globalisierung mit ihrem schwer abschätzbaren wirtschaftlichen Strukturwandel. Eine der für die Städte einflussreichsten Folgen dieser Entwicklung ist die Lockerung und Auflösung lokaler und regionaler Strukturen.

Beträchtliche Teile der Stadt sind von der globalen ökonomischen Entwicklung abhängig. Solche Abhängigkeiten gab es im Grunde seit der Entwicklung des Weltmarkts im 19. Jahrhundert. Neu am Beginn des 21. Jahrhunderts sind die Dimensionen und das Tempo, mit dem sich die globalen Verflechtungen vollziehen und auf regionale Standorte, insbesondere Städte zurückwirken. In der Folge zerfällt die Stadtgesellschaft in zwei Lager:

„einerseits in den Bereich der hoch qualifizierten Dienstleistungsangestellten, die in neuen Wachstumsbereichen viel Geld verdienen;

andererseits in die wachsende Gruppe derjenigen, die über geringe berufliche Qualifikation verfügen, immer länger arbeitslos bleiben und das Personal für die neue Armut bilden.“<sup>312</sup>

Bestand zugespitzt das Drama des 19. Jahrhunderts in Klassenkampf und Ausbeutung, so ist das Drama heute, dass „immer größere Anteile der Bevölkerung nicht einmal mehr ausgebeutet werden“.<sup>313</sup> Die Integrationskraft der „Angestelltenstadt“, eine zentrale Leistung der europäischen Entwicklung, schwindet.

Mitte der neunziger Jahre erreichten diese globalen Entwicklungen Berlin.<sup>314</sup> Mit der ersten Ansiedlung größerer, im internationalen Wettbewerb stehender Unternehmen kam erstmals seit über 50 Jahren nennenswerte, neue Wirtschaftskraft in die Stadt. Noch sind die praktischen Auswirkungen vergleichsweise gering, aber der Anschluss an die internationale Entwicklung hat immerhin begonnen. Die ersten Anzeichen einer durch diese Entwicklung ausgelösten, zumindest beeinflussten Differenzierung sind zu erkennen. Mit den neuen Unternehmen, den zahlreichen kleineren Dienstleistern, insbesondere den als Kreativitätspotenzial geltenden Agenturen, kommen in größerem Umfang gut verdienende Angestellte und Jungunternehmer nach Berlin. Sie entdecken die Stadt neu, benutzen sie, beschleunigen dadurch zugleich den Wandel der durch die Vereinigung aufgebrochenen Stadtstrukturen.<sup>315</sup> Typisch dafür sind etwa die Entwicklung des einst schmutzigen Hackeschen Markts zur touristischen In-Szene oder Teile des Prenzlauer Bergs zum Standort zahlreicher kleinerer, neu gegründeter Unternehmen. Am anderen Ende des Spektrums erstarrt Neukölln zum permanenten Krisenzentrum und ist nach wie vor eines der ärmsten und sozial schwächsten Ballungsgebiete der Bundesrepublik.

Die Stadtregierung hat diese Entwicklung durchaus erkannt. In seiner Regierungserklärung vom 20. Januar 2000 nannte der Regierende Bürgermeister die „soziale Stadtverträglichkeit“ neben der „Innovation“ als eine der beiden zentralen Themen für die erste Dekade des 21. Jahrhunderts.<sup>316</sup> „Soziale Gerechtigkeit“ und „gesellschaftlicher Ausgleich“ sind die Schlüsselbegriffe dieses Programms. Im Kern ist das ein klassisches sozialdemokratisches Programm, das darauf zielt, jene, die nicht am Wettbewerb teilnehmen können oder wollen, zu stützen und möglichst zu integrieren. Integration ist der Leitbegriff dieses Programms. Er steht für ein in den sechziger und siebziger Jahren entwickeltes Konzept. Allerdings hat es zwei Nachteile:

- Zum einen ist eine solche Politik, um sie wirksam werden zu lassen, teuer und selbst bei gut gefüllten Stadtkassen kaum noch zu finanzieren.

- Zum anderen ist das Konzept im Grunde überholt. Seine Wirksamkeit ist zweifelhaft. In Berlin ist es zum Beispiel nicht gelungen, die türkische Bevölkerung wirklich in die Stadtgesellschaft zu integrieren. In der Praxis besteht eher ein Nebeneinander, mit vergleichsweise wenigen Berührungspunkten. Dort, wo es intensive Überschneidungen gibt, etwa in den Schulen, sind vor allem die Lehrer und Erzieher hoffnungslos überfordert.<sup>317</sup> Andere Immigranten halten sich in kaum feststellbarer Zahl in der Stadt auf und sind offiziell nicht einmal existent.

So bleibt es bei bevölkerungspolitischen „Reparaturprogrammen“, teuer, konzeptionell veraltet und von zweifelhafter Wirkung. Die Tatsache, dass die Stadt aus zahllosen Parallelwelten besteht, ist bislang allenfalls Experten bewusst, in die praktische Politik findet sie einstweilen keinen Eingang und allenfalls in der Presse taucht sie als tagesaktueller Konflikt gelegentlich auf.<sup>318</sup>

Dabei gibt es Ansätze, die das Dilemma reflektieren und Ideen entwickeln. Die Verwaltungsreform hat Teile der Kritik versucht aufzunehmen und umzusetzen, ohne dass bislang eine deutliche Verbesserung erkennbar wäre. Das Konzept der Agenda 21 ist ein zweiter Ansatz. Das Bewusstsein wächst, dass traditionelle Politikverfahren der Praxis nicht mehr gerecht werden. Eine andere, nachhaltige Politik mit mehr und effektiverer Bürgerbeteiligung wird immerhin als Forderung formuliert. Im Fall des Themas Agenda 21 hat sich in Berlin zwar eine nennenswerte Bewegung entwickelt, die formell vom Senat unterstützt wird, doch wirklich erreicht wurde bislang nichts.<sup>319</sup> Die AgendaWerkstatt, veranstaltet im Sommer 2000, die entsprechende Ideen popularisieren sollte, war falsch konzipiert und in der Rummelsburger Bucht falsch platziert, so dass sie ohne erkennbare Wirkung verpuffte.<sup>320</sup> Es gelang nicht einmal, die vorhandenen Projekte zu erreichen und zu bündeln. Ein Neuanfang ist derzeit nicht in Sicht.

Am Beginn des 21. Jahrhunderts befindet sich Berlins Bevölkerung – wie so oft – an einem Wendepunkt. Was sich von Beginn an als roter Faden durch Berlins Geschichte zieht, die Rolle der Stadt als Plattform, die Menschen aus verschiedenen Ländern nutzen, um ihren Lebensentwurf zu verwirklichen, bestimmt erneut die Wirklichkeit. Das Neben-, teilweise Miteinander von Menschen, die ihre entscheidenden Prägungen in der alten Bundesrepublik und der DDR erfahren haben, wird nirgendwo intensiver und in so großem Umfang gelebt wie hier. Keine andere Stadt wird von Bürgern Polens, Weißrusslands, Russlands und zahlreichen anderen osteuropäischen Staaten so massiv als Tor zum Westen und zum westlichen Way of Life genutzt. Dass sich seit dem Fall der Mauer in so großem Umfang neu Men-

schen jüdischen Glaubens in Berlin niedergelassen haben, zählt vielleicht zu den erstaunlichsten, nach 1945 kaum für möglich gehaltenen Entwicklungen.

Die Stadt wird zu einer neuen „Menschenwerkstatt“ – ein Experiment mit offenem Ausgang. Ihre traditionelle „Widerborstigkeit“ und ihren Ruf als „verwegener Menschenschlag“, der keine Antwort schuldig bleibt, haben die Berliner dabei nicht verloren, wie jede Taxifahrt belegt.

In der Senatspolitik ist die Bevölkerung ein unterschätztes „Potenzial“. Die Politik behandelt die Bevölkerung weit gehend passiv, auch wenn die Verwaltungsreform neue Wege zu gehen verspricht, werden die Bürger als „Fälle“ behandelt, als Arbeitslose, als Versorgungs- und Sozialfälle. In diesem Sinne ist die Bevölkerung Gegenstand von Politik.

Daneben gibt es auch zahlreiche Beispiele, in denen die Menschen der Stadt zum aktiven Subjekt und Akteur von Politik wurden. Wozu die Menschen dieser Stadt bei entsprechenden Bedingungen in der Lage sind, ist hinreichend belegt, etwa

- 1948, als sie mit hohem Risiko für Freiheit demonstrierten,
- 1953, als ihr Protest den Sozialismus fast aus den Angeln hob, bevor der Aufstand blutig niedergeschlagen wurde,
- 1961, als die Fluchtwelle die DDR auszubluten drohte und danach die physische Teilung ertragen wurde sowie
- 1989, als sie eine missverständliche Formulierung beim Wort nahmen und die Maueröffnung erzwangen.

Jede dieser Entscheidungen forderte ihren Preis und die Berliner haben ihn jedes Mal bezahlt. Die Aufzählung belegt auch, dass keine Bevölkerung in Deutschland so zahlreiche und hautnahe Erfahrungen hat mit Politik, ihren Erscheinungsformen, Mitteln und Möglichkeiten, mit ihrer Glaubwürdigkeit und mit ihren Folgen. Wie stark dieses Potenzial sein kann, hat John F. Kennedy, bereits 1937, 1939 und 1945 als Beobachter der Potsdamer Konferenz in Berlin war, in nur wenigen Stunden erkannt. Diesen Erfahrungsschatz für die Bildung einer neuen, sich eben neu formierenden Stadtgesellschaft Gewinn bringend zu nutzen, ist eine der Herausforderung der kommenden Dekaden, vielleicht die wichtigste.